

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

195 · Januar 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 3

Essay

ANDREAS HEYER

Die Last der Verschwörung – Gracchus Babeufs Theorie
der Freiheit und Gleichheit 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

Ulrich Busch

Berlin – Weltstadtvisionen und Finanzrestriktionen 20

ULLA PLENER

Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion
der neuen Linken 31

JENS-EBERHARD JAHN

Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen
in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS 41

Utopie konkret

MARTIN MEIER

Zur Bedeutung des Militärs in den politischen Utopien,
Staatsromanen und Robinsonaden der Frühen Neuzeit 47

Zwischen allen Stühlen

GÜNTER WIRTH

Walther Harichs »Ostorientierung«
Einige Bemerkungen über den Vater
von Wolfgang Harich – und ihn 56

DIETRICH WAHL

Ernst Bloch über Möglichkeit und linke Diskurse 63

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	74
---	----

Bücher & Zeitschriften

Gunnar Winkler: Die Region der neuen Alten. Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005 (JÖRG ROESLER)	76
---	----

Falko Schmieder: Ludwig Feuerbach und der Eingang der klassischen Fotografie. Zum Verhältnis von Anthropologischem und Historischem Materialismus (JENS-F. DWARS)	77
---	----

Robert Kurz: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems (MICHAEL KATZMAYR)	80
--	----

Paul Martin Neurath: Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, hg. von Christian Fleck und Nico Stehr, aus dem Englischen von Hella Beister (ROGER BEHRENS)	82
--	----

Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau: Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II) (FRANZ-KARL HITZE)	84
---	----

Simon Sebag Montefiore: Stalin, Am Hof des roten Zaren (BERT GROSSE)	85
--	----

Jahresinhaltsverzeichnis 2005	88
-------------------------------	----

Summaries	94
-----------	----

An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96
---	----

VorSatz

Die neue Linke, was ist sie? Wird das nur eine Art Aufguß eines längst ausgelaugten Sudes? Oder entsteht hier tatsächlich etwas Neues?

Zugegeben: Möglicherweise wird am Ende eine weitere Ent-Täuschung stehen. Im Augenblick scheint es aber so zu sein, als wäre das halbvolle Glas nicht schon bis zur Hälfte geleert, sondern erst bis zur Hälfte gefüllt. Schon die Ankündigung von Hartz IV hatte 2004 Zehntausende auf die Straßen getrieben. Es waren die bis dahin Braven, die seit Jahren die soziale Leiter hinuntergedrückt worden waren, ohne außerhalb der eigenen vier Wände zu murren; ergänzt um einige tausend PDSler und Gewerkschaftler. Doch auch ohne die wären die Straßen einige Male sichtbar gefüllt gewesen – zumindest im Osten.

Eine linke Parteiung, die den Nerv der Zeit so sehr traf, daß sich gesellschaftlich relevante Gruppen auf sie bezogen, hatte sich das letzte Mal zu Ostern 1917 gebildet: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) – politischer Ausdruck der um sich greifenden Kriegsmüdigkeit. Deutsche Linke, seit 1915 in der Spartakusgruppe miteinander verbunden, schlossen sich der USPD, die von unterdessen ermüdeten Burgfriedenpolitikern des Jahres 1914 geführt wurde, eher widerstrebend an. In der Revolution machten sie dann ihre eigene Partei auf: die Kommunistische Partei Deutschlands. Nur die Klügeren unter ihnen wußten, daß sie die organisatorische Abspaltung von der USPD schnellstens rückgängig machen mußten, wollte die KPD nicht als geistig und politisch impotente Sekte enden. Der erste KPD-Vorsitzende Paul Levi und seine Verbündete auf Zeit, Clara Zetkin, standen für diese Politik; ihnen war es maßgeblich zu verdanken, daß sich Ende 1920 die Mehrheit der USPD mit der KPD vereinigte.

Just in diesem Augenblick des Erfolgs warf die Führung der Kommunistischen Internationale das Ruder herum und verwandelte die KPD in einen Arm der sowjetischen Außenpolitik. An die Stelle eines sich selbst bewegenden Organismus trat in den folgenden Jahren ein mit Sowjetgeld am Laufen gehaltener Beamtenapparat, der eine Mitgliedschaft aus sozial Ausgestoßenen organisierte – während die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit grummelnd zur SPD zurückkehrte. Doch auch die war nicht mehr politischer Ausdruck einer virulenten Bewegung – beide Parteien schwammen nicht im Volk wie ein Fisch im Wasser; sondern lagen auf dem Trockenen, wie sich im Frühjahr 1933 zeigte.

Das war während des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890 noch anders gewesen. Das Trauerspiel nach 1945 in Ost wie West ist bekannt.

Die Forderung der Ex-KPD-Führer August Thalheimer und Heinrich Brandler, die Linken sollten eine Politik unabhängig von allen Besatzungsmächten und im Zweifel gegen sie machen, war zwar richtig, aber angesichts der Kräfteverhältnisse natürlich unrealistisch. Ob man mit dem als richtig Erkannten einsam bleibt und sich damit in die Gefahr begibt, irre zu werden, oder sich trotz der Kräfteverhältnisse in die Politik wirft, wohl wissend, daß man, gemessen am eignen Maßstab, nur scheitern kann, dies aber dem Untätigsein in der selbstgewählten Isolation vorzieht – muß jeder für sich selbst entscheiden. Das steht außerhalb jeder fremden Bewertung.

Neu an der heutigen Situation ist die um sich greifende und an die zwanziger Jahre erinnernde Kapitalismuskümmigkeit, deren politischer Ausdruck die Linke werden kann. Bei diesem Spiel hat sie allerdings nur einen Wurf frei, denn die Rechte steht nicht nur bereit, alle Unzufriedenen einzusammeln, sondern hat damit schon begonnen.

Ganz anders als bisher stellt sich auch dar, was in den alten Bundesländern geschieht: Bis 2004 stammten Linke, soweit sie noch Politik machten, vor allem aus dem K-Gruppenmilieu. Das war so, obgleich seit 1990 Hunderttausende aus den Gewerkschaften und aus der SPD emigriert waren. Unterdessen ist der Leidensdruck so hoch, daß gestandene SPDler und Gewerkschafter nicht nur begonnen haben, sich links der SPD zu organisieren, sondern sogar eine Vereinigung mit der Ostlinken anstreben. Besonders bemerkenswert dabei ist, daß es sich bei ihnen nicht um traditionelle Linke handelt. Sie stehen nicht an der Spitze eines großen Auswanderungsstromes aus der SPD, sondern in dessen Mitte, vielleicht sogar an dessen Ende. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Gruppe ihrer wichtigsten Aufgabe gewachsen sein wird: politischer Ausdruck der Hunderttausenden zu werden, die sich aus dem politischen und gewerkschaftlichen Engagement verabschiedet haben. Gelingt das nicht, sind alle Erfolge gegenüber der SPD und innerhalb der Gewerkschaften Pyrrhussiege, mögen sie noch so glorreich erfochten werden.

Und dann ist da noch die sich häutende PDS. 2002 schien sie dem Tod geweiht. Günstigstenfalls bot sich ihr, wenngleich ohne nennenswertes bundespolitisches Gewicht, noch eine Perspektive als linke CSU des Ostens. Als politischer Ausdruck der DDR-Dienstklasse, der die PDS ursprünglich war, ist sie auch weiterhin dem Tod geweiht, denn diese Klasse kann sich nicht reproduzieren – was bedauern möge, wer mag. Seit die Veränderungen in der Gesellschaft nun auch im Westen angekommen sind, ist die PDS auf dem Wege, endgültig zu einer wichtigen Hinterlassenschaft der DDR zu werden. Mit ihrer nach wie vor beeindruckenden (wenngleich fragilen) organisatorischen Stärke und parlamentarischen Verankerung im Osten könnte sie – selbst wenn sie in einem Bundesland durch Regierungsbeteiligung fahrlässige Selbsttötung begehen sollte – der entstehenden gesamtdeutschen Linken eine Stabilität leihen, über die diese inhaltlich-programmatisch zumindest im Moment nicht verfügt.

Die WASG allein wird wieder verweht werden, die PDS allein auf Dauer auch. Zusammen bieten sie die Ingredienzien für eine merkwürdige historische Synthese, deren Chance um so größer sein wird, je unterschiedlicher die einzelnen Bestandteile sind.

JÖRN SCHÜTRUMPF

ANDREAS HEYER

Die Last der Verschwörung – Gracchus Babeufs Theorie der Freiheit und Gleichheit

Eines der charakteristischen Merkmale des Marxismus ist darin zu sehen, dass er die explizite Abgrenzung gegenüber dem utopischen Sozialismus, ja: gegenüber dem utopischen Diskurs suchte. In Friedrich Engels' Broschüre *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* kommt dieses Verfahren bereits im Titel in programmatischer Absicht zum Ausdruck. Die Notwendigkeit dieses Vorgehens ist freilich offensichtlich. Die frühen Marxisten sahen sich dem tagesaktuellen Druck ausgesetzt, die Vorwürfe aus den konservativen und liberalen politischen Lagern zurückzuweisen, selbst bloß utopische Forderungen aufzustellen, wobei der Terminus der Utopie den pejorativen Beigeschmack des Phantastischen, Absurden, Unrealisierbaren hatte.¹ Solche Vorwürfe standen dem behaupteten eigenen wissenschaftlichen Anspruch konträr gegenüber.² Gleichzeitig aber belegten die Marxisten ihrerseits – direkt von Karl Marx und Friedrich Engels ausgehend – den utopischen Diskurs mit eben dieser pejorativen Abwertungsstrategie. Gerade an den Utopischen Frühsozialisten (Robert Owen, Charles Fourier und Claude-Henri de Saint-Simon) exemplifizierten sie, dass diesen der Einblick in die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte verwehrt gewesen wäre, ihre Systeme daher, wie Engels formulierte, von vornherein zur Utopie verdammt waren. Und dennoch: Wenn wir den Versuch unternehmen, diesen Teil des Marxismus etwas genauer zu fokussieren, dann wird deutlich, dass Marx und Engels Ausnahmen machten, d. h. verschiedene soziale Bewegungen oder gar einzelne Autoren von ihrer Kritik ausnahmen. Engels nannte in *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* neben Thomas Münzer explizit Babeuf als im Sinne des Kommunismus handelnden Revolutionär, flankiert durch die Aneignung von Theoretikern wie Morelly.³ Entscheidend ist, dass Babeuf nicht nur in diesem Zusammenhang aufgewertet wurde. Denn bereits im *Manifest der Kommunistischen Partei* hatten ihn Marx und Engels eindeutig aus der Linie des utopischen Denkens herausgenommen und damit auch gegen ihre Fundamentalkritik abgesichert.⁴

Worin ist der Grund für diesen Sonderstatus Babeufs zu sehen? Marx und Engels betonten, dass Babeuf an einem ganz entscheidenden Punkt über die philosophischen Systeme der Aufklärung und auch der Französischen Revolution hinausging. Während sich in England die industrielle Revolution voll Bahn brach,⁵ setzte er auf das kommunistische Gemeineigentum, bezeichnete Privateigentum jeglicher Art als Diebstahl. Hinzu trat, Babeufs Theorie noch ver-

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Publikationen u. a.: *Die Utopie steht links! Ein Essay* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 26), Berlin 2006. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Stationen einer Enttäuschung. Kleists Briefe aus Paris (1801), Heft 191 (September 2006).

1 Gute Einführungen in die Thematik bieten die Monographien von Birgit Affeldt-Schmidt und Lucian Hölscher. Affeldt-Schmidt: *Fortschrittutopien. Vom Wandel der utopischen Literatur im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1991; Hölscher: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989.

2 Vgl. zum wissenschaftlichen Anspruch des Marxismus Helmut Seidel: Utopischer und/oder wissenschaftlicher Sozialismus? Eine Vorbemerkung und fünf philosophiehistorische Anmerkungen, in: Ernst Wurl, Klaus Kinner: Linke Utopien. Die Zukunft denken, Bd. 1, Leipzig 2006, S. 15-22.

3 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 24. Aufl., Berlin 1988, S. 50.

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei, 47. Aufl., Berlin 1982, S. 78.

5 Den Zusammenhang von industrieller und Französischer Revolution arbeitete unter anderem Wilhelm Liebknecht hinaus, der bei seiner Analyse der utopischen Frühsozialisten beide Ereignisse analogisierte. Liebknecht: Robert Owen. Sein Leben und sein sozialpolitisches Wirken. Zwei ausgegrabene Skizzen, Nürnberg 1892. Eine moderne Darstellung verfasste Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002. Aufgearbeitet werden die angesprochenen Werke und Ereignisse bei Andreas Heyer: Die Utopie steht links!, Berlin 2006.

6 Thilo Ramm: Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen, Stuttgart 1954, S. 134.

7 In der Anfangsphase der Revolution waren erste kommunistische Texte entstanden, so L'Anges Unverletzliche Verfassung der allgemeinen Glückseligkeit, Doliviers Versuch über

schärfend, dass er zur Umsetzung seines Programms auf die Revolution setzte – den gewaltsamen Umsturz zur Verbesserung der Lage des Dritten Standes. Thilo Ramm, der sich mit seinen Werken als Kenner der frühen sozialistischen Theoriebildung profiliert hat, schrieb: »Für die Marxisten hingegen gilt, der Ansicht von Marx und Engels folgend, die Verschwörung des Babeuf als Zeichen dafür, dass mit der Zerstörung der feudalen Gesellschaft und dem Beginn der Herrschaft der Bourgeoisie das Proletariat auf dem Schauplatz der Geschichte erschien und seine Forderungen anmeldete.«⁶ Es steht außer Frage, dass sich Babeuf als Anwalt der kleinen Leute verstand, deren Interessen er in der Französischen Revolution und nach dem Ende der Jakobinerherrschaft als Einziger öffentlichkeitswirksam vertrat.⁷ Dabei stützte er sich auf den radikalen Teil der Aufklärung: neben den Schriften Rousseaus und Mablys war für ihn vor allem Morellys *Code de la nature* der zentrale Bezugspunkt.⁸ In diesem Spannungsgefüge gewann er seine Ideen, deren Signum darin zu sehen ist, dass sie die Idee der völligen Gleichheit propagieren, die so zur Grundlage der Freiheit wird. Bevor wir uns mit diesen Punkten genauer auseinandersetzen ist aber ein Blick auf die Biographie Babeufs unverzichtbar.

In der Französischen Revolution gab sich François Noël Babeuf den Beinamen Gracchus und knüpfte damit an die politische Tradition der Gracchen an. Am 23. November 1760 in ärmlichen Verhältnissen in Saint-Quentin geboren, begann er bereits im jugendlichen Alter zu arbeiten – als Assistent eines Grundbuchkommissars (verantwortlich für die Registrierung und Auswertung der adligen Grundrechte und Besitztümer) – und machte sich 1783 selbständig. Er war damit bereits frühzeitig mit dem Ancien Régime und seinen Fehlentwicklungen vertraut, auf deren Sturz er später sein ganzes Engagement richtete. Bezeichnend für sein Wirken in der Revolution ist, dass er eigentlich immer in Konflikt zu den anderen Parteien stand, sich nie wirklich in eine Bewegung/Gruppe integrierte, dafür allerdings persönliche Freundschaften zu jenen Personen pflegte, denen er eine treibende Rolle innerhalb der revolutionären Prozesse zuschrieb. Im Mai 1790 wurde er zum ersten Mal verhaftet, jedoch kurze Zeit später wieder freigelassen. Marat hatte sich in seiner Zeitung *L'Ami du Peuple* mit einer Propagandakampagne für ihn eingesetzt. 1791 begann Babeuf eine eigenständige publizistische Karriere – die von ihm herausgegebene Zeitung hatte jedoch keinen Erfolg: von seinen Artikeln ist nicht ein einziger erhalten. 1792 zum Verwalter des Somme-Departements ernannt, ging er in seiner neuen Funktion so radikal gegen die Korruptionerscheinungen und den »moralischen Verfall« vor, dass ihm von seinen Gegnern ein Vergehen angehängt wurde. In Abwesenheit wurde er 1793 in Amiens zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt, war vorher allerdings bereits nach Paris geflohen, wo er als Sekretär im Ernährungsamt (Bureau des subsistances) arbeitete. Nachdem seine Tarnung aufgefliegen war, wurde er erneut verhaftet, durch den Einsatz und die Kontakte von Sylvain Maréchal (einem seiner späteren Mitverschwörer) gelang ihm die Wiederaufnahme des Prozesses vor dem Konvent, die 1794 mit Freispruch endete. Zeitgleich widmete er sich erneut der publizistischen Agitation: Es erschienen verschiedene Schriften über

seine Grundsätze und zur Verteidigung seiner Person, daneben begann er mit der Herausgabe des *Journal de la Liberté de la Presse*. In dieser Zeit, die vor allem durch den terreur der Jakobiner geprägt war, ging Babeuf erneut ein hohes persönliches Risiko ein: Er wurde ein profilierter Kritiker Robespierres, machte sich aber gleichzeitig für die Verfassung von 1793 sowie weitere Schritte zur Demokratisierung stark – also genau jene Punkte, die durchaus zum positiven Erbe der Jakobiner gehören. Am 29. Januar 1795 wurde durch Jean-Lambert Tallien der nächste Haftbefehl gegen Babeuf erwirkt, diesmal abgesichert durch eine Mehrheit im Konvent. »Von der Polizei aufgespürt und Anfang Februar gefasst, wurde Babeuf zuerst in Paris festgesetzt und dann nach Arras überführt, wo er bis zum 10. September gefangen blieb. In Arras hatte die Regierung in den Gefängnissen des Baudets und Providence eine Reihe von ehemaligen Jakobinern und Sansculotten konzentriert, unter ihnen Charles Germain, ein junger Mann von fünfundzwanzig Jahren, der später einer der Führer der Verschwörung werden sollte. Die Gefangenen hatten über Monate hinweg freie Verbindung untereinander, sie erörterten die Probleme der Revolution und die politischen Perspektiven, die sie verfolgen wollten. Die Gefängnisse von Arras waren die revolutionäre Schule, in der die ›Verschwörung‹ zuerst erdacht und geplant wurde.«⁹

Mit dem Sturz Robespierres hatte die Reaktion einen entscheidenden Teilsieg errungen. Seinen manifesten Ausdruck fand dieser Umschwung in der Verfassung von 1795, welche die demokratischen Partizipationsrechte einschränkte, die erkämpften Errungenschaften rückgängig machte und eine neue Hierarchisierung und Privilegisierung der Gesellschaft einführte. Sie ist, das kann gesagt werden, ein Dokument der bourgeoisen Klasse, welche damit einen entscheidenden Grundstein für die Durchsetzung und Entfaltung kapitalistisch-bürgerlicher Verhältnisse legte.¹⁰ Dem entspricht allerdings auch, dass es erstmals seit 1789 zu einer Beruhigung Frankreichs kam, die revolutionäre Energie war zwar erschlaft – das haben zum Beispiel Georg Kerner und Gustav Graf von Schlabrendorf eindeutig beschrieben –, es kam aber auch zu einer Durchsetzung rechtsstaatlicher Mittel und Methoden. Ein Prozess, der im Code Napoleon seinen Höhepunkt fand. Der Preis für diesen Wandel war freilich hoch: Es erfolgte eine Verschärfung der Pressezensur, die noch über die Repressionsmechanismen des Ancien Régime hinausging. Babeuf änderte innerhalb dieser Situation seine Position. Die Auswirkungen der Konterrevolution vor Augen, machte er sich nicht nur für die Verfassung von 1793 stark, sondern wurde gleichzeitig zum Verteidiger Robespierres, der für ihn nun – zurückblickend – die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und revolutionären Tugend verkörperte. In seiner Zeitschrift *Tribun du Peuple* fasste er diesen Meinungsumschwung in fast schon pathetische Worte: »Urne von Robespierre, teure heilige Asche, werde wieder lebendig und zerschmettere die faden Verleumder! Doch nein, verachtet sie, bleibt friedlich, edle Reste! Das ganze französische Volk, dessen Glück Du gewollt hast und für das Dein Genie allein mehr als jeder andere getan hat, das ganze französische Volk erhebt sich, um Dich zu rächen! Und ihr Schmierfinken, lernt besser die Erinnerung an einen Weisen achten,

die ursprüngliche Gerechtigkeit und Boissels Die Unterhaltungen von Vater Gérard. Daneben kam es zur Neuedition von Morellys Code de la nature (1796), der noch Diderot zugeschrieben wurde. Hinzu trat der enorme Verbreitungsgrad von Thomas Paines Die Rechte des Menschen, die dieser als Antwort auf Edmund Burkes konservative Revolutionskritik (Betrachtungen über die französische Revolution) verfasst hatte. Nicht zuletzt wäre auch das revolutionäre Theater mit seiner politischen Stoßrichtung zu nennen.

8 Grundlegend aufgearbeitet ist die Epoche der Aufklärung in meinen beiden Bänden: Die französische Aufklärung um 1750, Berlin 2005.

9 John Anthony Scott: François Noël Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit, in: Gracchus Babeuf: Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstandes, hrsg. v. J. A. Scott, Hamburg 1988, S. 11.

10 Dies zeigen Francois Furet und Denis Richet: Die französische Revolution, Frankfurt am Main, 1997; Walter Markov, Albert Soboul: 1789. Die große Revolution der Franzosen, 4. Aufl., Berlin 1973.

11 Zitiert nach Andreas Heyer: Maximilien Robespierre. Die Entdeckung der Moderne zwischen Tugend und Terror, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005).

an einen Freund der Menschheit, einen großen Gesetzgeber, und lasst davon ab, den zu beleidigen, den die Nachwelt verehren wird.«¹¹

Die letzten Anmerkungen skizzieren jenen geschichtlichen Hintergrund, der schließlich dazu führte, dass sich Babeuf mit mehreren Freunden und Bekannten gegen die Verfassung von 1795 und ihre politische Trägerschicht verschwor, da ihnen – das ist zentral – jede Möglichkeit der Partizipation innerhalb des herrschenden Systems genommen war. Aus dem Gefängnis entlassen, setzte Babeuf seit Anfang November die Herausgabe des *Tribun du Peuple* fort und gründete den Club de Panthéon, benannt nach dem Gebäude, in das die Helden der Revolution und ihre Vorläufer überführt worden waren. Die Vereinigung hatte den Zweck der Agitation und Propaganda gegen das Direktorium und die neue Verfassung. Sie umfasste vor allem die »alten Revolutionäre«, deren Tugendhaftigkeit durch ihr früheres politisch-gesellschaftliches Engagement erwiesen sei. Wer damit gemeint war, ist eindeutig: Jakobiner, Mitglieder der ehemaligen Regierungen und ihrer Institutionen, Sansculotten sowie darüber hinaus alle, die in Haft saßen. Nach nur vier Monaten (im Februar 1796) wurde die von Babeuf geschaffene Organisationsstruktur durch Napoleon Bonaparte aufgelöst, Babeuf und seine wichtigsten Mitstreiter (Buonarrotti, Maréchal, Le Peletier, Darthé) gingen in den Untergrund und begannen, detaillierte Pläne für den Sturz des Direktoriums sowie die Sammlung und bewaffnete Organisation der Pariser zu entwerfen. Es war Albert Soboul, der mit Blick auf die geschilderten Ereignisse ausführte, dass sich der Charakter des Babouvismus, d. h. seine Handlungsstrategie, radikal geändert habe: Seit diesem Zeitpunkt sei es Babeuf und seinen Mitarbeitern um den Versuch gegangen, ein zuvor entwickeltes Konzept kommunistischer Gleichheit und Gütergemeinschaft in die empirisch messbare Realität zu überführen. »Die Organisation der Verschwörung zeigt einen Bruch mit den Methoden, die bis dahin von der Volksbewegung verfolgt worden waren, und sie kennzeichnet auch einen Wandel in der Geschichte der revolutionären Praxis. (...) Um so bemerkenswerter erscheint die Untergrundorganisation, die Babeuf vor allem mit Hilfe Buonarottis und Darthés 1796 aufbaute. In ihrem Mittelpunkt stand als leitende Gruppe das Geheime Direktorium, das sich auf eine kleine Gruppe bewährter Kämpfer und Verbindungsagenten stützte, so auf Didier für die Pariser Bezirke sowie auf Germain und Grisel für die Armee. Um diese Gruppe kamen dann Sympathisanten – Patrioten und Demokraten im Sinne des Jahres II –, die nicht eingeweiht waren in das Geheimnis des »Endziels« und von denen es nicht den Anschein hat, dass sie alle das revolutionäre Ideal teilten. Dies war eine organisierte Verschwörung par excellence, in der allerdings das Problem der notwendigen Verbindung mit den Massen auf unbestimmte Weise gelöst worden zu sein scheint. Vom Gipfel zur Basis konnten Direktiven und Parolen leicht übermittelt werden, doch von den Sektionen zu den Agenten und von diesen zum Geheimen Direktorium war der Informationsfluss schlecht. Die von Marat erhobene Forderung nach einem Diktator wurde hier zu einer kollektiven, zentralisierten Leitung.«¹² Gleichwohl aber, trotz dieser zutreffend beschriebenen Probleme, stellte die Verschwörung für die Regierung eine Gefahr da. Denn das Direktorium konnte sich kei-

12 Albert Soboul: Babeuf: erlebte Erfahrung und Forderung nach sozialer Gleichheit, in: Gracchus Babeuf: Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstandes, hrsg. v. J. A. Scott, Hamburg 1988, S. 149 f.

neswegs auf eine Mehrheit der Pariser Bevölkerung stützen. Seine Legitimation erzielte es dadurch, dass es dem Bürgertum zumindest in der Hauptstadt Frieden und Sicherheit gewährleistete. Um so überraschender ist es, dass sich die Regierung nicht zu einer klaren Linie gegenüber Babeufs Organisation durchringen konnte. Napoleons frühe Warnung wurde nicht konsequent weiterverfolgt. »Babeuf allerdings trieb seine Vorbereitungen weiter voran, doch am 12. Floréal (30. April) wurde die für die Verschwörung bereits gewonnene Polizeilegion aufgelöst. Vor allem Babeufs Militäragent Grisel verriet die Verschwörer an Carnot: Der ›Volkstribun‹ und Buonarotti wurden am 21. Floréal (10. Mai) verhaftet und ihre Papiere beschlagnahmt. Ein Versuch, die Armee im Lager von Grenelle zum Aufbruch zu bringen, scheiterte in der Nacht vom 23. zum 24. Fructidor (9./10. September). Der Versuch ging aus von Männern des Jahres II, Jakobinern und Sansculotten und weniger von den eigentlichen Babouvisten: Von den 131 Verhafteten waren nur sechs Abonnenten des *Tribun du Peuple*.«¹³ Die Verschwörung war gescheitert, ihre Protagonisten saßen erneut im Gefängnis. Thilo Ramm, aus dessen Standardwerk wir bereits zitierten, schrieb über den anschließenden Prozess: »Die Verschwörer wurden vor den Staatsgerichtshof gestellt, ein Sondergericht, dessen Geschworene von den Departementswählerversammlungen gewählt wurden und das in Vendôme tagte. Ihre Verteidigung lief darauf hinaus, trotz der zahlreichen belastenden Schriftstücke das Bestehen einer Verschwörung zu leugnen, ihr Ziel aber hypothetisch zu rechtfertigen, und in der Tat hatten sie damit auch Erfolg. Das Urteil vom 26. Mai 1797 nahm an, dass eine Verschwörung nicht bestanden habe. Nach dem schon erwähnten Gesetz vom 16. April 1796 aber, dessen Dauer nach Artikel 355 der Verfassung von 1795 auf ein Jahr beschränkt war und das somit zur Zeit der Urteilsverkündung nicht mehr in Kraft war, wurden Babeuf und Darthé zum Tode, Buonarotti und eine Anzahl anderer zur Deportation verurteilt, der Rest freigesprochen. Babeuf und Darthé begingen nach der Urteilsverkündung einen Selbstmordversuch, der jedoch misslang. Sie wurden am 27. Mai 1797 hingerichtet.«¹⁴

Es ist neben Thilo Ramm vor allem Herbert Marcuse zu verdanken, dass das Erbe Babeufs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht in Vergessenheit geriet. In einem auch heute noch lesenswerten Aufsatz hat sich Marcuse mit Babeuf und dem Prozess gegen ihn auseinandergesetzt. Dabei zielte er vor allem auf einen Punkt: Das Recht des Intellektuellen, am bestehenden System Kritik zu üben, welche die Grenzen des Status quo sprengt, d. h. Fundamentalopposition zu betreiben. Anhand der Revitalisierung der Argumentation Babeufs gewann er die These, dass es möglich sein muss, die parlamentarische Demokratie mit ihrem Repräsentationsapparat zu Gunsten direkt-demokratischer Strukturen in Frage zu stellen bzw. sogar auszuhebeln. So gesehen müsse dann auch Babeufs Anmerkung, dass seine Aktionen gar keine Verschwörung gewesen seien, da sie sich auf das Gemeinwohl, das Wohl des Volkes – im Sinne der *volonté générale* Rousseaus – zurückführen lasse, Berücksichtigung finden. Marcuse schrieb: »Diese Strategie, die in der einen oder anderen Form zu einem wesentlichen Element aller Theorien der revo-

13 Soboul: Babeuf, a. a. O., S. 151 f.

14 Ramm: Die großen Sozialisten, a. a. O., S. 172 f.

15 Herbert Marcuse: Nachdenken über die Verteidigung Gracchus Babeufs, in: Gracchus Babeuf: Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstandes, hrsg. v. J. A. Scott, Hamburg 1988, S. 156.

16 Marcuse: Nachdenken, a. a. O., S. 156 f.

17 Popper hat bei der Darstellung seiner Theorie der »offenen Gesellschaft« die direkte Auseinandersetzung mit Rousseau vermieden und sich auf eine verzerrende und reduktionistische Interpretation von Platon, Marx und Hegel beschränkt. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., 7. Aufl., Tübingen 1992. Ergänzend kann daher hier auf Yaakov Leib Talmon verwiesen werden, der Rousseau, Babeuf und weitere Vertreter der radikalen Aufklärung für die totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts verantwortlich machte und so die konservative Aufklärungskritik maßgeblich prägte. Talmon: Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln, Opladen 1961.

18 Die Verfassung von 1793, abgedruckt bei: Walter Grab: Die französische Revolution. Eine Dokumentation, München 1989, hier S. 204.

19 Wir stützen uns zur Rekonstruktion des Denkens Babeufs auf dessen Verteidigungsrede vor Gericht, die John Anthony Scott editiert hat. Babeuf: Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstandes, hrsg. v. J. A. Scott, Hamburg 1988. Im Folgenden zitieren wir im laufen-

den Diktatur geworden ist, gründet sich in Babeufs Verteidigungsrede auf den Gedanken, dass das Volk, welches seine Verfassung und seine Vertreter wählt, nicht notwendig das souveräne Volk ist, dass sein zum Ausdruck gebrachter Wille nicht notwendig sein autonomer Wille ist, und dass seine freie Wahl nicht notwendig gleich Freiheit ist.«¹⁵ Und weiter heißt es: »Unter solchen Umständen wäre selbst eine freie Stimmabgabe ein Votum für die Knechtschaft, und die Demokratie wäre zu einem System der Beherrschung und Ausbeutung mittels Zustimmung geworden. Babeuf galt eine auf solche Weise erhaltene Zustimmung für null und nichtig, war keine Zustimmung, und eine Regierung durch das Volk musste gegen jenes Volk erkämpft werden, das in die Knechtschaft eingewilligt hatte. Mehr noch, die Einführung von Demokratie musste die Untergrabung der bestehenden Demokratie bedeuten – so wie sie die Subversion des Ancien Régime bedeutete.«¹⁶ Marcuse ging es also darum, dass Formen repräsentativer Demokratie nicht automatisch mit einem angeblichen Maximum an Freiheit zu analogisieren sind. Vielmehr gebe es eben auch in den modernen Staaten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Mechanismen und Strategien zur Beeinflussung der Wähler, ja, noch zugespitzter: Marcuse schloss sich Rousseau und Babeuf darin an, dass die parlamentarische Demokratie auch als eine besonders perfide Form der Herrschaft einer privilegierten Klasse angesehen werden kann, die ihren egoistischen Sonderwillen durchzusetzen trachtet. Ein Versatzstück theoretischen Denkens, das sich etwa auch in der DDR-Opposition bei Robert Havemann (*Morgen. Industriegesellschaft am Scheideweg*) und Rudolf Bahro (*Die Alternative*) nachweisen lässt. Denn, so das zentrale Argument: In dem Moment, wo sich die »offene Gesellschaft« (Karl Raimund Popper) absolut setzt, also ihre Abschaffung oder Überwindung nicht mitdenkt, wird sie zur Unterdrückungsmaschinerie. Das Volk hat, hier war Rousseau weiter als die modernen Verfassungen des 20. Jahrhunderts und ihre konservativ-technokratischen Theoretiker, das Recht, sich zu irren, Fehler zu machen.¹⁷ Das ist Teil seiner Souveränität, seiner Freiheit und seiner Verantwortung. Die Verfassung von 1793 schrieb genau diesen Passus fest, was sich in der Regierungspraxis der Jakobiner allerdings nicht niederschlug: »Ein Volk hat stets das Recht, seine Verfassung zu revidieren, zu verbessern und zu ändern. Eine Generation kann ihren Gesetzen nicht die künftigen Generationen unterwerfen.«¹⁸

Babeuf hat den gegen ihn geführten Prozess als einen Akt begriffen, der nicht nur ihn selbst oder seine Mitstreiter bedrohe, sondern die französische Nation, die bei einem Schuldspruch ihren Status als revolutionäres Subjekt verliere.¹⁹ (vgl. B 32) Daher verknüpfte er das Gerichtsverfahren mit dem möglichen Verlauf der Revolution, ihrer Gegenwart und der Zukunft. Es gebe nur zwei Optionen: Entweder die Stagnation, verbunden mit der Etablierung neuer Hierarchien sowie eines Stände- und Privilegiensystems, oder die letztmalige Dynamisierung, verstanden als alles entscheidender Schritt in die Freiheit. Die Wahl stehe zwischen Revolution und Restauration, Freiheit und Tod, wie nicht zuletzt das Beispiel der Englischen Revolution unter Oliver Cromwell zeige.²⁰ Angeleitet werden Babeufs sich auf dieser Basis entwickelnden Gedanken durch die Frage nach

den Möglichkeiten und Chancen des Widerstandsrechts. Inwieweit ist es legitim, wenn es als Artikulation der so genannten natürlichen Gesetze interpretiert wird? Babeufs Antwort ist eindeutig: »Ich habe gewagt, folgende Lehren aufzustellen und zu verkünden: Es ist das natürliche Recht der Menschen und ihre Bestimmung, frei und glücklich zu sein. Die Gesellschaft besteht, um jedem ihrer Mitglieder das natürliche Recht auf diese Bestimmung zu sichern. Wird diese Verpflichtung nicht allen gegenüber erfüllt, ist der Gesellschaftsvertrag gebrochen. Um eine Verletzung des Gesellschaftsvertrages zu verhindern, bedarf es einer Garantie. Diese Garantie kann nur in dem Recht eines jeden Bürgers bestehen, über Verstöße zu wachen, sie allen Mitbürgern anzuzeigen, als erster der Unterdrückung zu widerstehen und die anderen zum Widerstand aufzurufen. Daraus folgt die unverletzliche, unbegrenzte individuelle Berechtigung, zu denken, zu überlegen und seine Gedanken und Überlegungen anderen mitzuteilen, unablässig zu beobachten, ob die Bedingungen des Gesellschaftsvertrags in ihrer Gesamtheit und in völliger Übereinstimmung mit dem Naturrecht eingehalten werden; gegen festgestellte Übergriffe, Unterdrückung, Tyrannei aufzustehen; Mittel in Vorschlag zu bringen, um die Willkürakte und Usurpationen der Regierenden zu unterbinden und die verlorenen Rechte zurückzuerobern.« (B 32 f.) Die Strategie der soeben wiedergegebenen Aussagen Babeufs ist äußerst interessant. Denn er antizipierte die liberalen Freiheitsrechte des 19. Jahrhunderts und spielte sie gegen die Folgen der sich verschärfenden kapitalistischen Ausdifferenzierungsprozesse aus. Gleichsam in einem Sprung führt seine Theorie über die industrielle Revolution und den Manchesterkapitalismus hinweg in die nachkapitalistische und kommunistische Industriegesellschaft, wie sie etwa Edward Bellamy (*Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887*) am Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben hat. Zudem verweisen Babeufs Anmerkungen in den Kern der Vertragstheorie, des Kontraktualismus.²¹ Also direkt in jenen Diskurs, in dem seit dem Erscheinen von Thomas Hobbes' *Leviathan* (1651) die Begründung und Legitimierung der seit dem Westfälischen Frieden entstandenen modernen europäischen Staaten versucht wurde.²² Und genau an dieser Stelle ist dann auch – im Spannungsfeld von Individuum, Staat und Gesellschaft – die Beantwortung der Frage möglich, ob und wenn ja inwieweit das Widerstandsrecht bei Nichterfüllung des höchsten Staatszwecks durch die Regierenden zum Tragen kommt. Spätestens mit Denis Diderot wurde die Vertragstheorie um 1750 Teil der radikaleren Spielart der Französischen Aufklärung, vor allem Diderot, Morelly und der auch in der Französischen Revolution aktive Thomas Paine deuteten es zu Revolutionstheorien um. Bei ihnen wurde das Widerstandsrecht zur Waffe des Dritten Standes, zum Aufruf für die revolutionäre Beendigung der Unterdrückung durch das Ancien Régime. Auch diesen Passus schrieb die Verfassung von 1793 fest und die von 1795 strich ihn ersatzlos. Babeuf steht genau in dieser Linie, rekurrierte er doch nicht nur auf Morelly, sondern übernahm auch – in zugespitzter Form – Rousseaus Ideal der gesellschaftlichen Homogenität. Damit liegt auch die utopische Dimension des Ansatzes auf der Hand: Es ist die zu generierende völlige faktische Gleichheit aller, die freilich nur gegen den

den Text in Klammern unter Verwendung des Kürzels B.

20 Babeuf hat explizit vor der Konterrevolution gewarnt: »Die entsetzliche Schreckensherrschaft des Königtums, die einst schon eure Brüder unterdrückte, wird im Triumph über euren Sturz ihren Dolchen freien Lauf lassen, die furchtbarste Verfolgung alle Verfechter der Freiheit niedermähen.« (B 100 f.)

21 Vgl. Leo Strauss: *Naturrecht und Geschichte*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1989. Daneben immer noch grundlegend Proust, Jacques: Diderot et l'Encyclopédie, Paris 1962.

22 Der neuzeitliche Kontraktualismus entwickelte sich maßgeblich in England und kann, das hat Max Horkheimer gezeigt, als einer der einflussreichsten Ideologieproduzenten der sich herausbildenden kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaften gelten. Vgl. Andreas Heyer: *Die französische Aufklärung*, a. a. O., S. 251-268; Max Horkheimer: *Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie*, Frankfurt am Main, Hamburg 1971.

Status quo der nach-jakobinischen Epoche zu verwirklichen wäre. Babeuf kontrastierte daher seine Theorie legitimer Herrschaft mit der von ihm beobachteten empirischen Situation seiner Zeit. »Eine legitime Obrigkeit setzt eine so vollkommene Verfassung voraus, wie sie nur menschenmöglich ist. Sie erfordert mindestens, dass alle bekannten Grundsätze des Gesellschaftsrechts, alles, was die Ausübung und Garantie der Freiheit und der Volkssouveränität ausmacht, darin verankert ist. Durch die Umstände, die ich darlege, müsste selbst eine vom Volk frei angenommene Verfassung nicht unbedingt der Niederschlag dieser geheiligten Grundsätze sein. Dann könnte man auch nicht sagen, die auf diesen Gesetzen beruhende Regierung sei legitim. Und eine Regierung, die auf einem nicht wirklich vom Volke angenommenen Vertrag beruhte, wäre dies noch weit weniger. Daraus folgt, dass ausschließlich eine Verfassung, welche die Prinzipien der Freiheit, Souveränität und nationalen Sicherheit verankert, eine legitime Regierung hervorbringen kann. Sonst gibt es keine.« (B 49 f.) Dem so geschilderten Idealzustand ist eine Zeitdiagnose vorgeschaltet, durch die er erst seine eigentlichen Gewicht gewinnt. Damit ist die Doppelstruktur utopischen Denkens bei Babeuf präsent, wobei gerade der Kontrast von Imagination und Realität die utopische Dimension normativ überhöht: »Ich sah in dieser Ordnung die Souveränität des Volkes verkannt: das Recht zu wählen und gewählt zu werden ist ausschließlich gewissen Kasten vorbehalten. Ich sah die Privilegien wiederaufleben und eine neue, verabscheuungswürdige Unterscheidung in Aktiv- und Passivbürger. Ich sah alle Garantien der Freiheit vernichtet: keine echte Pressefreiheit mehr; keine Versammlungsfreiheit mehr; kein Petitionsrecht mehr; kein Bewaffnungsrecht mehr. Ich sah das kostbarste, so innig mit der Souveränität verbundene Recht, die Gesetze zu sanktionieren, gleich-falls dem Volke genommen und der zweiten Kammer der Legislative übertragen, während man sich doch während der ganzen Revolution so sehr gegen das Zweikammersystem empört hatte. Ich sah eine sehr kleine Exekutive, die nicht vom Volke ernannt wird. Ich sah sie mit großen Machtbefugnissen ausgestattet und berechtigt, fast alle Abgeordneten des Volkes abzusetzen und nach ihrem Gutdünken zu ersetzen. Ich sah die öffentliche Fürsorge und das Bildungswesen vergessen.« (50 f.)

Für Herbert Marcuse war, hier stimmen wir voll mit ihm überein, Babeufs Interpretation der Verfassungsgeschichte der Französischen Revolution und ihren manifesten Ergebnissen, den einzelnen Verfassungen von 1791, 1793 und 1795, das entscheidende Kriterium für dessen Handeln. Marcuse schrieb, Babeufs Kritik des Direktoriums fokussierend: »Nur eine Regierung, welche die unveräußerlichen Menschenrechte anerkennt und ihr Amt in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Volkssouveränität ausübt, kann beanspruchen, eine legitime Autorität zu sein. (...) Babeuf kann nunmehr leicht folgern, dass die Regierung, gegen die er konspirierte, keine legitime Autorität ist. Denn die Verfassung von 1795 schaffte das allgemeine Wahlrecht ab, stellte die Unterscheidung zwischen Aktiv- und Passivbürgern wieder her, hob die Bürgerrechte auf, welche die Verfassung von 1793 sanktioniert hatte, und stattete die Exekutive mit Machtmitteln außerhalb der Kontrolle des Volkes aus. Unter solchen

Umständen lag die Legitimität nicht bei den Verteidigern der Regierung, sondern bei den Verschwörern gegen sie.«²³ Diese Argumente Marcuses finden sich bei Babeuf selbst.²⁴ Die Verfassung von 1795 sei ein massiver Rückschritt und im Prinzip Ausfluss der Konterrevolution, die Babeuf nicht nur als »Verrat« an den Idealen der Revolution, sondern darüber hinaus auch als »Royalisierung« bezeichnet. Die Gesellschaft zur Zeit der Verschwörung (d. h. nach der Herrschaft der Jakobiner) und das 1789 gestürzte Ancien Régime unterscheiden sich Babeuf zufolge kaum, verfahren sie doch beide nach denselben Grundsätzen: Strukturierung, Hierarchisierung, Privilegien- und Elitenbildung, Ausdifferenzierung der Gesellschaft in arm und reich, den Ausschluss ganzer gesellschaftlicher Klassen/Schichten von der politischen Teilhabe. Der Masse des Volkes, dem Dritten Stand, werde durch die Verfassung von 1795 der Bürgerstatus genommen. Möglich wurde dies, da das Volk selbst müde, fatalistisch und egoistisch sei sowie kein Interesse an der Fortsetzung der revolutionären Aktionen mehr habe.²⁵ »Weder in der neuen Verfassungsform noch in den Maßnahmen der zum Dienste des Staatsapparats bestimmten Beamten konnte ich etwas erkennen, was meine Liebe zu dieser Republik hätte wecken können. Ich sagte mir: Sie ist verloren, wenn nicht eine geniale Tat sie rettet, ansonsten wird sich der Monarchismus unweigerlich ihrer bemächtigen. Ich sah mich um und bemerkte viel Mutlosigkeit, selbst unter den einst so glühenden, so beherzten Patrioten, die sich erfolgreich so sehr für die Stärkung der Freiheit eingesetzt hatten. Der Anblick dieser allgemeinen Niedergeschlagenheit, der völligen Knebelung, wenn man so sagen kann, der Ohnmacht, der totalen Schutzlosigkeit des Volkes gegen die Unternehmungen der Regierenden, die Spuren der Ketten, die fast alle diese tatkräftigen Männer kürzlich getragen hatten, die Überzeugung, zu der auch einige von denen gelangt zu sein schienen, die es nicht laut sagten, dass die Republik im Grunde vielleicht keine so ausgezeichnete Sache sein könne – all diese Ursachen hatten fast jedermann zur Aufgabe bewegt, und man schien bereit, sich unter das Joch zu beugen.« (B 53 f.)

Mit Babeufs Stellung zum kontraktualistischen Diskurs und zur Verfassungsgeschichte der Revolution haben wir bereits wichtige Elemente seiner Theorie rekonstruiert. Ein weiterer einschlägiger Punkt ist darin zu sehen, dass er die kommunistische Gütergemeinschaft forderte, d. h. die Aufhebung des privaten Eigentums. In enger Anlehnung an Morellys *Code de la nature* sowie unter Rekurs auf Mably und Rousseau formulierte er die These, dass alle Verbrechen und Laster der Zivilisation aus dem Privateigentum resultieren.²⁶ Sie ist – seit Platons *Politeia* und Thomas Morus' *Utopia* – grundlegend für den utopischen Diskurs, so dass die intellektuell-theoretische Annäherung Babeufs an diesen Teil der abendländisch-europäischen Tradition sichtbar wird. Damit ist dann auch der innovative Beitrag Babeufs auf diesem Gebiet benannt: Zur Begründung seiner kommunistischen Gemeineigentumstheorie verband er die utopische Methode²⁷ mit dem kontraktualistischen Ansatz und legte so einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Konvergenz beider Diskurse vor. Er schrieb: »Das Los des Menschen sollte sich beim Übergang vom Natur- zum Gesellschaftszustand nicht verschlechtern. Ur-

23 Marcuse: Nachdenken, a. a. O., S. 159.

24 »Ich hatte einen krassen Gegensatz zu all dem in der Verfassung bemerkt, die dieser vorangegangen war. Ich habe gesehen, wie die eine vernichtet und die andere gegen den Willen des Volkes eingeführt wurde. Die eine war durch 4 800 000 Stimmen gewährleistet, die einmütig, entschlossen und freiwillig abgegeben worden waren, die andere nur von 900 000 zweifelhaften Stimmen abgestützt.« (B 51)

25 Diese These findet sich in zahlreichen zeitgenössischen Berichten über die »Hauptstadt der Menschheit«, so etwa bei Georg Kerner. Besonders deutlich wird sie in den Vertrauten Briefen aus Paris von Johann Friedrich Reichardt, die dieser 1792 und 1802/03 veröffentlichte (beide neu editiert von Rolf Weber, Berlin 1980, 1981).

26 Zur Absicherung dieser These, darauf kommen wir noch zu sprechen, musste er Rousseau und Mably allerdings verzerrend interpretieren. Denn beide bejahten eindeutig die Institution des Privateigentums und schlugen lediglich obere Schranken der Akkumulation vor und forderten die Sozialpflichtigkeit des Besitzes. Auf diesen Teil ihrer Ausführungen stütze sich ja Robespierre. Zuzustimmen ist Babeuf insofern, als Rousseau im *Contrat Social* schilderte, dass bei der Begründung der idealen Gesellschaft das vorhandene Eigentum in einer logischen Sekunde an den Staat übergeht. Dieser aber, und hier irrte Babeuf, kassiert es nicht oder ver-

teilt es neu, sondern gibt es vielmehr, nun rechtmäßig geschützt, an seine früheren Besitzer zurück. Daneben konnte sich Babeuf natürlich auf die radikale Zivilisationskritik Rousseaus stützen, die in markantsprachgewaltigen und polemischen Texten ihren Ausdruck fand. Siehe Heyer: Die französische Aufklärung, a. a. O., S. 97-116.

27 Siehe die Ausführungen von Raymond Ruyer und Hans-Jürgen Krysmanski, die in ihren richtungweisenden Monographien beide die utopische Methode thematisierten. Krysmanski: Die utopische Methode. Eine literatur- und wissenssoziologische Untersuchung deutscher utopischer Romane des 20. Jahrhunderts, Köln, Opladen 1963; Ruyer: L' Utopie et les utopies, Paris 1950.

28 »Alles, was einem Mitglied des Gemeinwesens zur Befriedigung seiner täglichen Bedürfnisse jeder Art fehlt, ist das Ergebnis einer Beraubung seines natürlichen persönlichen Eigentums durch jene, die das Gemeineigentum an sich reißen. Alles, was ein Mitglied des Gemeinwesens mehr hat als zur Befriedigung seiner täglichen Bedürfnisse jeder Art, ist das Ergebnis eines Diebstahls an den anderen Mitgliedern, der notwendig eine mehr oder weniger große Zahl ihres Anteils am Gemeineigentum beraubt.« (B 64 f.)

sprünglich gehört der Boden niemandem, seine Früchte allen.« (B 62) Und weiter heißt es: »Wenn der Boden niemandem, die Früchte allen gehören, wenn der Besitz einer Minderheit nichts als das Ergebnis einiger missbräuchlicher, gegen die Grundrechte verstoßender Institutionen ist, folgt daraus, dass dieser Besitz einiger weniger einen Übergriff darstellt, dass zu allen Zeiten alles, was sich ein Individuum vom Boden und den Früchten der Erde über seine Ernährung hinaus aneignet, Diebstahl am Gemeinwesen ist.« (B 64) Babeufs Argumentation ist klar: Eigentum sei eine rein staatliche Institution, ausschließlich durch positive Gesetze geschaffen und sanktioniert. Ja, erst der Staat legitimiere die im Naturzustand erfolgten Ausdifferenzierungen und Ungleichheiten, indem sie nun, wie exemplarisch bei Thomas Hobbes und Jean-Jacques Rousseau nachzulesen ist, durch alle gesichert werden. Da der Boden aber von Natur aus, d. h. dem Ursprung nach, allen gehöre, habe kein Staat die Autorität, eine Aufteilung der Flächen zu sanktionieren. Babeuf hat dies, zusammen mit Sylvain Maréchal und anderen, auf die pointierte Formel gebracht, dass Eigentum Diebstahl sei.²⁸ Damit ist im Denken Babeufs der utopische Dualismus präsent: Der kritisierten Gegenwart wird eine Gesellschaft gegenübergestellt, die als tragfähige Alternative fungiert. Dass diese kontraktualistisch generiert werden soll, ist das Signum des Entwurfs. »All unsere gesellschaftlichen Einrichtungen, unsere gegenseitigen Geschäfte sind nichts anderes als ständige räuberische Handlungen, die barbarische Gesetze genehmigen, in deren Schutz wir einzig auf gegenseitige Ausbeutung bedacht sind. Im Gefolge ihrer furchtbaren Anfangsvereinbarungen bringt unsere Gaunergesellschaft alle Arten von Lastern und Verbrechen hervor, gegen die sich einige redliche Männer umsonst zusammenschließen, um ihnen einen Kampf anzusetzen, den sie nicht gewinnen können, weil sie das Übel nicht bei der Wurzel greifen, sondern nur Linderungsmittel anwenden, die sie aus falschen Vorstellungen von unserer organischen Verderbnis schöpfen. Aus allem Gesagten geht deutlich hervor, dass alles, was einer über seinen persönlichen Anteil an den Gütern der Gesellschaft hinaus besitzt, Diebstahl und widerrechtliche Aneignung ist. Es ist also gerecht, es ihm wieder wegzunehmen. Selbst derjenige, der bewiese, dass er aufgrund seiner bloßen Körperstärke in der Lage ist, soviel wie vier zu leisten, und der deshalb den vierfachen Lohn forderte, wäre ein Verschwörer gegen die Gesellschaft, weil er damit allein ihr Gleichgewicht stören und die kostbare Gleichheit vernichten würde.« (B 66) Babeuf hat, das ist entscheidend, noch einmal seinen Umsturzversuch gerechtfertigt, der ihm zufolge als letzte Möglichkeit erscheint, die Gleichheit aller durchzusetzen. Der Verschwörung selbst wird so aber immer auch attestiert, dass sie eigentlich gar keine sei. Richte sie sich doch gegen eine Regierung, welche nicht die Prinzipien der Natur artikuliere und damit auch nicht auf der Basis eines gerechten Sozialvertrages agiere. Mit Rousseau und im Namen der »Rechte der Menschheit« nahm Babeuf für sich in Anspruch, das Richtige zur richtigen Zeit getan zu haben.

Die bisher rekonstruierte Selbsteinschätzung Babeufs ist allerdings an einer zentralen Stelle zu revidieren. Denn es ist keineswegs so, dass er die von ihm vorgeschlagene alternative Gesellschaft auf

kommunistischer Grundlage tatsächlich in ihren Facetten imaginiert hat. Es lassen sich vielmehr nur wenige Anhaltspunkte finden, die immerhin sporadische Aussagen ermöglichen, deren interpretative Gewichtung sich an der geleisteten Gegenwarts kritik zu orientieren hat. So kann kein Zweifel daran bestehen, dass Babeuf die Verfassung von 1793 als wichtigen Schritt zur Verwirklichung seines Gleichheits- und Freiheitskonzeptes betrachtete.²⁹ Damit geriet ein Punkt in den Fokus seiner Betrachtungen, der wie kaum ein zweiter die politischen Theorien beeinflusst hat. Für Babeuf war die Umsetzung seiner Überlegungen ganz zentral von der Aufklärung und Bildung der Bürger, der Citoyens abhängig. Aufgeklärte Menschen, so seine These, könnten nicht getäuscht oder in die Irre geführt werden. Der Gebrauch der eigenen Vernunft wird zur Vorbedingung für das Erkennen des Gemeinwohls: interpretiert als »Stimme der Natur«. Von hier bedinge sich auch, dass die Verteilung der Bildungs- und Kulturchancen an die Ausdifferenzierung der Gesellschaft gebunden sei. Oder anders: Babeuf zufolge stellt die Usurpation der Aufklärung »ein Werkzeug, ein Arsenal von Waffen« (B 67 f.) in der Hand der reichen bourgeoisen Oberschicht dar. Die Anforderung an die zukünftige bessere Gesellschaft ist in diesem Sinne formuliert: Sie soll völlige Gleichheit auf allen Gebieten durchsetzen. »Die gesellschaftlichen Institutionen müssen also so beschaffen sein, dass sie keinem Individuum die Hoffnung lassen, jemals reicher, mächtiger oder durch seine Kenntnisse vornehmer zu werden als seinesgleichen. Um es noch genauer zu sagen: Es muss gelingen, das Schicksal zu bezwingen, das Los jedes Gesellschaftsmitgliedes von Zufall, von glücklichen und unglücklichen Umständen unabhängig zu machen, jedem einzelnen und seiner Nachkommenschaft, so zahlreich diese auch sein mag, ein Auskommen zu sichern, aber nur ein Auskommen; und allen jeden nur möglichen Weg zu versperren, jemals mehr zu erringen als den persönlichen Anteil an den Erzeugnissen der Natur und der Arbeit.« (B 68) Die Kehrseite der von Babeuf gezeichneten Alternative liegt freilich ebenfalls auf der Hand. Das Individuum wird fast vollständig vom Staat abhängig, wird schlichtweg konsumiert.³⁰ Gleich den neuzeitlichen Utopisten dachte Babeuf von »oben«. Auch die Umstrukturierung bzw. Revolutionierung des alten Status quo werde auf diese Weise und gerade nicht von »unten« – wie etwa noch bei Jacques Roux – kommend erfolgen. Dem korrespondiert, dass es der Staat und seine harten Institutionen sind, welche die neuen Strukturen garantieren und ihr Bestehen gegen jede Form der Kritik – die dann ja gegen die »Gebote der Natur« verstoßen würde – absichern bzw. mit Hilfe repressiver Maßnahmen immunisieren. Jedoch könnte – gerade bei gleicher Bildung – auch davon ausgegangen werden, dass die Individuen in der Zukunft ihre Handlungen gleichsam habitualisieren. Mit dem Privateigentum, wie Babeuf (erneut im Rahmen des utopischen Diskurses) ausführte, werden die kritisierten Probleme der Gegenwart automatisch aufgehoben. »Dieses System wird die Grenzsteine verschwinden lassen, die Hecken, die Mauern, die Türschlösser, die Zwistigkeiten, die Prozesse, die Diebstähle, die Morde, alle Verbrechen; die Gerichte, die Gefängnisse, die Galgen, die Strafen, die Verzweiflung, die all dieses Unglück hervorruft; den Neid, die Eifersucht, die Unersätt-

29 Demgegenüber hat Hedwig Hintze in ihrer Habilitationssarbeit den Nachweis erbracht, dass der ursprüngliche girondistische Verfassungsentwurf, der unter der maßgeblichen Leitung Condorcets verfasst wurde, weitaus demokratischer als die später aus diesem Gesetzgebungsprozess hervorgegangene Verfassung war. Vgl. Hintze: Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution, Neuauf., Frankfurt am Main 1989.

30 »Das einzige Mittel, dahin zu gelangen, ist die Einrichtung einer gemeinsamen Verwaltung, die Abschaffung des Privateigentums. Jeder muss an seine Fähigkeiten, an die von ihm beherrschte Tätigkeit gebunden und verpflichtet sein, seine Erzeugnisse in natura in einem Sammlager abzuliefern; eine einfache Güterverwaltung hat alle Individuen und alle Dinge zu erfassen, und letztere in strengster Gleichheit aufzuteilen und in die Wohnung der einzelnen Bürger bringen zu lassen.« (B 68)

lichkeit, den Hochmut, den Betrug, die Falschheit, kurz, alle Laster; außerdem (was sicherlich wesentlich ist) den nagenden Wurm der allgemeinen Sorge, die jeden von uns ständig verfolgt, was morgen, in einem Monat, in einem Jahr, im Alter sein wird, die Sorge um das Schicksal unserer Kinder und Kindeskinde.« (B 69)

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass Babeufs Wirkung in der Geschichte nicht nur durch ihn selbst erzielt wurde. Ebenso bedeutsam war die Darstellung seiner Ideen durch Philippe Buonarotti – einem der engsten Mitverschwörer Babeufs – im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts.³¹ Und schon während des Umsturzversuches beteiligten sich andere Theoretiker an der ideologischen Begründung der Position des radikalen Kommunismus. So verfasste der von 1750 bis 1803 lebende Sylvain Maréchal eines der einflussreichsten Dokumente der ganzen Bewegung: das *Manifeste des Égaux*, *Das Manifest der Gleichen*³², in dem die Gleichheit als »das erste Gebot der Natur« (M 103) bezeichnet und damit, ganz im Sinne der Aufklärung, entscheidend aufgewertet wird. Ja, Maréchal ging sogar über Babeuf hinaus. Noch expliziter als dieser setzte er auf kommunistische Eigentumsverhältnisse und verneinte die durch die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte festgesetzte rechtliche Gleichheit der Chancen. Seine Alternative war ein Modell totaler, völlig egalischer Homogenität, die in letzter Konsequenz nur mit Hilfe eines starken Staates hergestellt und aufrechterhalten werden kann. Das Individuum wird mit all seinen Facetten, Leidenschaften und Potenzialen von der staatlichen Sphäre absorbiert und soll in dieser aufgehen. »Wir streben etwas Erhabeneres und Gerechteres an, das Gemeingut oder die Gütergemeinschaft. Kein individuelles Landeigentum mehr: die Erde gehört niemandem. Wir verlangen, wir fordern den gemeinsamen Genuss der Früchte der Erde: die Früchte gehören allen. Wir erklären, nicht länger ertragen zu können, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen im Dienste und nach dem Belieben einer winzigen Minderheit arbeitet und sich abquält. Lange genug, allzu lange haben weniger als eine Million Menschen über das verfügt, was mehr als zwanzig Millionen ihresgleichen gehört. Schluss endlich mit diesem gewaltigen Ärgernis, das unseren Nachfahren unglaublich erscheinen wird! Schluss endlich mit den empörenden Unterschieden zwischen Reichen und Armen, Großen und Kleinen, Herren und Knechten, Herrschenden und Beherrschten. Es darf keinen anderen Unterschied mehr zwischen den Menschen geben als den des Alters und des Geschlechts. Nachdem alle dieselben Bedürfnisse und dieselben Familien haben, soll es für sie auch nur ein und dieselbe Erziehung, dieselbe Ernährung geben.« (M 105 f.) Das zentrale Merkmal des Gleichheitsbegriffs Maréchals ist darin zu sehen, dass dieser durch die künstliche Sphäre der Reglementierung und des menschlichen Agierens sogar die natürlichen Unterschiede auszuhebeln trachtete: Differenzen der Art von Intelligenz, Stärke etc. werden durch gezielte Maßnahmen gegen Null zurückgeführt. So weit war vor ihm kein Denker gegangen, hatten doch auch die radikaleren Theoretiker des 18. Jahrhunderts Kategorien wie Veranlagung, Fähigkeiten oder Talent zumindest anerkannt. Die Absicherung seiner Überlegung nahm Maréchal dadurch vor, dass er den Durchbruch zur faktischen Gleichheit mit der Revolution

31 Buonarotti veröffentlichte 1828 – verarmt in Paris lebend – sein zweibändiges Werk *Conspiration pour l'égalité dite de Babeuf, suivie du procès auquel elle donne lieu et des pièces justificatives* und schuf damit den ersten »Klassiker« der Darstellung der Verschwörung. Sein Buch ist bis heute eine der besten Einführungen in unsere Problematik. Die einzige deutsche Übersetzung erschien 1909 im Dietz-Verlag und wurde von diesem 1975 neu aufgelegt.

32 Sylvain Maréchal: *Manifeste des Égaux*, abgedruckt in: Babeuf: *Verschwörung*, a. a. O., S. 103-108. Zitiert wird im laufenden Text unter der Verwendung des Kürzels M.

verband. »Französisches Volk! Woran sollst du von nun an die Vortrefflichkeit einer Verfassung erkennen? Nur, wenn sie gänzlich auf der faktischen Gleichheit beruht, kann sie dir genügen und alle deine Wünsche befriedigen. Die aristokratischen Verfassungen von 1791 und 1795 verstärkten deine Ketten anstatt sie zu sprengen. Die von 1793 war ein echter, großer Schritt in Richtung der wirklichen Gleichheit. Wir waren ihr noch nie so nahe, doch sie erreichte das Ziel noch nicht, sie gelangte nicht bis zum Gemeinwohl, dessen Prinzip sie doch feierlich verankerte.« (M 108 f.)

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Maréchal die von ihm entworfene ideale Gesellschaft der Zukunft ebenfalls utopisch auf lud. Das zeigt sich gerade dann, wenn er die Französische Revolution als Vorstadium der noch ausstehenden besseren (eutopischen) Zukunft der Menschheit interpretierte. Die chiliastisch-apokalyptischen Momente seiner Aussagen sind freilich ebenfalls deutlich erkennbar: Untergang oder Paradies, ein Weg abseits dieser beiden extremen Pole ist für Maréchal und auch für Babeuf nicht vorstellbar. Genau von hier beziehen sie ja ihr Selbstverständnis der von einer kleinen Minderheit getragenen Durchsetzung des kommunistischen Systems qua Revolution. Gemessen an den zu erwartenden Verheißungen des geschichtsphilosophisch gedeuteten Endstadiums müsse die Französische Revolution als gescheitert betrachtet werden. Zwar wäre die Verfassung von 1793 ein wichtiger und entscheidender Schritt in die richtige Richtung gewesen, allerdings sei davon seit der bürgerlichen Verfassung von 1795 nichts mehr zu spüren. Denn letztere könne kaum als ein Beitrag zur kompletten Umstrukturierung der bestehenden Gesellschaftsordnung sowie ihrer Institutionen und normativen Vereinbarungen gelten. Damit verdeutlicht sich, dass Maréchal gleich Babeuf davon ausging, dass der Umschwung kaum auf friedlichem Wege erfolgen könne: Hier unterschieden sie sich von den nur einige Jahre später agierenden Utopischen Frühsozialisten und genau das ist auch einer der Gründe für die positive Rezeption durch Marx und Engels.³³ Maréchal hat sich explizit dazu bekannt, dass die Blutopfer der Revolution einen Preis darstellen, der durchaus für das zukünftige Glück aller bezahlbar sei. »Die Organisation der tatsächlichen Gleichheit, die einzige, die allen Bedürfnissen gerecht wird, ohne Opfer zu fordern, wird vielleicht anfangs nicht jedermann behagen. Der Egoist, der Ehrgeizige wird vor Wut zittern, der unrechtmäßige Besitzer über Ungerechtigkeiten zetern. Einige für die Leiden anderer Unempfindliche werden ihren exklusiven Genuss, die einsamen Freuden, den persönlichen Wohlstand schmerzlich bedauern. Die Machtgierigen, die gemeinen Handlanger der willkürlichen Gewalt werden ihre stolzen Nacken nur widerstrebend unter die reale Gleichheit beugen. In ihrer Kurzsichtigkeit fällt es ihnen schwer, das bevorstehende Allgemeinwohl zu erfassen; doch was vermögen ein paar tausend Unzufriedene gegen eine Masse glücklicher Menschen, die nur erstaunt sind, so lange nach einer greifbar nahen Glückseligkeit gesucht zu haben.« (M 107)

Mit Herbert Marcuses Babeuf-Aufsatz haben wir einen der aktuellen »linken« Versuche, mit Hilfe der Vergegenwärtigung Babeufs Inspirationen für die Thematisierung der Problemlagen unserer Zeit zu gewinnen, bereits betrachtet. Der gewichtigste Ansatz stammt al-

33 Vgl. Affeldt-Schmidt: Fortschrittsutopien, a. a. O.

34 Verwendet wird die Ausgabe *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome*. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn, Hamburg 1975. Zitiert wird im laufenden Text unter Verwendung des Kürzels H.

lerdings von Wolfgang Harich, der sich in seinem Hauptwerk *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome* zwar mit Marcuse auseinander setzte, aber weit über diesen hinausging.³⁴ Harich hat, das ist einer der wesentlichen Punkte seines Buches, den fundamentalen Unterschied zwischen Babeuf und den anderen Theoretikern der Französischen Revolution benannt: »Es scheint, dass damals die reinen Republikaner, die Erben Robespierres, Saint-Justs und Marats, überwiegend in den kommunistischen Parolen bloß ein Mittel sahen, die Not leidenden Massen für sich zu gewinnen, während umgekehrt Babeuf und seine Getreuen die Rückkehr zur demokratischen Verfassung von 1793 lediglich als machtpolitischen Ausgangspunkt für die schrittweise Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, mit dem Kommunismus als Endziel, anstrebten.« (H 183) Was Harich an dieser Stelle betont, ist die von ihm geortete Verbindung von Machtübernahme und revolutionärer Strategie. Doch während sich ein solches Konzept zum Beispiel für die Austromarxisten (vor allem Max Adler und Otto Bauer) tatsächlich feststellen lässt, ist Harichs Babeuf-Interpretation an dieser Stelle verfehlt. Denn Babeuf ging gerade nicht von einem Prozess der sukzessiven Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft aus, sondern trachtete vielmehr danach, diese in einer Stunde Null zu revolutionieren und gleichsam auf einer tabula rasa die neue Gesellschaft zu errichten. Das ist ja der Kern seiner Strategie: Eine kleine Minderheit exekutiert vorausseilend den Willen der Natur, der eben keine Zeit mehr hat, sondern entweder sofort oder gar nicht kommt. Damit ist deutlich, dass Harichs Interpretation auf etwas anderes zielt: Den Versuch der Begründung einer sozialistisch-kommunistischen Tradition. Babeuf sei um 1800 der eigentliche Gegner des Kapitalismus gewesen, während die Utopischen Frühsozialisten nur dessen Krisensymptome verarbeiteten. Oder anders: Bei Babeuf zeige sich (ähnlich wie etwa bei Thomas Münzer) das von »unten« kommende revolutionäre Potenzial der Entrechteten. Darüber hinaus sei seine Konzeption, die Rezeption seiner Theorie mit den Schlüsseldaten der Arbeiterbewegung verbunden: »Hatte dergestalt Babeufs Hinrichtung der Entfesselung des Kapitalismus auf dem europäischen Kontinent das letzte plebejisch-revolutionäre Hindernis aus dem Wege geräumt, so leitete vier Jahrzehnte später die vorübergehende Renaissance seiner Ideen, durch den alten Buonarrotti vermittelt, die Verselbständigung des modernen proletarischen Klassenkampfes, dessen politische Emanzipation von liberaler Gängelerei, ein. Insoweit steht Babeuf als Vorläufer dem Marxismus näher als der rein bürgerliche utopische Sozialismus (Saint-Simons, Fouriers), auch wenn es wahr bleibt, dass dieser durch seinen Ideenreichtum Marx und Engels in viel stärkerem Maße angeregt hat als das primitive Gedankengut, das Buonarrotti ihnen zu bieten hatte.« (H 184) Der Rekurs auf Babeuf verfolgt einen zentralen Zweck: Gegen die gängige ideengeschichtliche Absicherung versuchte Harich, den revolutionär-kommunistischen Zusammenhang zu stärken. Auch wenn Babeuf theoretisch »primitiv« gewesen sei, so habe er doch die positiven Aspekte der Theorie Rousseaus radikalisiert. (vgl. z. B. H 198) Harich ging es um einen Punkt, der so kaum Beachtung fand: Die bisherige Traditionslinie des Marxismus sei eher intellektuell, während mit Babeuf ein

»Mann der Tat« benannt werden könnte. Hier, in dem tatsächlichen Vorstoß zum Kommunismus, den Babeuf mit seinem Leben bezahlte, sei sein Verdienst zu suchen. »Dennoch bleibt festzuhalten, dass gleichwohl Babeuf und seine Partei in dem wichtigsten, entscheidenden Punkt ihrem Abgott Rousseau überlegen waren: Sie kannten, als Wortführer der Arbeiterklasse, seine kleinbürgerlichen Rücksichten auf das Privateigentum nicht mehr; sie verlangten, ohne Wenn und Aber, mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, es abzuschaffen, worin sie auch Rousseaus bis dahin bedeutendsten politischen Testamentsvollstrecker übertrafen: Robespierre. Sie waren Kommunisten.« (H 191)

Während Herbert Marcuse mit seiner Babeuf-Interpretation eher auf dessen Methode zielte, machte Wolfgang Harich die Inhalte stark. Gemeinsam ist beiden, dass sie diese zwei Teile des Babeufschen Œuvres nicht vermengen, also keine Zweck-Mittel-Korrelation herstellen. Das ist entscheidend, werden doch so in der Tat diejenigen Elemente freigelegt, die allem Terrorismus Babeufs zum Trotz dazu zwingen, sich mit seiner Konzeption auseinander zu setzen. Denn wir sehen bei ihm die verbrecherische Dimension des 20. Jahrhunderts ebenso vorgeprägt wie die human-emanzipatorischen Gründe und Wünsche, welche die Fehlgriffe bei der Wahl von Strategie und Preis erst legitimierten. Seit der Aushöhlung der emanzipatorischen Errungenschaften der nie in Kraft getretenen demokratischen Jakobinerverfassung (1793) diagnostizierte Babeuf die Ausbildung einer neuen Stände- und Privilegiengesellschaft, welche die wenigen noch vorhandenen und hart erkämpften Grundrechte zu unterminieren trachtete. Ja, es drohe sogar die Wiedereinsetzung der Monarchie, was dann die Bestrafung der Protagonisten der Revolution nach sich ziehen würde – eine These, die bereits Robespierre bei der durch ihn vorangetriebenen Intensivierung der revolutionären Praxis vorgetragen hatte. Gegen diese Zeitdiagnose – das heißt die permanente Gefahr der Konterrevolution, des dialektischen Gegen-schlags – setzte Babeuf sein Konzept der Gleichheit, das sich direkt aus den Normen der Natur ableiten lasse. In diesem Sinne ist dann derjenige zur politischen Tat legitimiert, der Einblick in diese Sphäre habe und so gleichsam kaum mehr mache, als die Gesetze der Natur zu exekutieren. Genau an dieser Stelle liegt aber, das haben wir eindeutig gesehen, der archimedische Punkt der Argumentation. Babeuf ging, hier Rousseau folgend, davon aus, dass die Masse des Volkes verblendet sei und so selbst in demokratischen Entscheidungen getroffene Vereinbarungen irrelevant wären.³⁵ Die Revolution wurde von ihm mit seinem nächsten, über die Praxis der Jakobiner hinausgehenden Schritt konfrontiert: Dem Prinzip des Terrorismus. Babeuf versuchte also, und eben daran scheiterte er, die Ideale der Revolution mit genau den Mitteln zu retten, deren Herrschaft er befürchtete: Gewalt, Unterdrückung, Verschwörung, Mord. Dieses Dilemma war ihm, das haben Marcuse, Harich und auch Ramm betont, nicht bewusst.

35 Der Bezug dieser Passage zu den einschlägigen Ausführungen Rousseaus im Discours sur l'inégalité ist evident. Vgl. Heyer, Andreas: Die politische Dimension der Anthropologie. Zur Einheit des Werkes von Jean-Jacques Rousseau, Frankfurt/Main u. a. 2006.

ULRICH BUSCH

Berlin – Weltstadtvisionen und Finanzrestriktionen

Berlin ist mit 3,4 Millionen Einwohnern und einer Fläche von mehr als 892 qkm die größte Stadt Deutschlands und eine der wichtigsten Metropolen Europas. Zusammen mit seinem brandenburgischen Umland bildet es einen Ballungsraum mit einer Bevölkerungszahl von fünf Millionen, einer jährlichen Wirtschaftsleistung von rund 100 Mrd. € (2005), enormen Ressourcen und Innovationspotentialen sowie einem dichten Netz von Akteuren und Institutionen in Politik, Wissenschaft, Bildung und Kultur. Berlin ist Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, Regierungssitz, Zentrum der Region Berlin-Brandenburg und einzige Metropole Ostdeutschlands. Zugleich ist Berlin Stadtstaat und Bundesland. Die Entscheidungen hierüber fielen im Zuge der Wiedervereinigung und wurden im *Einigungsvertrag* vom 31. 8. 1990 verbindlich geregelt (EVertr. Art. 1, Absatz 2 und Art. 2, Absatz 1). Berlin erhielt hierdurch staatsrechtlich wie finanziell einen Sonderstatus, der es von anderen europäischen Kapitalen, etwa Paris, Moskau, Madrid, Warschau oder London, unterscheidet, der seine Entfaltung als Weltstadt und Metropole aber auch behindert und bremst. Letzteres zeigt sich aktuell insbesondere in der prekären Finanzlage, die vor allem aus dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes resultiert, nun aber die Rolle der Stadt als Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturmetropole gefährdet.¹ Der Status Berlins als Bundesland, welches getrennt von seinem Umland, das zum Land Brandenburg gehört, existiert, verträgt sich zunehmend weniger mit seiner Rolle als Bundeshauptstadt und europäischer Metropole. Nirgends wird dies deutlicher als in den geplatzten Träumen der 1990er Jahre, den Visionen von einer Weltstadt, von Berlin als »Stadt des Wissens« und europäischer Kulturmetropole.

Potentialanalysen und Zukunftsentwürfe

In der Euphorie der deutschen Vereinigung gab es eine Vielzahl von Vorstellungen darüber, was aus Berlin alles werden könnte. Hochfliegende Zukunftsentwürfe hatten Konjunktur. Nicht selten orientierten diese sich an den Hochzeiten Berlins als Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches, als prosperierende Metropole der »goldenen« 1920er Jahre oder gar an den Megalopolis-Projekten Albert Speers von 1939 bis 1942. Um die vielen Ideen zu bündeln, die Visionen operabel zu machen, wurden in den Folgejahren verschiedene Kommissionen gebildet und zahlreiche Analysen, Zukunftsentwürfe und Strategien erarbeitet. Die wichtigsten sind die *BerlinStudie des Senats* (2000), die Berichte der Enquetekommission *Zukunftsfähiges*

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, TU Berlin, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik sowie zur Entwicklung Ostdeutschlands, zuletzt in UTOPIE kreativ: Schlaraffenland – eine linke Utopie?, Heft 181 (November 2005).

1 »Für Berlin ist es ... keineswegs eine besondere Errungenschaft, das zu sein, was es nach seiner Reföderalisierung ist: nämlich ein Stadtstaat in der Größe eines mittleren Bundeslandes – größer als die anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen, mit der Bevölkerungszahl von rund 3,5 Millionen in der Rangfolge der Bundesländer zwar noch am Ende der ersten Hälfte platziert, doch eher in der Nähe der kleinen, was die Leistungsfähigkeit betrifft, bei den

Berlin (1999) und *Lokale Agenda 21/Zukunftsfähiges Berlin* (2001) des Berliner Abgeordnetenhauses, der *Wegweiser für ein zukunfts-fähiges Berlin* (2001), das Buch *Berlins zweite Zukunft. Aufbruch in das 21. Jahrhundert* (1999) von Walter Momper, Jürgen Kromphardt u. a., die *Berlin Urban Renaissance Study* der OECD (2003), die *Bausteine für die Zukunft Berlins* des DIW (2002), das *Kompetenzprofil Berlin* (1999), erstellt von der Investitionsbank Berlin (IBB), und die Arbeiten des Vereins Forum Zukunft Brandenburg, veröffentlicht in den beiden von Christoph Zöpel edierten Bänden *Brandenburg 2025 in der Mitte Europas* (2002).

All diesen Studien ist gemeinsam, daß sie die Potentiale Berlins vor allem auf den Gebieten Wissenschaft, Bildung und Kultur sehen. Darüber hinaus werden die Bereiche Medien, Messen und Tourismus als erfolgversprechend aufgeführt. Mit der Formierung der *Wissensgesellschaft* trifft in Berlin »ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Trend auf profiliertes endogenes Potenzial. Dies nutzbar zu machen, wird Aufgabe der Stadt sein«, so die *BerlinStudie* (2000: 42). Hier liegt ganz eindeutig der Schlüssel auch für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins: Die Pflege und der Ausbau von Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie die Vernetzung dieser Bereiche mit der Wirtschaft muß deshalb die entscheidende Rolle bei der Erarbeitung einer erfolgreichen Entwicklungsstrategie zugesprochen werden.

Hinzu kommen die Potentiale im Dienstleistungsbereich, insbesondere bei Beratungsdienstleistungen in Politik und Wirtschaft, wofür Berlin als Hauptstadt und als internationales Kommunikationszentrum zwischen Ost und West beste Voraussetzungen besitzt. Der Megatrend von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft bietet für Berlin als Wirtschaftsstandort enorme Chancen, die es durch den gezielten Ausbau der Dienstleistungspotentiale zu nutzen gilt. Demgegenüber werden die Zukunftschancen der Industrie verhältnismäßig zurückhaltend beurteilt.² Ausnahmen gibt es aber auch hier. So zum Beispiel auf den Gebieten Pharmazie, Biotechnologie und Medizintechnik sowie Kommunikations- und Informationstechnologie. Hier könnten Produktions-Cluster und überregionale Kompetenzzentren entstehen, auch neue Betriebe, unterstützt durch die Wissenschaft, so daß Berlin sein Profil als Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturzentrum sowie als Produktions- und Dienstleistungsstandort bewahrt.

Bei der Bilanzierung der Stärken und Schwächen Berlins, der Vor- und Nachteile, wird deutlich, daß die Stärken eindeutig überwiegen, die Zukunftspotentiale also größer sind als die hemmenden Faktoren und Probleme: »Berlin hat alles, was eine Metropole ausmacht. Es gilt (nunmehr), den am Boden liegenden Gulliver zu entfesseln« (Brake, Iversen 2004: 82).

Wirtschaftliche Entwicklung

Die ökonomische Entwicklung verlief in Berlin unmittelbar nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1990) zunächst nach demselben Muster wie überall in Deutschland: Während im Osten die Produktion kollabierte, die Beschäftigung zurückging und schmerzhaft Umstellungs- und Anpassungsprozesse zu bewältigen waren, boomte im Westen die Wirtschaft, sprudelten Einkommen

Habenichtsen. Allerdings ist Berlin seit dem Hauptstadtdeschuß von 1991 eben auch mehr als ein Bundesland« (Süß, Rytlewski 1999: 675).

2 »Das verarbeitende Gewerbe gilt als ein Wirtschaftssektor, dessen Bedeutung für die Gesamtwirtschaft abnimmt und der vor allem in Ballungsräumen keine Zukunft hat. Die Entwicklung der Industrie in Berlin ... scheint diese These zu bestätigen: Die Zahl der Beschäftigten ist hier seit 1991 um 50 %, die reale Bruttowertschöpfung um etwa 30 % gesunken« (DIW: Bausteine für die Zukunft Berlins (2002): 165).

und Gewinne und sah man sich allenthalben als Sieger der Geschichte. Für Berlin galt dieses zwiespältige Szenario in besonderem Maße, da hier nicht nur verschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme innerhalb einer Stadt aufeinander stießen, sondern der Ostteil zugleich seine Rolle als »Hauptstadt der DDR« verlor, während West-Berlin durch die Wiedervereinigung seine seit 1945 erzwungene Isolierung beenden konnte und zum Zentrum der Region Berlin-Brandenburg bzw. Ostdeutschlands aufstieg.³

3 »Jahrzehntelang haben die beiden Stadthälften ... in geschlossenen und alimmentierten Räumen gelebt. Daß die zwangsproletarisierte Gesellschaft Ostberlins nicht gerade ein Biotop für eine weltstädtische Kultur gewesen ist, hat sich herumgesprochen. Aber auch die westliche Halbstadt dämmerte in einem abgeriegelten Schonraum vor sich hin. Westberlin, das war eine geglückte Version des realen Sozialismus – eine von Gefälligkeiten und Klientelismus bestimmte Domäne einheimischer Stammesfürsten und westdeutscher Subventionsexperten« (Peter Schneider, Kursbuch 137 (1999): 45).

Die differenzierte Entwicklung West- und Ost-Berlins dokumentiert sich in den Wirtschaftsdaten. So stieg die Produktion in West-Berlin zu Beginn der 1990er Jahre sprunghaft an, von 1990 bis 1994 um 17,7 %. In Berlin-Ost dagegen fiel sie dramatisch. Dies spiegelt sich in der Entwicklung der Beschäftigung wider: Während die Zahl der Beschäftigten in West-Berlin zwischen 1989 und 1993 um gut 13 % zunahm, ging sie im gleichen Zeitraum in Ost-Berlin um nahezu 40 % zurück. Nicht viel anders verlief die Beschäftigungsentwicklung im Land Brandenburg, wo rund ein Drittel der Arbeitsplätze verloren ging (Gornig, Schulz 2002: 159). Auch wenn diese Tendenz nicht anhält und West-Berlin in den darauffolgenden Jahren ebenfalls von einem wirtschaftlichen Abwärtstrend erfaßt wurde, so liegt die Beschäftigtenzahl mit einem Plus von rund 8 % heute hier aber immer noch deutlich höher als vor der Vereinigung.

Anders die Lage im Osten: Hier konnten die Arbeitsplatzverluste der ersten Jahre nicht wieder ausgeglichen werden, sondern der negative Trend setzte sich fort, was zu erheblichen regionalen Ungleichgewichten, Migrationsprozessen und Pendlerströmen führte. So weist die Bevölkerungsstatistik für Berlin und Brandenburg signifikante Veränderungen aus, *insgesamt* aber eine bemerkenswerte Stabilität der Einwohnerzahl – ganz im Gegensatz zu den anderen ostdeutschen Ländern, die durchweg hohe Bevölkerungsverluste verkraften müssen (vgl. Tabelle 1 und 2).

Tabelle 1:

Entwicklung der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004

Jahr	Bevölkerung			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Berlin	Brandenburg	Region	Berlin	Brandenburg	Region
1991	3.44.6031	2.542.723	5.988.754	-	-	-
1992	3.465.748	2.542.651	6.008.399	0,6	0,0	0,3
1993	3.475.392	2.537.661	6.013.053	0,3	-0,2	0,1
1994	3.472.009	2.536.747	6.008.756	-0,1	0,0	-0,1
1995	3.471.418	2.542.042	6.013.460	0,0	0,2	0,1
1996	3.458.763	2.554.441	6.013.204	-0,4	0,5	0,0
1997	3.425.759	2.573.291	5.999.050	-1,0	0,7	-0,2
1998	3.398.822	2.590.375	5.989.197	-0,8	0,7	-0,2
1999	3.386.667	2.601.207	5.987.874	-0,4	0,4	0,0
2000	3.382.169	2.601.962	5.984.131	-0,1	0,0	-0,1
2001	3.388.434	2.593.040	5.981.474	0,2	-0,3	0,0
2002	3.392.425	2.582.379	5.974.804	0,1	-0,4	-0,1
2003	3.388.477	2.574.521	5.962.998	-0,1	-0,3	-0,2
2004	3.387.828	2.567.704	5.955.532	0,0	-0,3	-0,1

Ein weniger positives, wenn auch regional differenziertes Bild vermittelt die Erwerbstätigenstatistik: Während die Erwerbstätigkeit im gesamten Bundesgebiet in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten leicht angestiegen ist, ist sie in Berlin und Brandenburg rückläufig. In Berlin beträgt der Rückgang 8,1 % (bei deutlicher Differenzierung zwischen Ost und West) und in Brandenburg 15,5 % (bei gegenläufiger Entwicklung zwischen berlinnahen und peripheren Gebieten). In der Region Berlin-Brandenburg sank die Zahl der Erwerbstätigen um 11,2 % (vgl. Tabelle 3). Da diese Entwicklung in beiden Teilregionen fast deckungsgleich verläuft, scheint es fragwürdig, hier von einer »wirtschaftlichen Auszehrung« Berlins durch den brandenburgischen »Speckgürtel« zu sprechen. Ein Blick in die *Wirtschaftskunde* Deutschlands aus dem Jahr 1930 belegt, daß ein derartiger Speckgürtel bereits damals existiert hat, die wirtschaftliche Bedeutung Berlins deshalb aber keineswegs geringer war.⁴ Letztere beruhte nämlich weniger auf dem Umfang der hier ansässigen Betriebe im produzierenden Gewerbe als auf der Rolle Berlins als Handels- und Finanzzentrum Deutschlands und seiner Bedeutung als Reichshauptstadt. Diese Funktionen haben inzwischen jedoch die Metropolen an Rhein, Main und Isar übernommen, und es ist nicht erkennbar, daß hier in absehbarer Zeit eine Rückführung erfolgt.⁵ Ähnlich verhält sich dies mit den Head-Quartern großer Unternehmen, die früher in Berlin ansässig waren, nach 1945 aber in andere Bundesländer übersiedelten und bis heute nicht zurückgekommen sind. Eine Ausnahme bildet die *Deutsche Bahn*, aber selbst diese Entscheidung wurde jüngst bekanntlich wieder in Frage gestellt. Bleibt die Hauptstadtfunktion Berlins als Zukunftspotential und Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung. Aber auch hier findet sich bisher mehr Schein als Sein. Berlin ist weit davon entfernt, den mit seiner Rolle als Hauptstadt und Regierungssitz verbundenen Anspruch auch auszufüllen. Was einerseits an der zögerlichen Annahme der 1990/1991 getroffenen Entscheidungen durch die alten Bundesländer liegt,⁶ andererseits aber auch in der föderalen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Geschichte, welche kein ungebrochenes Verhältnis zu einer alle anderen Städte überragenden Hauptstadt als »nationalem Symbol« erlaubt (Roeck 1995: 59)⁷.

4 »Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins beruht ... weniger auf dem der Innenstadt vorgelagerten Gürtel von rauchenden Schloten als auf der überragenden Stellung der City als Zentrale der deutschen Finanz- und Handelsmacht und als Sitz der wichtigsten wirtschaftspolitischen Zusammenschlüsse. Mehr als 3 000 Bankniederlassungen mit rund 50 000 Angestellten – etwa ein Viertel der im gesamten Geld-, Bank- und Börsenwesen beschäftigten Personen sind in der Reichshauptstadt konzentriert, die mit 17 000 Großhandelsniederlassungen und 56 000 Einzelhandelsbetrieben gleichzeitig auch die größte Handelsstadt des europäischen Kontinents ist« (*Deutsche Wirtschaftskunde* 1930: 116 f.).

5 Die *Deutsche Bundesbank* hatte 1990 erwogen, von Frankfurt am Main nach Berlin übersiedeln. Inzwischen hat sie erklärt, ihren Sitz in Frankfurt zu belassen. Nach dem Desaster der *Berliner Bankgesellschaft* mußten auch die Pläne, über eine starke Landesbank Einfluß in der Finanzsphäre zu gewinnen, begraben werden, so daß Berlin bis auf weiteres als Banken- und Finanzplatz in Deutschland und Europa keine nennenswerte Rolle spielen wird.

6 Gemäß Einigungsvertrag vom 31. 8. 1990 ist Berlin »die Hauptstadt Deutschlands« (Art. 2, Absatz 1). Dies galt mit sofortiger Wirkung. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung dagegen sollte erst nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden werden. Die Entscheidung hierüber fiel am 20. Juni 1991 in Bonn.

Tabelle 2:
Beschäftigungsentwicklung 1989 bis 1996 (Veränderung in %)

	1989-1993	1993-1996	1989-1996
West-Berlin	+13,5	-4,9	+7,9
Ost-Berlin	-39,3	-8,5	-44,5
Brandenburg	-33,6	+3,0	-31,5
Berlin-Brandenburg	-21,8	-2,5	-23,8
Alte Länder ohne Berlin	+4,6	-2,8	+1,7
Neue Länder ohne BB	-36,5	+2,0	-35,3

Quelle: VGR der Länder, Gornig, Schulz 2002: 159

Tabelle 3:

Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg im Jahresdurchschnitt in 1000

Jahr	Erwerbstätige			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Berlin	Brandenburg	Region	Berlin	Brandenburg	Region
1991	3.44.6031	2.542.723	5.988.754	-	-	-
1991	1.673,1	1.193,0	2.866,1	-	-	-
1992	1.647,6	1.058,1	2.705,7	-1,5	-11,3	-5,6
1993	1.640,0	1.026,0	2.666,0	-0,5	-3,0	-1,5
1994	1.626,8	1.052,3	2.679,1	-0,8	+2,6	+0,5
1995	1.623,2	1.075,2	2.698,5	-0,2	+2,2	+0,7
1996	1.596,4	1.073,6	2.670,0	-1,7	-0,2	-1,1
1997	1.563,7	1.071,8	2.635,5	-2,0	-0,2	-1,3
1998	1.552,8	1.066,7	2.619,5	-0,7	-0,5	-0,6
1999	1.552,2	1.067,5	2.619,7	0,0	+0,1	0,0
2000	1.575,4	1.063,9	2.639,4	+1,5	-0,3	+0,7
2001	1.571,2	1.045,8	2.617,0	-0,3	-1,7	-0,8
2002	1.546,8	1.025,5	2.572,3	-1,6	-1,9	-1,7
2003	1.525,9	1.012,1	2.538,1	-1,3	-1,3	-1,3
2004	1.537,8	1.015,0	2.552,8	+0,8	+0,3	+0,6
2005	1.538,5	1.005,9	2.544,4	0,0	-0,9	-0,3

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin/Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik – Land Brandenburg, Berlin Potsdam 2006

7 In welchem geringem Maße selbst heute noch die Hauptstadtfunktion ausgefüllt wird, zeigt ein einfacher Vergleich: In Berlin arbeiten lediglich 6 % aller Beschäftigten des Bundes. In Rheinland-Pfalz dagegen, einem recht kleinen Bundesland, sind es 35 000 Personen.

8 So lag die Veränderungsrate des realen BIP 1996 um 2,7 Prozentpunkte, 1997 um 3,7, 1998 um 2,2, 1999 um 2,7, 2000 um 2,1, 2001 um 2,6, 2002 um 1,7, 2003 um 1,1, 2004 um 1,6 und 2005 um 1,1 Prozentpunkte unter dem gesamten deutschen Durchschnitt. Das heißt, Berlin weist einen deutlichen Wachstumsrückstand auf – über das gesamte Jahrzehnt hinweg (IW 2006: iwd Nr. 35: 2).

In den ökonomischen Daten dokumentiert sich der wirtschaftliche Niedergang Berlins: Während das BIP je Einwohner in Deutschland von 1991 bis 2004 um 10,8 % gestiegen ist, ist es in Berlin im gleichen Zeitraum um 6,2 % gesunken. Der Rückstand Berlins gegenüber dem Bundesdurchschnitt vergrößerte sich damit von 1,7 % im Jahre 1991 auf beachtliche 14,4 % im Jahre 2004. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre lag das reale Wirtschaftswachstum in Berlin um 2,2 Prozentpunkte niedriger als im Bundesgebiet insgesamt (IW 2006: 2).⁸ Eine solche Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen.

Verschuldung der Hauptstadt

Der Anstieg der Verschuldung Berlins stellt alle anderen Bundesländer in den Schatten, die ostdeutschen ebenso wie die westdeutschen. Mit einer Schuldensumme von 58,6 Mrd. € (2005), einer Pro-Kopf-Verschuldung von 17 275 € und einer Schuldenstandsquote von 73,0 % rangiert die deutsche Hauptstadt weit über dem Bundesdurchschnitt (Senatsverwaltung 2006: 21). Im Unterschied zu den anderen ostdeutschen Ländern startete Berlin 1990 nicht mit einem Schuldenstand von Null, sondern mit den in West-Berlin seit 1948 aufgehäuften Schulden. Im Jahr der Wiedervereinigung betrug der Schuldenstand 6,4 Mrd. €, was pro Kopf (2 993 €) in etwa dem Niveau der westdeutschen Flächenländer entsprach, aber geringer war als in Bremen, Hamburg und dem Saarland. Seitdem hat sich der Schuldenstand jedoch verzehnfacht und ist damit weit schneller angestiegen als die Durchschnittverschuldung der Bundesländer.

Der Entwicklungsverlauf der Verschuldung Berlins seit der Wiedervereinigung ist imposant: Bis 1990 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben in West-Berlin über denen der westdeutschen Bundesländer, die Verschuldung aber war geringer, was auf eine komfortable Finanzausstattung des »Schaufensters des Westens« schließen läßt. Dies ermöglichte die Aufrechterhaltung einer atypischen Wirtschaftsstruktur und den Unterhalt einer großzügig subventionierten Bildungs- und Kulturlandschaft. Analoges galt für Ost-Berlin, das als »Hauptstadt der DDR« nicht weniger privilegiert war.

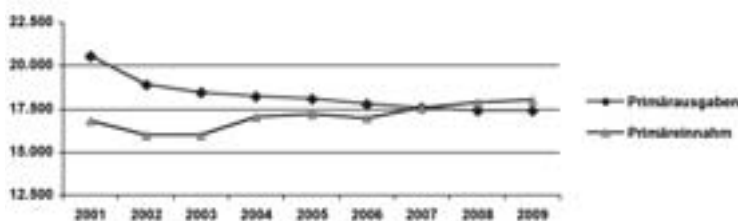
Als sich die Situation in den Jahren nach 1990 radikal änderte, die Wirtschaft zum Teil kollabierte und die Finanzhilfen zurückgeführt wurden, erhöhten sich die jährliche Nettokreditaufnahme und damit der Schuldenstand rasant. Da die Wirtschaft nicht mitwuchs, stiegen die Schuldenquote und die Zinslastquote sprunghaft an – bis zur Gefahr der Überschuldung. Dabei entstand der größte Teil der Schulden zwischen 1991 und 1994, als Berlin davon träumte, zu einer europäischen Metropole aufzusteigen und Zentrum eines »zweiten deutschen Wirtschaftswunders« zu werden. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in einigen anderen ostdeutschen Ländern – mit dem Ergebnis, daß diese die westdeutschen Flächenländer in der Pro-Kopf-Verschuldung seit 1998 übertreffen. Im gleichen Jahr überholte Berlin in der Pro-Kopf-Verschuldung das wirtschaftlich ungleich potentere Hamburg. Seitdem ist Berlin die »Hauptstadt des Prekariats« (Schmidt 2006) und neben Bremen unangefochtener Spitzenreiter beim Schuldenmachen.

Seit Jahren bewegt sich die Verschuldung Berlins faktisch auf »Haushaltsnotlagenniveau« (Seitz 2003). Ob es sich dabei aber um eine »extreme« Haushaltsnotlage handelt, was einen Anspruch auf Sanierungshilfen des Bundes bedeuten würde, ist strittig. Ausschlaggebend hierfür ist die Beurteilung der Höhe der Kreditfinanzierung und der Zinsverpflichtungen in Relation zu den Ausgaben bzw. Steuereinnahmen des Landes. So liegt die *Zins-Steuer-Quote* mit 21,1 % zwar erheblich über dem Länderdurchschnitt (11,5 %), aber immer noch unter den Werten für Bremen und das Saarland zu Anfang der 1990er Jahre. Dagegen übertrifft die *Kreditfinanzierungsquote* bereits seit 1993 die Werte aller anderen Länder. Zudem verstößt Berlin seit Jahren gegen die verfassungsrechtlichen Regeln für die Nettokreditaufnahme bei der Finanzierung des Budgets (vgl. Seitz 2006c: 25 ff.).

Die Erklärung für diese desaströse Entwicklung ist zunächst im Fiskalischen, im Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben, zu suchen. Seit Mitte der 90er Jahre stagnieren die Steuereinnahmen Berlins bei ca. 8,1 Mrd. €, während die Einnahmen aus Bundeshilfen und dem Länderfinanzausgleich drastisch zurückgeführt wurden, von 7,4 Mrd. € (1991) auf 5,2 Mrd. € (2006). Letztere bilden heute noch etwa 30 % der bereinigten Gesamteinnahmen Berlins, werden mit dem Abbau der Mittel des Solidarpakts II in den nächsten Jahren aber weiter zurückgehen, so daß der Konsolidierungsdruck wächst. Demgegenüber belaufen sich die Ausgaben derzeit auf 20,2 Mrd. €. Sie sind seit Mitte der 90er Jahre kaum mehr gestiegen. Berlin hat als einziges Bundesland seine konsumtiven Primärausgaben sogar gesenkt, seit 1995 um 4,5 %, während diese bei den anderen Ländern

um durchschnittlich 11 % gestiegen sind. So konnte das Defizit des Primärhaushalts (Einnahmen und Ausgaben ohne Schuldendienst) kontinuierlich verringert werden: 1995 waren es 5,1 Mrd. €, 2001 3,8 Mrd. €, zuletzt nur noch 924 Mio. € und damit der geringste Wert seit der Wiedervereinigung. Für 2007 wird ein ausgeglichener Primärhaushalt erwartet (Senatsverwaltung 2006: 10, 13) (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1:
Entwicklung des Primärhaushalts in Mio. €



Quelle: Senatsverwaltung Berlin 2006

Was jedoch kontinuierlich angestiegen ist und auch weiterhin steigen wird, sind die Zinszahlungen. 1991 betragen die Zinsausgaben Berlins 537 Mio €, 1999 waren es 1 915 Mio €, 2005 2 396 Mio € und 2006 2 475 Mio €. Im Jahr 2009 werden es knapp 3 000 Mio € sein (ebenda: 26). Parallel dazu erhöhte sich die Zins-Steuer-Quote, also der Anteil der Zinszahlungen an den Steuereinnahmen. Derzeit liegt sie bei 21,1 % und damit fast doppelt so hoch wie in den anderen Bundesländern und mehr als 50 % über dem Niveau der neuen Länder (Abb. 2).

Am 5. November 2002 stellte der Senat von Berlin fest, daß sich das Land »seit längerem in einer extremen Haushaltsnotlage befindet, aus der es sich aus eigener Kraft nicht befreien kann« (ebenda: 20). Aus dieser Feststellung ergibt sich gem. Art. 107, Abs. 2 GG ein Anspruch auf Haushaltssanierungshilfen des Bundes, wie sie Bremen und das Saarland seit 1994 erhalten. Bedingung dafür ist jedoch, daß das Land durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen das Primärdefizit vollständig abbaut und einen Primärüberschuß erwirtschaftet.

Wie der Entwicklungsverlauf seit Mitte der 90er Jahre zeigt, reichen die normalen Mechanismen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen nicht aus, um Berlin vor einem weiteren Schuldenanstieg zu bewahren. Selbst die für 2008 angestrebte Erwirtschaftung eines Primärüberschusses wird nicht verhindern, daß das Land immer tiefer in die »Schuldenfalle« gerät. Die dafür vorgelegten Prognosen sind erschreckend: Bis 2030 soll sich der Schuldenstand verdoppeln und dann je Einwohner mehr als das Fünffache des Länderdurchschnitts betragen (Färber 2006: 97 f.). Eine partielle Entschuldung durch den Bund könnte hier Abhilfe schaffen, weshalb Berlin 2003 einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereicht hat. Die Klage Ber-

lins auf Anerkennung einer extremen Haushaltsnotlage wurde mit Urteil vom 19. Oktober 2006 vom BVerfG abgewiesen. Das Urteil besitzt Modellcharakter, da, wie anhand der vorliegenden Daten zu ersehen ist, andere Länder vor einer ähnlichen Situation stehen. Die Rückführung der Sonderbedarfs-BEZ ab 2009 wird diesen Prozeß zusätzlich beschleunigen, denn die wirtschaftliche Lage und Perspektive der neuen Länder bietet kaum Anhaltspunkte dafür, daß die Einnahmeausfälle durch zusätzliche Steuereinnahmen ausgeglichen werden könnten. Hinzu kommt, daß eine Konsolidierungspolitik auf Länderebene primär auf der Ausgabenseite ansetzen muß, da die Länder auf der Einnahmenseite kaum Spielräume dafür besitzen. Einsparungen bei den Ausgaben haben jedoch zur Folge, wie zuletzt in Berlin evident geworden, daß letztlich auch die Einnahmen sinken und sich mithin die Gesamtsituation keineswegs verbessert. So hat Berlin seit 1991 rund 37 % aller Stellen im unmittelbaren Landesdienst gestrichen. Die Primärausgaben je Einwohner wurden seit 1995 um 10,8 % verringert. Die Sachinvestitionen für Bauten und Ausrüstungen lagen 2003 nur noch bei einem Drittel jener, die Mitte der 90er Jahre getätigt worden sind. – Mehr kann man kaum sparen! Das alles nützt aber nur wenig, da sich im gleichen Zeitraum die Steuereinnahmen kaum erhöht haben (8,1 Mrd. € 2005 gegenüber 8,0 Mrd. € 1995) und die Einnahmen aus Bundeshilfen und dem Länderfinanzausgleich gesunken sind und weiter sinken werden. Dafür steigen (ungewollt) bestimmte Ausgaben im Sozialbereich und haben sich die Zinsausgaben kräftig erhöht, seit 1991 auf das Fünffache. Mithin vergrößerte sich der Finanzierungssaldo und erhöhte sich die jährliche *Nettokreditaufnahme*. Im Jahr 2005 wurden für 4 290 Mio € neue Kredite aufgenommen. Berlin hat in den zurückliegenden Jahren nicht nur die Zinsausgaben vollständig über neue Kredite finanziert, sondern darüber hinaus auch einen immer größeren Teil seiner konsumtiven Ausgaben, während die Investitionen auf ein Minimum zurückgeführt worden sind. Die Folge ist ein stetiger Anstieg der Verschuldung, absolut, aber auch relativ, wie die Entwicklung der Schuldenquote (2005: 73,0 %) zeigt. Die in diesem Zusammenhang zuletzt vom rot-roten Senat praktizierten Maßnahmen gleichen einem Verzweiflungsakt, der »aus den Notverordnungen Brünings abgeschrieben sein könnte« (Heine 2004: 17): Nachdem sich die Investitionen kaum mehr absenken lassen, die Reduzierung des Personals an ihre Grenzen stößt und die Privatisierung landeseigener Einrichtungen keine nennenswerten Einnahmeeffekte mehr bringt, versucht der Senat die »notwendigen« Mitteleinsparungen über Lohn- und Gehaltskürzungen zu erreichen. Die Folge ist eine weitere Drehung der Abwärtsspirale, aber nicht eine Befreiung aus der Schuldenfalle!

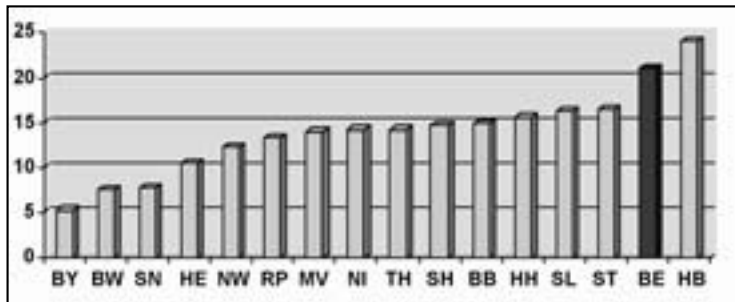
Der eigentliche Grund für die fiskalische Misere Berlins ist ökonomischer Natur: Berlin ist eine wirtschaftsschwache Metropole, der es politisch nicht gelungen ist, den Übergang von einer hochsubventionierten Sonderzone und veralteten Industriestadt zu einer modernen Dienstleistungsmetropole und »Stadt des Wissens« zu vollziehen. Die Wirtschaftsleistung je Einwohner beträgt in Berlin kaum die Hälfte derjenigen Hamburgs und nur ein Drittel derjenigen Münchens. Der Anteil der Beschäftigten liegt in *allen* Bereichen außer im

9 Das gegenwärtige Leitbild für Berlin und Brandenburg lautet: »Metropolregion Berlin-Brandenburg«.

öffentlichen Sektor deutlich unter dem Durchschnitt anderer Großstädte. Hinzu kommt, daß Berlin relativ gering in überregionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden ist und die Wirtschaftskontakte mit dem Brandenburger Umland unterentwickelt sind (vgl. Busch 2002b). Zudem fehlt es Berlin bislang an einem realistischen visionären Leitbild für die Zukunft.⁹ Da die Finanzkrise die Handlungsmöglichkeiten Berlins bereits jetzt stark einschränkt, ist zu befürchten, daß die anstehende weitere Konsolidierung des Haushalts die Zukunft der Stadt und der Region als Wirtschaftsstandort ernsthaft gefährdet, so daß die prekäre Finanzlage nicht nur fortbestehen, sondern sich weiter verschärfen wird.

Abbildung 2:

Zins-Steuer-Quoten der Länder in % (2005)



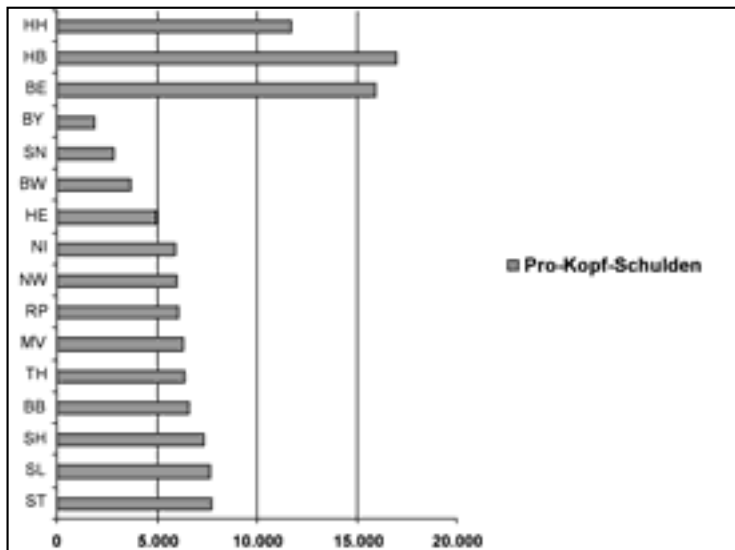
Quelle: Senatsverwaltung 2006: 27

10 Berlin-Brandenburg gilt im Vergleich als eine »fragmentierte Metropolregion«. Die Zukunftspotentiale wiegen derzeit die wirtschaftlichen Schwächen noch nicht auf.

11 »Die Finanzlage Berlins hat die Handlungsmöglichkeiten der Politik dramatisch eingeschränkt. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Das Sparen darf jedoch nicht Berlins Zukunft gefährden. Deshalb ist bei der Politik und den Interessengruppen ein grundlegendes Umdenken notwendig. Statt Besitzstandswahrung müssen Innovation und Sicherung von Zukunftsfähigkeit die Leitgedanken sein« (DIW: Bausteine für die Zukunft Berlins (2002): 180).

Abbildung 3:

Schulden der Länder je Einwohner Ende 2005 (in €)



Quelle: BMF 2006/4; Seitz 2006b: 22

Resümee

Berlin ist die größte Stadt Deutschlands, Hauptstadt, Parlaments- und Regierungssitz, Zentrum der Region Berlin-Brandenburg und europäische Metropole. All dies gilt jedoch, genau besehen, nur mit Einschränkungen und Abstrichen. So bleibt die wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung der Stadt hinter ihrer räumlichen Ausdehnung und Einwohnerzahl zurück. Die Hauptstadtfunktion wird bisher nur ungenügend wahrgenommen und die Profilierung Berlins als Metropole entspricht nicht den Visionen der 1990er Jahre. Gleiches gilt für die Region, deren Status als Metropolregion im Vergleich mit den Metropolregionen Hamburg, Rhein/Ruhr, Rhein/Main, München und Stuttgart derzeit noch in den Anfängen steckt.¹⁰

Berlin hat jedoch das Potential, die personellen, institutionellen und materiellen Voraussetzungen wie auch die Chancen, zur Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturmetropole zu werden. Dies würde zugleich seine Ausformung als Dienstleistungszentrum und moderner Wirtschaftsstandort befördern, seine nationale und internationale Bedeutung vergrößern und die Visionen von einer Weltstadt Wirklichkeit werden lassen.¹¹

In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten wurde diese Option jedoch nur ungenügend wahrgenommen. So fand der Niedergang und Exodus der Berliner Industrie keine hinreichende Entsprechung im Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen und in der Entwicklung zukunftsrelevanter Stärken und Kompetenzfelder. Dies spiegelt sich heute in der Finanzsituation des Landes wider, im Rückgang der Einnahmen der öffentlichen Haushalte und im beispiellosen Anstieg der Verschuldung.¹²

Die in Reaktion darauf erfolgende restriktive Finanzpolitik, angefangen vom Verkauf wichtiger öffentlicher Ressourcen über die Rückführung öffentlicher Investitionen bis hin zur Ausgabenbegrenzung in fast allen Bereichen, besonders aber in den zukunftsrelevanten Ressorts Bildung, Forschung und Kultur, führt zwangsläufig in eine problematische Situation. Möglicherweise schafft es das Land, durch »eisernes Sparen« bis 2007 einen ausgeglichenen Primärhaushalt zu erreichen und in den Folgejahren die Schulden um ein paar Milliarden Euro zu verringern. Aber um welchen Preis? – Um den Verzicht auf die Profilierung als Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturmetropole! Dies wäre nicht nur für Berlin fatal, sondern auch für die Region Berlin-Brandenburg und für Ostdeutschland. Letztlich für ganz Deutschland.¹³

Die Finanzen werden vielleicht gesunden, die Weltstadtvisionen aber bleiben dann auf der Strecke, die Mittelmäßigkeit triumphiert und Berlin bleibt Provinz.¹⁴

12 Als Primärhaushalt bezeichnet man das Budget ohne Schuldendienst, Vermögensaktivierungen und Nettokreditaufnahme. Derzeit machen es die Zinsausgaben von 2,5 Mrd. € Berlin jährlich unmöglich, neben dem Primärdefizit auch das Finanzierungsdefizit, also die Neuverschuldung, vollständig abzubauen. Dies könnte nur mit bundesstaatlicher Hilfe gelingen, das heißt, durch eine ganz oder teilweise Entschuldung Berlins durch den Bund.

13 Im Verhältnis zu Hamburg senkt Berlin seine Primärausgaben von 113,8 % im Jahr 2001 auf ein Niveau von 99,4 % im Jahr 2008 (Senatsverwaltung 2006: 2). Finanzsenator Thilo Sarrazin dazu: »Die Lebenslüge Berlins besteht darin, daß es sich in allem für etwas Besonderes hält und daraus einen erhöhten Bedarf ableitet ... Wenn man sich die Zahlen ansieht, die der Wirtschaft, der in der Stadt lebenden Migranten, des zahlenden Kulturpublikums, dann sieht man, daß Berlin eben doch nur eine durchschnittliche Großstadt ist, ... nicht mit Hamburg oder München vergleichbar, sondern mit Essen und Dortmund« (zitiert bei Schmidt 2006: 6).

14 »Die wahrhaft reichhaltige Wissenschaftslandschaft, das eigentliche Potenzial Berlins, wird durch Sparvorgaben ausgetrocknet« (Schmidt 2006: 6).

Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin (Hg.) (1999): Bericht der Enquetekommission. »Zukunftsfähiges Berlin«, Berlin.
- Abgeordnetenhaus von Berlin (Hg.) (2001): Bericht der Enquetekommission »Lokale Agenda 21/Zukunftsfähiges Berlin«, Berlin.
- AG Perspektiven für Ostdeutschland (Hg.) (2001): Ostdeutschland – eine abgehangte Region? Perspektiven und Alternativen, Dresden.
- Frank Baumann et al. (2001): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Berlin – Partizipative Erhebung und Aufbereitung von Leitbildern und Indikatoren, Berlin.
- Klaus Brake, Sven Iversen (2004): Ideen für Berlin. Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge, Sankt Augustin.

- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (1999 ff.): Bundeshaushalt. Tabellen und Übersichten, Berlin.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2003 ff.): Monatsberichte, lfd. Jg., 1-12.
- Ulrich Busch (2002a): Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin.
- Ulrich Busch (2002b): Berlin-Brandenburg. Zweiter Anlauf für eine Fusion, in: UTOPIE kreativ 144 (Oktober 2002), S. 988-909.
- Ulrich Busch (2006): Über Wohl und Wehe der Staatsverschuldung. Ostdeutsche Länder und Kommunen vor dem Haushaltsnotstand, in: Berliner Debatte Initial 17, Heft 4, S. 49-69.
- Deutsche Bundesbank (1997): Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, in: Monatsberichte, 49. Jg., Nr. 3, S. 17-32.
- Deutsche Bundesbank (2006): Zur Lage der Länderfinanzen in Deutschland, in: Monatsberichte, 58. Jg., Nr. 7, S. 33-54.
- Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt (2000), hrsgg. vom Regierenden Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei, Berlin.
- Die Verträge zur Einheit Deutschlands, München 1990.
- DIW (1999): Kann sich Berlin aus seinem Finanzdilemma befreien? Zur Entwicklung des Landshaushalts von Berlin, in: Wochenbericht 22, S. 389-397.
- DIW (2002): Bausteine für die Zukunft Berlins, in: Wochenbericht 69. Jg., 10. S. 163-180.
- Gisela Färber (2006): Haushaltsnotlagen in der deutschen Finanzverfassung – Ursachen, Abhilfe, Vermeidung, in: Kai A. Konrad, Beate Jochimsen (Hg.), a. a. O., S. 85-116.
- Martin Gornig, Erika Schulz (2002): Perspektiven von Wirtschaft und Bevölkerung in der Region Berlin/Brandenburg, in: Christoph Zöpel (Hg.), a. a. O., Bd. 1, S. 159-178.
- Michael Heine (2004): Wie Deflationen entstehen – und was (nicht nur) die SPD von Brüning gelernt hat, in: PROKLA. Heft 134, 34 (2004)1.
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (2006): Berlin: Bürokratie als Bremsklotz, in: iwd Nr. 35. Investitionsbank Berlin (IBB) (Hg.) (1999): Kompetenzprofil Berlin, Berlin.
- Wolfgang Kitterer (2006): Haushaltsnotlagenindikatoren und ihre Bedeutung für Haushaltsnotlagenverfahren, in: Kai A. Konrad, Beate Jochimsen, (Hg.), a. a. O., S. 43-84.
- Kai A. Konrad, Beate Jochimsen (Hg.) (2006): Finanzkrise im Bundesstaat, Frankfurt a.M.
- Karl Mai (2001): Fiskalische »Sparpolitik« contra Ostdeutschland, in: AG Perspektiven für Ostdeutschland, a. a. O., S. 174-213.
- Walter Momper, Jürgen Kromphardt u. a. (Hg.) (1999): Berlins zweite Zukunft. Aufbruch in das 21. Jahrhundert, Berlin.
- Alois Oberhauser (1995): Die Last der Staatsverschuldung, in: Kredit und Kapital, 28. Jg., Heft 3, S. 346-367.
- OECD (2003): Urban Renaissance Berlin – Towards an integrated strategy for social cohesion and economic development, Paris.
- Joachim Ragnitz (2005): Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich, in: Wirtschaft im Wandel, 3. Halle, S. 73-81.
- Bernd Roeck (1995): Staat ohne Hauptstadt, in: Hans-Michael Körner, Katharina Weigand (Hg.): Hauptstadt. Historische Perspektiven eines deutschen Themas, München, S. 59-72.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1978; 1979; 2003): Jahresgutachten 1978/79; 1979/80; 2003/04, Stuttgart.
- Thomas E. Schmidt (2006): Puh, denkt der Bär, in: Die Zeit Nr. 36 vom 31. 8., S. 6.
- Peter Schneider (1999): Vereinigung – andersherum, in: Kursbuch 137, Berlin, S. 43-46.
- Helmut Seitz (2003): Haushaltsnotlage in Berlin?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Heft 2, S. 259-280.
- Helmut Seitz (2006a): Bailout für Berlin?, in: Kai A. Konrad, Beate Jochimsen (Hrsg.), a. a. O., S. 133-157.
- Helmut Seitz (2006b): Fiskalische, demografische und ökonomische Herausforderungen an den Freistaat Sachsen bis 2020, Antrittsvorlesung an der TU Dresden, 1. Februar 2006.
- Helmut Seitz (2006c): Finanzpolitik in Berlin zwischen Eigenanstrengung und Haushaltsnotlagenhilfe, Discussion paper Hertie School of Governance, März.
- Senatsverwaltung für Finanzen (2006): Haushalt und Finanzen Berlins. Ein Überblick, Berlin.
- Werner Süß, Ralf Rytlewski (Hg.) (1999): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (2000 ff.): Fachserie 14, Reihe 5, Wiesbaden.
- Statistisches Reichsamt (1930): Deutsche Wirtschaftskunde, Berlin.
- Klaus Steinitz (2001): Ist die Sparpolitik der Bundesregierung zur Beseitigung der Haushaltsdefizite bis 2006 alternativlos?, in: AG Perspektiven für Ostdeutschland, a. a. O., S. 139-173.
- Dieter Vesper (2004): Was von der Gemeindefinanzreform übrig blieb, in: Intervention 1(2004)2, S. 41-50.
- Christoph Zöpel (Hg.) (2002): Brandenburg 2025 in der Mitte Europas, 2 Bde., Berlin.

ULLA PLENER

Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken

Im Jahr 2000/2001 veröffentlichte diese Zeitschrift eine dreiteilige Studie zum Thema »Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie«. Es ging um Wirtschaftsdemokratie als eine Ur-Idee der Arbeiterbewegung, die mit der heute von vielen Seiten geforderten sozialen Gerechtigkeit unmittelbar verbunden war und in Deutschland von der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung (SPD, Gewerkschaften) spätestens seit der vorletzten Jahrhundertwende programmatisch artikuliert, aber seit der Zeitenwende 1989/1990 weitgehend verdrängt wurde.¹ In der aktuellen Diskussion um soziale Gerechtigkeit und die Lösung weltweit anstehender Probleme der Menschheit sollte diese Idee wiederbelebt und neu angeeignet werden. Der Appell verhallte damals weitgehend ungehört.

Doch seit 2005/2006 scheint die Idee bei der politischen Linken in Deutschland wieder salonfähig zu werden. Den Hintergrund bilden ganz offensichtlich die Realitäten des Kapitalismus der Gegenwart: »Der entfesselte, neoliberalisierte, globalisierte, die Gesellschaft polarisierende Kapitalismus bringt – dialektisch gesprochen – seinen eigenen Widerspruch hervor, setzt die alte soziale Frage, nämlich die nach der Klassengesellschaft und nach sozialer Gerechtigkeit, wieder auf die Tagesordnung... Der Neoliberalismus diskreditiert sich zunehmend selbst. Der Ruf nach einer aktiveren Rolle des Staates, nach dem staatlichen Eingriff in Wirtschaft und Gesellschaft wird lauter. Oder anders und abstrakter formuliert: Der Widerspruch von Kapital und Arbeit hat sich nicht verflüchtigt, auch wenn die Produktionsgesellschaft... an ihr Ende kommt.«²

Seit 2002 fanden europaweit und in der Bundesrepublik Deutschland mehrere direkt dem Thema Wirtschaftsdemokratie gewidmete Tagungen statt, darunter 2002 in Herne, 2003 in Stockholm, 2004 in Brüssel, 2006 in Hamburg.³ Parallel dazu wurde Wirtschaftsdemokratie in den letzten Jahren wieder zu einem Thema in der linken wissenschaftlichen Literatur, darunter 2006 ein Sammelband, der den Begriff Wirtschaftsdemokratie auch im Haupttitel führt.⁴

Demgegenüber beharren SPD- und DGB-Führungskräfte auf dem Schröderschen »Modernisierungskonzept«, wie es von der SPD als Regierungspartei seit 1998 praktiziert wird. In der seit 1999 geführten Programmdiskussion der SPD ist nicht einmal mehr von Kapitalismus die Rede, die Idee Wirtschaftsdemokratie bleibt entsprechend versenkt.⁵ Und die Linken in der SPD (in den 90er Jahren gab es aus ihren Reihen zu diesem Thema noch konstruktive Gedanken⁶) – sollte es sie in dieser Partei noch geben – schweigen.

Ulla Plener – Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von UTOPIE kreativ. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sozialdemokraten und andere Linke: »Sozialdemokratismus« – Instrument der SED-Führung im Kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953), Heft 161 (März 2004).

1 Vgl. Ulla Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung. Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933, in: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000), (Abschnitte daraus zuvor in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Frank-

furt/Main, Nr. 42, Juni 2000); Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland, in: Ebenda, Heft 123 (Januar 2001); Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990-2000), in: Ebenda, Heft 127 (Mai 2001) zusammengefasst und erweitert in: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl. Zur Geschichte und Aktualität einer sozialdemokratischen Ur-Idee, Berlin 2001; ergänzt um eine Übersicht des Umgangs mit der Idee Wirtschaftsdemokratie in DGB, SPD und der Linken in den Jahren 2001-2006 in: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, 2. Auflage, Berlin 2006.

2 Peter Lösche: Sozialdemokraten im Niedergang? Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2/2003, S. 215/216.

3 Vgl. Alessandra Pelloni: Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke, in: UTOPIE kreativ, Heft 159 (Januar 2004); Juri Hälker, Claudius Vellay: Wirtschaftsdemokratie in schwerer See, in: UTOPIE kreativ, Heft 173, (März 2005) sowie Juri Hälker, Stephan Heidbrink: Wirtschaftsdemokratie zwischen »Roll-back« und neuer Aktualität, in: Z., H. 61, März 2005, S. 181-184.

4 Vgl. Jörg Huffschmid: Die Zähmung der Konzerne.

Nicht viel anders bei den Spitzen des DGB und seinen Einzelgewerkschaften. Prononciert kam das auf der Jubiläumsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zum 30. Jahrestag des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 am 30. August 2006 in Berlin zum Ausdruck. Sie stand zwar unter dem Motto »Mehr Demokratie in der Wirtschaft«, beschränkte sich aber in der Fragestellung auf die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung, und zwar im Sinne der realisierten »Sozialpartnerschaft«. Jürgen Peters meinte hier: Es sei »das System unserer Mitbestimmung, das Deutschland wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat«; und: »Dieses System ist tief verwurzelt in unserer demokratischen(!) Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.«⁷ Wenn das so ist, braucht die Demokratisierung der Wirtschaft heute kein Thema mehr zu sein.

Anders als die Führungskräfte vertreten viele traditionsbewusste Gewerkschafter bis heute weitergehende Positionen. Sie wollen die Mitbestimmung in Betrieben und Konzernen auch auf wirtschaftliche Entscheidungen ausweiten und über die Mitbestimmung hinaus gesellschaftliche und staatliche Kontrolle, Regulierung, Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe, vor allem dort, wo die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in eklatanter Weise verletzt wird. Für diese Fälle fordern sie Gesetze und Sanktionen seitens des Staates, also der Parlamente und Regierungen, im Sinne des Allgemeinwohls, also eine konkrete gesetzliche Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Produktionsmitteln – die Beschränkung der Freiheit aus dem Eigentumsrecht, seine Bindung an soziale, am Allgemeinwohl orientierte Kriterien.⁸

Wirtschaftsdemokratie in linken Programmwürfen

Programmatisch wurden Ideen der Wirtschaftsdemokratie in den 90er Jahren von Sozialisten in und außerhalb der PDS vertreten.⁹ Nachdem Linkspartei.PDS (so seit Sommer 2005) und Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) gemeinsam – und mit Erfolg – den Wahlkampf zu den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 geführt haben und nun eine gesamtdeutsche, links von der SPD vertretete Partei anstreben, die 2007 konstituiert werden soll, ist seit Anfang 2006 die programmatische Diskussion im Gange. Als Entwürfe für programmatische Grundsätze liegen dazu der »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken«¹⁰ und »Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland«¹¹ vor, auf die sich die folgende Übersicht – bezogen auf Idee und Forderung nach Wirtschaftsdemokratie – konzentriert. Dabei bleiben die vier in der o. g. Studie von 2001 formulierten Kriterien der Maßstab: die ethische Motivation; die politökonomische, also an Eigentumsverhältnisse gebundene Begründung der notwendigen Demokratie in der Wirtschaft; die Anforderungen an den Staat in diesem Zusammenhang; sowie die Vorstellungen über die Demokratisierung (Sozialisierung) der Wirtschaft von unten, aus der Gesellschaft heraus.

Gemeinsam ist den Autoren der Dokumente das ethisch motivierte Streben nach einer friedlichen, demokratischen, sozial gerechten Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstbestimmt und in Würde leben kann. Und sie begründen das durchweg politökonomisch, indem sie von der gegebenen kapitalistisch strukturierten Wirtschaftsord-

nung ausgehen, die sich auf undemokratische und sozial ungerechte Eigentumsverhältnisse gründet.

Im »Aufruf« heißt es knapp und bündig: »Die Linke will die Wirtschaftsdemokratie«. Diese wird inhaltlich an mehreren Stellen umschrieben: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führe zur »Konzentration des Vermögens in den Händen einer Minderheit... Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gefährdet die Demokratie. Macht, die demokratisch nicht legitimiert ist, darf die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht bestimmen«; die Kapitalverwertung müsse dem Gemeinwohl verpflichtet sein, »wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen«. Die Mitbestimmungsrechte der Lohnarbeitenden in den Unternehmen müssen erweitert werden: »Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können«.

Der 1. Entwurf der »Eckpunkte« war in der Ausdrucksweise prägnanter. Ohne Umschweife war darin von der kapitalistischen Klassengesellschaft die Rede, in der »ein Klassenkampf von oben« geführt werde. (In der 3. Fassung fällt der Begriff Klassenkampf nur im Zusammenhang mit der Europäischen Union, in der »ein neuer Raum für Klassenkämpfe entstanden« sei.) Unter den Zielen, um die angestrebte Gesellschaft zu erreichen, war hier an erster Stelle die notwendige Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse genannt: Man wolle »eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums sozialen Kriterien zu unterwerfen« (gemeint war wohl die Verfügung über Eigentum an volkswirtschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln). Öffentliches Eigentum sei die »unverzichtbare Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge«. Der Wirtschaftsdemokratie war ein eigenständiger Abschnitt mit eindeutigem Bezug zum Eigentum gewidmet: »Wirtschaftsdemokratie setzt neue Antworten auf die sich zuspitzende Eigentumsfrage voraus«. Auch in der 3. Fassung geht es um das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft: Die Wirtschaft soll nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet statt kapitaldominiert und umweltzerstörend sein. Der Begriff Wirtschaftsdemokratie fällt im Abschnitt über die Wirtschaft nicht – er taucht erst im Kapitel »Politik« auf, wo es nach dem Absatz über Stärkung der individuellen Rechte heißt: »Wirtschaftsdemokratie: Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen der Wirtschaftsmacht an. (Wirtschaftsmacht meint hier vermutlich ebenfalls die Konzerne und Großbanken – U. P.). Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden.« Im Weiteren geht es um »die Stärkung demokratischer Mitwirkung: Für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürgerinnen und Bürger wollen wir demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte.« Den Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie folgend darf angenommen werden, dass das auch auf die Wirtschaft bezogen

Wirtschaftsmacht braucht demokratische Gegenmacht, in: Rudolf Hickel, Frank Strickstroock (Hrsg.): Brauchen wir eine andere Wirtschaft? Reinbek bei Hamburg 2001; Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch, Zürich, H. 43/2002; Heinz J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln 2005; Heinz J. Bontrup, Julia Müller u. a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006.

5 Vgl. Wolfgang Thierse: Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm. Gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen, Redemanuskript (23. Juni 2003); Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD (6. November 2003), vorgelegt von ehemals z. T. links orientierten Mitgliedern der »Redaktionsgruppe Programmkommission« der SPD; Programmimpuls. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD (7. November 2003), vorgelegt von »Netzwerk Berlin«, einer Gruppe jüngerer MdB und Politiker der SPD; Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD (24. April 2006), Sonderdruck; Das neue Grundsatzprogramm der SPD. Herausforderungen und Perspektiven, in: Policy. Politische Akademie, Nr. 9, September 2006.

6 Vgl. Plener: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990-2000) a. a. O.

7 Nach der Redewiedergabe im Internet. Ausführlich zu Positionen im DGB 2002-2006 in Plener, Wirtschaften, 2. Auflage, Nachsatz.

8 Vgl. Chancen für die Zukunft der Arbeit? Zum Entwurf eines Zukunftsmanifests der IG Metall, in: Sozialismus, H. 7-8/2002, S. 34-37; Forum Gewerkschaften: Müllhaufen der Geschichte oder wirtschaftsdemokratische Perspektive? Angriffe auf die Mitbestimmung, in: Ebenda, H. 3/2005, S. 46-48; Klaus Ahlheim, Horst Mathes: Plädoyer für eine kritische politische Bildung, in: Ebenda, H. 5, Mai 2005, S. 48-52; Werner Dreibus: Wer sich im Kreis bewegt, kommt nicht wirklich voran. Die IG Metall Bildungsdebatte nähert sich ihrem Ende, in: Ebenda, H. 9, September 2006, S. 41/42.

9 Vgl. Plener, Wirtschaften, S. 96-111.

10 Neues Deutschland, Berlin, vom 3./4. Juni 2006.

11 »Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland«, Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Entwürfe, verabschiedet auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt. Beilage zur Tageszeitung Neues Deutschland, 28./29. Oktober 2006 (3. Entwurf). 1. Entwurf in: Die Linke.PDS-Pressedienst 9/06, Berlin; 2. Entwurf in: Die Linke.PDS, Pressedienst 39/06, 29. September 2006; vgl. auch »Sozialistische Linke: realistisch und radikal!«, 19. August 2006, www.sozialistische-linke.de,

wird. Forderungen nach einer demokratischen Kontrolle in der Wirtschaft werden im 3. Entwurf explizit nur mit Bezug auf die Europäische Zentralbank und die internationalen Finanzmärkte erhoben.

Im »Aufruf« und in den »Eckpunkten« geht es also inhaltlich dem Sinne nach übereinstimmend um die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse, um Kontrolle wirtschaftlicher Macht, um Schutz des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge sowie um erweiterte Mitbestimmung der Lohnarbeitenden, z. T. auch um staatliche Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe. So weit so gut. Nur: In den Dokumenten bleiben die Stellung zum und die Anforderungen an den Staat diffus. Im »Aufruf« heißt es in aller Kürze: »Die Linke will das Primat der Politik«. Wer soll das wie realisieren? Die Wirtschaftspolitik soll sich am Vorbild skandinavischer Staaten orientieren. Also ist der Staat gemeint, so auch, wenn es um Politik auf anderen Gebieten geht. Ebenso wenn von »Gesetzen und Regeln« die Rede ist, die die Schwachen vor der Willkür der Starken schützen sollen. Explizit wird der Staat nur genannt, wenn es um das »Leitbild eines demokratischen Sozialstaates« geht, oder im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik, »die es dem Staat ermöglicht, seinen Aufgaben (Welchen Aufgaben? Nur die der sozialen Sicherung? – U. P.) nachzukommen«. Ebenso in allen drei Fassungen der »Eckpunkte«. Auch hier taucht der Staat explizit nur als Sozialstaat auf, und es ist Staat zu vermuten, wenn von Politik auf den verschiedensten Gebieten die Rede ist. Wer/wie demokratische Politik in der/gegenüber der Wirtschaft realisieren soll, bleibt ungenannt. »Neoliberale Kräfte fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugunsten eines repressiven Wettbewerbsstaates ab«, heißt es bei der Beschreibung der heutigen Realität. Wollen die Linken mehr Staat? In welchen Bereichen? Und – was für einen Staat? Wer/wie soll die geforderte demokratische Politik – auch gegenüber der Wirtschaft – ausüben? Muss nicht »der Staat« – wo und wie – demokratisiert werden? Nur im Zusammenhang mit der EU heißt es (zu Recht), die Nationalstaaten würden durch diese nicht überflüssig gemacht, beide müssten »ein neues Verhältnis« (Worauf bezogen? Auch auf die Wirtschaft in nationalen Grenzen? – U. P.) eingehen, und der Schlüssel dafür sei die Demokratisierung sowohl der EU wie der Nationalstaaten. Was heißt das konkret?

Zum parlamentarischen und außerparlamentarischen Umgang der Linken mit der grundgesetzlich gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14.2 GG) gibt es in den »Eckpunkten« keine Aussagen.

Ebenso unbefriedigend der Umgang mit der Idee der Demokratisierung der Wirtschaft von unten, aus der Gesellschaft heraus. Im »Aufruf« fehlt sie ganz. In den drei Fassungen der »Eckpunkte« taucht sie nur ganz am Rande auf. Im 1. Entwurf war unter Regionalisierung lediglich zu lesen: »Alternative Wirtschaftspolitik schließt – besonders dringlich für Ostdeutschland und wirtschaftsschwache westdeutsche Gebiete – die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung von Handwerksbetrieben, kleiner und mittlerer Unternehmen und Genossenschaften ein«; in der 2. und 3. Fassung heißt es gleichlautend ganz knapp, zur Einleitung einer wirtschafts- und umweltpolitischen Umkehr setzte man sich auch für

»die Förderung von Genossenschaften und anderer Formen solidarischer Ökonomie« ein.¹²

Zusammengefasst: Die Autoren der genannten Dokumente halten Wirtschaftsdemokratie für notwendig – diese erscheint aber als eine Aufgabe neben vielen anderen. Es wird nicht strategisch auf die radikale Demokratie – mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie – auf dem Weg zur angestrebten demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft orientiert.

Gemeinsam ist den Dokumenten die Erkenntnis, dass ohne eine *breite Bewegung*, ohne »eine große Mehrheit... in einem breiten *Reformbündnis*« (»Aufruf«) demokratischer Fortschritt gegen die Übermacht des Kapitals nicht zu erreichen ist. Die strategische Kernaufgabe der Linken sei es, heißt es in den »Eckpunkten«, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft beizutragen. Deshalb gehe es um die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie und die Entwicklung von Alternativen. Um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Neoliberalismus zu erreichen, seien außerparlamentarische und parlamentarische Mobilisierung notwendig. Diese, das sei hinzugefügt, kann und muss auch ethisch motiviert werden. Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen sind dafür dringlich.

Wirtschaftsdemokratie in der Programmdebatte

Der 3. »Eckpunkte«-Entwurf lud zu einer Programmdebatte ein, u. a. über die Fragen: »Welche Möglichkeiten und Instrumente einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien gibt es? Inwiefern müssen dazu auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse aufgehoben werden? Wie soll eine demokratische Steuerung der Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung realisiert werden?« Auch: Wie kann das öffentliche Eigentum gesichert, erweitert und sowohl sozial als auch effizient genutzt werden?

Dazu wurden in der im Frühjahr 2006 begonnenen Diskussion bemerkenswerte und konstruktive Gedanken geäußert.

Dabei bilden wie schon in den 90er Jahren das Problem *Eigentum* und *Alternativen* zum heutigen Kapitalismus als Voraussetzung für die Mobilisierungsfähigkeit der Linken besondere Schwerpunkte. Da wurden auch die Anforderungen an den Staat zum Teil konkreter formuliert.

Hinsichtlich des Eigentums wird auf die verschiedenen Formen des Eigentums hingewiesen: Es gehe um einen »bunten Mix an Eigentumsverhältnissen«. ¹³ Kurzfristig gehe es darum, eine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums zu verhindern, genossenschaftliches und kommunales Eigentum zu fördern, Klein- und Mittelunternehmer zu unterstützen u. ä. m. ¹⁴

Es werden Überlegungen speziell zum öffentlichen Eigentum auf kommunaler Ebene angestellt – eine konkrete Annäherung an das Staatsproblem: Es sei Aufgabe linker Politik gegenüber öffentlichem Eigentum, die Eigentümerfunktion zu demokratisieren durch Transparenz, Offenlegung unterschiedlicher Interessenlagen und Vor-

auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen wird. Siehe dazu Plener, *Wirtschaften*, 2. Auflage, Nachsatz.

¹² Vgl. dazu Materialien des Kongresses »Solidarische Ökonomie im globalen Kapitalismus«, 24.-26. November 2006 in Berlin.

¹³ Vgl. Dieter Dehm, Wolfgang Gehrke, Paul Schäfer: *Gegenmacht in Opposition – und Regierung. Antikriegspolitik, wirtschaftsdemokratischer Umsturz und prinzipielle Bereitschaft zum Regieren*. Beitrag zur Linkspartei-Debatte, in: *Neues Deutschland*, 4./5. Februar 2006.

¹⁴ Vgl. Klaus Steinitz: *Bedingungen und Chancen alternativer Wirtschaftspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 85, Berlin 2006.

15 Vgl. Horst Kahrs: Von der Anti-Privatisierungspolitik zur Politik der »Ökonomie des Gemeinwesens«. Acht Näherungen, März 2006, Manuskript für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

16 Vgl. Christa Luft: Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen, in: Ulrich Maurer, Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links, Berlin 2005.

17 Vgl. Ebenda, S. 147. Vgl. auch Hermann Klenner: Eine Linkspartei im gesamtdeutschen Interesse? Ansichten eines Juristen, in: Ebenda, u. a. zu Art. 74.16 (S.163).

schläge für deren Ausgleich, klare Aufträge an öffentliche Unternehmen, Zielvereinbarungen mit den Betriebsführungen usw.¹⁵ Auch Länder- und Bundeseigentum sollte demokratischer Kontrolle seitens der Gewerkschaften und anderer demokratischer gesellschaftlicher Kräfte unterliegen. Die Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung sind zu erweitern, darunter ihr Aufsichtsrecht in und Beteiligung an von ihnen finanziell gestützten Unternehmen.

Das Eigentum in öffentlicher Hand (darunter öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser u. ä. m.) müsse geschützt und plausibel begründet, Steuergelder sollten als Gemeineigentum gefasst werden, das für die Allgemeinheit und nicht für Subventionen der Konzerne einzusetzen ist. An den vom Staat (Kommunen, Ländern, Bund) subventionierten Unternehmen muss der Staat beteiligt sein und bei wirtschaftlichen Entscheidungen Mitspracherecht haben. Es gehe »nicht gegen das Privateigentum schlechthin, sondern gegen die Privatisierung von Naturgütern, gegen den ungezügelter Verkauf öffentlichen Vermögens an Private, gegen Monopolmacht, die sich demokratischer Kontrolle entzieht, und gegen soziale Enthemmung des Unternehmertums«.¹⁶

In der linken Diskussion wird immer wieder, wie schon von den oben erwähnten Gewerkschaftern, auf das bisher nicht ausgeschöpfte Gebot des Grundgesetzes/Art. 14.2 (wie auch Art. 15 und 74.16), also auf die entsprechenden Anforderungen an den Staat und die Gesetzgebung, verwiesen und das mit konkreten Vorschlägen verknüpft. Die Linke sollte Vorschläge unterbreiten, wann die Vergesellschaftungsoption zum Wohle der Allgemeinheit Anwendung finden muss: z. B. in Fällen der Gefährdung der Allgemeinheit durch Chemie- und Pharmakonzerne, oder der rund 800 Millionen Hektar ehemals volkseigener Acker- und Waldflächen der DDR, die in Bundes- oder Landeseigentum zu belassen und langfristig an Bauern zu verpachten wären, statt sie zu verkaufen und damit Spekulationen zu fördern.¹⁷

Es geht um gesetzliche Regelungen, Transparenz, Kontrolle, Regulierung der Wirtschaft, um politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großeigentum an Produktionsmitteln und Finanzkapital, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, darunter: deutliche Verschärfung des deutschen und europäischen Kartellrechts bis hin zur Möglichkeit, Konzerne und Banken zu entflechten oder zu enteignen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums sollte in der EU-Verfassung verankert werden.

Weitere Anforderungen an die Gesetzgebung sind u. a.: Die Jobvernichtung müsse staatlicherseits bestraft statt gefördert werden: Die von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialabgaben müssen die Anzahl der vernichteten Arbeitsplätze in Rechnung stellen und dabei die gesamte Wertschöpfung im Konzern berücksichtigen; bei Entlassungen müsse seitens der Unternehmer überproportional in den Sozialfonds eingezahlt werden.

Die Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer Einlagen in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an kleine und mittelständische Unternehmen zu vergeben; das öffentliche Sparkassenwesen muss gegenüber privaten Banken gestützt werden, um die Umsetzung solcher Forderungen

gen zu erleichtern.¹⁸ Ebenso bei der Energiewirtschaft: Die Energiepreise müssen wieder staatlich reguliert und kontrolliert werden.¹⁹ Die Macht von Banken und Versicherungen ist einzuschränken, z. B. indem das Depotstimmrecht der Banken eingeschränkt und die Rechte von Minderheitenaktionären erweitert, indem die Rechte der Verbraucher durch Einführung von Verbandsklagerechten gestärkt werden.

Es sollten verbindliche, demokratisch (durch Parlamente, Runde Tische) legitimierte Rahmenvorgaben gegenüber wirtschaftlichen Unternehmen eingeführt werden, wenn es um gesamtgesellschaftliche Anliegen geht (Auflagen, Gebote, Verbote, Steueranreize usw.). Das regionale, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaften sollte durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung gefördert werden.

Ein öffentlich geförderter, nicht profitorientierter Beschäftigungssektor (ÖBS) sollte geschaffen werden, auch als Möglichkeit der demokratischen Verfügung über (Kontrolle des, Einflußnahme auf, Eingriff in) das Eigentum an grundlegenden Produktionsmitteln und Form demokratischen Wirtschaftens. Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und andere Formen gemeinschaftlichen solidarischen Wirtschaftens sollten in allen Bereichen (Produktion, Konsum, Handel, Kunst, Presse, Verlagswesen u. a.) als Wirtschaftsdemokratisierung »von unten« unterstützt werden.

Die alte gewerkschaftliche Idee, Wirtschafts- und Sozialräte als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, evtl. auch Landes- und Bundes- bzw. Branchenebene einzurichten, und zwar nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien sollte von Neuem geprüft und konkretisiert werden. Die Gewerkschaften, Umweltschutzverbände u. a. gesellschaftliche Gremien sollten an der Regional- und Strukturpolitik beteiligt werden.

Die Mitbestimmung, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, muss auf allen Ebenen: am Arbeitsplatz, im Betrieb, Unternehmen/Konzern; in allen Bereichen: im öffentlichen Dienst, bei Medien usw. – und gesamtgesellschaftlich in den Grenzen des Nationalstaates ausgeweitet werden, was in Tarifverträgen festzuschreiben ist.

Idee und Praxis der Teilhaberechte von Arbeitnehmern am Produktivvermögen (Produktionsmitteln) sollte hinsichtlich der Möglichkeit, die Verfügungsgewalt über das Eigentum daran zu demokratisieren, auch von Linken geprüft werden.

Die öffentlichen Güter wie Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungswesen, Wasser- und Energieversorgung sind aus der Regulierung durch das Profitsystem herauszunehmen.

Jede der angeführten Überlegungen wäre im Falle der Verwirklichung ein realer Schritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Zusammengenommen ergeben sie *Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und heute*.²⁰

Es würde zu einem (nach Karl Marx) »Zustand des Übergangs« führen, »wo auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der andern Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben,

18 Vgl. Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch, Tobias Pflüger: Für eine anti-kapitalistische Linke. Thesen für die programmatische Debatte der neuen Linken, 26. März 2006.

19 Vgl. Oskar Lafontaine: Rede auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle, 29./30. April 2006, in: Disput/Pressedienst (hrsg. Die Linke.PDS) 18/19, Mai 2006, Berlin.

20 Vgl. Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III, in: UTOPIE kreativ, Heft 127(Mai 2001).

Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen.«²¹

Ohne den – demokratisierten – Staat (Parlamente, Regierungen, Gesetzgebung) werden diese Forderungen und Vorschläge nicht zu verwirklichen sein.²²

Ein »Zustand des Übergangs« wird nur erreicht werden können, darin sind sich die Linken einig, wenn es zu einer breiten Bewegung kommt, die dieses Konzept und diese Schritte mitträgt; wenn ein *starker gesellschaftlicher Druck als soziale Gewalt* entsteht, der die politisch und wirtschaftlich Herrschenden zwingt, auf diese Forderungen, die immer wieder öffentlich artikuliert werden müssen, einzugehen und die Verhältnisse – auch in der Wirtschaft – zu demokratisieren, also die Macht – auch die wirtschaftliche – mit demokratischen Institutionen, die die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, zu teilen.²³

Diese notwendige gesellschaftliche Bedingung ist z. Z. nicht gegeben. Sie muss außerparlamentarisch – und von Parlamenten aus – vorbereitet werden. Und dazu ist nicht zuletzt, ja heute vor allem *Aufklärung* notwendig – Aufklärung über ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge und Ursachen der sozialen Ungerechtigkeiten, der Massenarbeitslosigkeit, des uferlos wachsenden Reichtums auf der einen, der steigenden menschenunwürdigen Armut auf der anderen Seite. Notwendig ist, so Christa Luft, die »Aufklärung über Mythen und Legenden neoliberaler Politik« und deshalb auch die »ökonomische Alphabetisierung der Massen«.²⁴ Dehm und Gen.: Es komme darauf an, bereits im Heute diese (wirtschaftsdemokratische) Perspektive programmatisch zu benennen und sie breit in der Gesellschaft zu diskutieren.²⁵ Dafür werben auch Sahra Wagenknecht und Gen.: Die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus müsse in die öffentliche Debatte gebracht werden, und wenn dann »mehr als nur eine kleine Minderheit über die Möglichkeit einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Kapitalverwertung immerhin nachzudenken beginnt, haben wir einen ersten wichtigen Schritt zur Veränderung von Kräfteverhältnissen getan«.²⁶ Ähnlich und noch nachdrücklicher die »Sozialistische Linke«.

Michael Krätke brachte die Notwendigkeit der Aufklärung über den heutigen Kapitalismus prägnant zum Ausdruck: »Das Ende des Kapitalismus kommt erst, wenn die Legitimität und die scheinbare Alternativlosigkeit dieses Wirtschaftssystems auf breiter Front durchbrochen worden sind. Wenn also die ›Rationalität‹ und die daraus folgenden Imperative dieser Wirtschaftsform nicht mehr fraglos akzeptiert werden, sondern ihre Absurdität, ihre Unsinnigkeit, ja ihre Ungehörigkeit begriffen werden. Das Ende des Kapitalismus kommt mit dem ›enormen Bewusstsein‹, dass dies nicht die beste aller möglichen Welten ist, sondern im Gegenteil – eine Welt, die weit hinter ihren zivilisatorischen Möglichkeiten zurückbleibt, und eine Ordnung, die das ›gute Leben‹ und die ›wirkliche Freiheit‹ für alle gerade verhindert und schädigt. Eine ökonomische Weltordnung zudem, die die (politische und soziale) Demokratie immer wieder im Kern bedroht (und die Wirtschaftsdemokratie ausschließt). In seinem ziel- und maßlosen Selbstlauf sorgt der Kapitalismus dafür, dass die ökonomischen Krisen, die sozialen und ökologischen Ka-

21 Karl Marx: Bericht des Generalrats über das Erbrecht, in: MEW Bd. 16, S. 368/369. Vgl. auch Friedrich Engels: Zwei vorbildliche Stadträte, in MEW, Bd. 19, S. 258: »... die herrschende Klasse verteidigt ihre politische Vorherrschaft, das heißt ihre sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften; die untere Klasse kämpft zuerst um einen Anteil an dieser Macht, später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern.«

22 Vgl. Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch, H. 43/2002, S.66.

23 Vgl. Dieter Dehm u. a.: Gegenmacht (Anm. 13).

24 Vgl. Christa Luft: Entwicklungspfade (Anm. 16), S. 143.

25 Vgl. Dehm u. a. (Anm. 13).

26 Vgl. Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch, Tobias Pflüger: Für eine antikapitalistische Linke. Thesen für die programmatische Dabatte der neuen Linken, 26. März 2006.

tastrophen, die er erzeugt, den Leuten dies Bewusstsein schon näher bringt. Das geschieht natürlich nicht von allein, nicht automatisch. Die ständige, radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Folgen ist dazu nötig – und diese Kritik braucht Kraft und einen langen Atem.«²⁷ Krätke übt (wie der oben erwähnte Heinz Bontrup, Anm. 4) diese Kritik und Aufklärung politökonomisch fundiert, indem er, auch im hier zitierten Beitrag, Fragen stellt und beantwortet wie: Was ist und seit wann gibt es eigentlich Kapitalismus? Profit und seine Vermehrung: woher und wie viel? Was ist der neoliberale Kapitalismus?

In der nunmehr beginnenden neuen Diskussion über Wirtschaftsdemokratie als Kern der Demokratisierung der Gesellschaft und Weg zur sozialen Gerechtigkeit lassen sich aus dem hier Referierten u. a. folgende Schwerpunkte/Forderungen ableiten, die weiter zu diskutieren, zu konkretisieren und – von Parlamenten aus, durch außerparlamentarische Aktionen, durch Publikationen, Werbekampagnen – *in die Öffentlichkeit zu tragen* sind:

- Die Unantastbarkeit der *Menschenwürde* (Art.1 GG) verträgt sich nicht mit den gegebenen undemokratischen Machtverhältnissen in der Wirtschaft, in der das große Kapital mit seiner grenzenlosen Profitjagd absolut dominiert. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist der Weg, Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes für alle zu verwirklichen.

- Demokratisierung der Wirtschaft erfordert die *Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum* an volkswirtschaftlich entscheidenden Produktions- und Reproduktionsmitteln. Dazu gehören *Schutz und Mehrung des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Güter* in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Kommune bis zum Bund – auch im Widerstand gegen die entgegengesetzten, neoliberal bestimmten Weisungen der EU-Kommission. Dazu gehört auch *demokratische Kontrolle* der gesamtgesellschaftlich relevanten Abläufe in der Wirtschaft, auch im Rahmen des Nationalstaates.

- Die *paritätische Mitbestimmung* der Belegschaften ist zu verteidigen, auf alle Betriebe und Unternehmen auszuweiten und auf wirtschaftliche Entscheidungen auszudehnen. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können.

- Vom Staat – *Regierungen/Parlamenten* in Kommunen/Ländern/Bund – ist die *Sozialpflichtigkeit des Eigentums*, Art.14.2 GG, *einzufordern*. Das Primat der Politik ist gegenüber den in der Wirtschaft Mächtigen staatlicherseits durchzusetzen. Der Staat hat, auch gestützt auf Art. 1, 14.2, 15, 74.16 GG, zum Wohl der Menschen mit Gesetzen, gezielter Förderung und Sanktionen regulierend die Wirtschaft mitzugestalten.

- Eine gemeinwohlorientierte staatliche Wirtschaftspolitik hat »von oben« die erforderlichen Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum und öffentlich geförderte Dienstleistungen zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue einzurichten, u. a. indem ein öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) geschaffen wird.

- Eine demokratisierte Wirtschaft ist auch durch Erschließen gesellschaftlicher Potenziale »von unten« anzustreben, indem gemeinwohlorientierte, demokratisch verwaltete solidarische Wirtschafts-

27 Michael R. Krätke:
Neun vorläufige Antworten
auf neun schwierige Fragen,
in: UTOPIE kreativ, Heft
189/190 (Juli/August 2006).
Vgl. auch Erhard Crome:
Sozialismus im 21. Jahrhun-
dert. Zwölf Essays über die
Zukunft, Berlin 2006.

formen – Genossenschaften, autonome Betriebe, Netzwerke – von Kommunen, Gewerkschaften, Konsumenten-, Umweltschutzverbänden und parlamentarisch durch entsprechende Gesetzesinitiativen unterstützt und gefördert werden.

- Um Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie gehen zu können, ist eine breite Bewegung und dafür die *Mobilisierung der Öffentlichkeit* durch parlamentarische(!) und außerparlamentarische *Kampagnen* und *Aufklärung*, nicht zuletzt politökonomische Alphabetisierung breiter Schichten der Bevölkerung über den Kapitalismus – gegen die Mythen der neoliberalen Ideologie, die diesen als Endpunkt der Geschichte darstellen, dringend notwendig.

Der Fortschritt der Menschheit zeigte sich seit dem Untergang der Sklavenhalterordnung in der *fortschreitenden Demokratisierung* gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese bildete die Achse der sozialistischen Idee und Anliegen der alten Arbeiterbewegung, deren Demokratieverständnis ein radikales war, da es an die Wurzel der kapitalistischen Gesellschaft – deren Ökonomie, die Eigentumsverhältnisse – ging. Der Realsozialismus ist letztlich gerade deshalb gescheitert, weil sich in ihm der »der Menschheit angeborene Drang nach Freiheit«, ein Drang, der sich – nach Engels – in der »Explosivkraft demokratischer Ideen« äußert²⁸, nicht dauerhaft verwirklichen konnte. Auch deshalb sollte die Fahne der neuen Linken im 21. Jahrhundert die *konkrete Utopie der konsequenten, radikalen Demokratie* mit ihrem *Kern Wirtschaftsdemokratie* sein. Die Forderung nach dem gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaften sollte – von Parlamentstribünen aus und durch außerparlamentarische Aktionen – ins Zentrum der öffentlichen Debatte über eine realistische Alternative zum menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Raubkapitalismus gerückt werden. Diese Forderung kann das »Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation« (Frank Deppe) werden, das – verbunden mit der ökonomischen und politischen Alphabetisierung – als Leitidee soziale Kämpfe und Bewegungen der Gegenwart hegemoniefähig machen würde. Sie enthält das reale Potenzial, die in den »Eckpunkten« als strategische Kernaufgabe der Linken benannte Veränderung der Kräfteverhältnisse für einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft zu realisieren, weil gerade sie die übergreifende Idee für ein breites Bündnis, für demokratische Kämpfe und Bewegungen heute und in naher Zukunft sein kann. Ohne solche Kämpfe und Bewegungen werden, dies sei noch einmal wiederholt, die Menschenwürde täglich millionenfach verletzenden Herrschaftsverhältnisse in der Wirtschaft nicht zugunsten der großen Mehrheit der Menschen und der Völker umgewandelt werden können.

Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft *verwirklichte radikale Demokratie* würde die von den Linken erstrebte Gesellschaft, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die demokratisch, sozial gerecht, friedlich und naturverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann, verwirklichen. Das wäre eine Gesellschaft, die *sozialistischen Vorstellungen entsprechen* würde.

28 Friedrich Engels:
Worum es in der Türkei in
Wirklichkeit geht, in: MEW,
Bd. 9, S. 17.

JENS-EBERHARD JAHN

Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS¹

Ein Leben bar materieller Sorgen ist Kern utopischer Schriften aus allen Zeiten, von den Propheten des Alten Testaments bis heute. Die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen kam indes erst vor etwa dreißig Jahren auf. Diesbezügliche Konzepte wurden und werden von kleineren sozialen, kirchlichen oder intellektuellen Initiativen und Verbänden entworfen und verfeinert, haben aber kaum jemals den Weg in die »große Politik« gefunden. Erst durch Personen wie Götz Werner und Katja Kipping scheint sich dies langsam zu ändern. Ein weiteres Zeichen dafür ist auch der Zukunftskongress von Bündnis 90/ Die Grünen Anfang September 2006 in Berlin.

Die Bedeutung außerparlamentarischer Aktivitäten, wie Kampagnen, Veranstaltungen, Publikationen, für die Popularisierung von Grundeinkommenskonzepten ist unstrittig. Die schwierigere Frage ist, welche Rolle politische Parteien hierbei spielen könnten oder sollten: Schließlich läge es an ihnen, gegebenenfalls ein Grundeinkommensgesetz ins Parlament einzubringen und zu beschließen. Auf diesem Hintergrund sind auch die Beiträge von Sascha Liebermann (für die außerparlamentarische Sicht) und Katja Kipping (für die parteipolitische und parlamentarische Perspektive) in UTOPIE kreativ 176 zu betrachten.²

Ich stimme Katja Kipping zu, dass die Grundeinkommensdebatte nicht nur in außerparlamentarischen Bewegungen geführt werden darf, sondern in die Parteien getragen werden muss, um mittel- bis langfristig parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen. Dies kann durch Druck von außen, aber auch durch die innerparteiliche programmatische Entwicklung geschehen.³

Bislang gibt und gab es in PDS und Linkspartei.PDS (aber auch in der WASG) einige Papiere, Anträge, Artikel in Mitgliederzeitungen und Veranstaltungen. Die Forderung nach einem Grundeinkommen hat jedoch den Weg in die linksozialistische Programmatik noch nicht gefunden. Das Papier der »emanzipatorischen Linken« um Katja Kipping (»Freiheit und Sozialismus – let's make it real!«) vom April 2006 war ein Versuch, dies zu ändern.⁴

Arbeit wird (in der Linkspartei.PDS wie in der Gesellschaft überhaupt) weitgehend als moralische Pflicht und als Legitimation von Einkommen betrachtet, auch wenn offensichtlich ist, dass in unserer Zeit nicht genügend bezahlte Arbeit für alle da ist und vielleicht – als Folge der Steigerung der Produktivität – nie mehr da sein wird. Die Koppelung zwischen Arbeit und Einkommen ist ein Prinzip, das – ungeachtet sonst zwischen den Bürgerinnen und Bürgern bestehender

Jens-Eberhard Jahn – Jg. 1967, Sprachwissenschaftler und Historiker (M. A.), persönlicher Mitarbeiter der sächsischen Landtagsabgeordneten Elke Altmann, Kreisrat in Freiberg/Sachsen, Mitglied im SprecherInnenrat der AG ChristInnen bei der Linkspartei.PDS, Mitbegründer der BAG Grundeinkommen bei der Linkspartei.PDS. Veröffentlichungen zum Thema Grundsicherung und Grundeinkommen, zuletzt: Mühe und Muße. Grundsicherung, Grundeinkommen, sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leipzig 2003. E-Mail: jahnjepw@freenet.de.

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte Kurzfassung eines Vortrags, den Jahn im Herbst 2004 auf dem Kon-

gress des Basic Income European Network (BIEN), heute Basic Income Earth Network, in Barcelona hielt. Der Autor nahm im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Beobachter am BIEN-Kongress teil. Bei Interesse stellt der Autor gern die Einzelergebnisse der Umfrage zur Verfügung.

2 Katja Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen, in: UTOPIE kreativ, Heft 176 (Juni 2005); Sascha Liebermann: Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, in: Ebenda.

3 Die Grundeinkommensdebatte ist bei den österreichischen Liberalen und den katalanischen Grünen besonders weit entwickelt, ist aber auch in Brasilien und Südafrika ein hervorgehobenes Thema der öffentlichen Debatte. In Deutschland spielte die Forderung eines Grundeinkommens in den 80er Jahren bei den Grünen eine Rolle und wird hier zurzeit gerade wieder entdeckt. In der Linkspartei.PDS existiert eine nicht zu unterschätzende Gruppe, die das linkssozialistische Konzept einer bedarfsorientierten Grundsicherung zu einem Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen weiter entwickeln möchte. In dieser Zeitschrift wird die Debatte zurzeit intensiv nicht nur von Akteuren aus dem Spektrum der Linkspartei geführt (vgl. UTOPIE kreativ Heft 186, (April 2006).

4 Allerdings sollte – so das Papier – das Grundeinkommen erst nach einer Übergangsphase, in der es eine

politischer, moralischer oder religiöser Differenzen – zusammen mit anderen neoliberalen Mythen von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit wie eine Staatsreligion akzeptiert wird.

Es wundert nicht, dass sich in einer post-kommunistischen Partei wie der Linkspartei.PDS Rationalisierungsprozesse auch entlang des Konflikts zwischen sozialem Verantwortungsbewusstsein einerseits und konservativem Arbeitsethos andererseits manifestieren. Dies sollte dialektisch bezüglich der EU-Erweiterung und der Perspektive eines europaweiten Grundeinkommens im Auge behalten werden.

Es ist derzeit zu bezweifeln, dass – etwa auf einem Bundesparteitag – sich eine Mehrheit für die Aufnahme der Grundeinkommensforderung ins Parteiprogramm fände. Welche Chancen aber können einer Grundeinkommensforderung in der Linkspartei eingeräumt werden? Im Folgenden werde ich die Ergebnisse einer stichprobenartigen empirischen Untersuchung aus dem Jahr 2004 vorstellen, die zweifellos auch heute noch Trends aufzeigen kann. Eine wesentliche Gruppe der Befragten sind gesellschaftlich aktive Linkswähler und -wählerinnen, meist selbst Parteimitglieder, deren Antworten mit denen einer Kontrollgruppe (Anhänger und Sympathisantinnen von SPD, CDU und Bündnisgrünen) verglichen werden. Abhängige Variablen sind die Einstellungen gegenüber der Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Diese quantitativen Daten sollen die Chancen und Schwierigkeiten von Grundeinkommensforderungen in der Linkspartei.PDS streiflichtartig illustrieren und diesbezügliche Tendenzen aufzeigen.

Den Probanden wurden Thesen vorgestellt; auf einer vierstufigen Skala konnten sie Zustimmung oder Ablehnung ankreuzen. Nachdem eine erste Faktorenanalyse einen »Hardlinerfaktor« und einen »Mitleidsfaktor« ergeben hatte, können nun die Antworten zu einigen Thesen des Fragebogens vorgestellt werden. Für den »Hardlinerfaktor« standen insbesondere die Thesen 25 – »Eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird es nie geben können, da sie nicht dem menschlichen Wesen entspricht« – und 27 – »Würden alle etwa 800 Euro Grundeinkommen pro Monat erhalten, gäbe es kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen«. Der »Mitleidsfaktor« wird insbesondere durch These 17 repräsentiert: »Erstmal müssen alle genug haben, um menschenwürdig leben zu können. Bevor das nicht umgesetzt ist, sollte niemand im Luxus leben dürfen«. Die Kernthesen waren:

- These 15: Alle Menschen sollten – um menschenwürdig leben zu können – steuerfinanziert vom Staat ein Grundeinkommen von etwa 800 Euro bekommen.
- These 16: Nur die Bedürftigen (Arbeitslose, Behinderte usw.) sollten eine Grundsicherung von etwa 800 Euro erhalten, sofern sie kein anderes Einkommen haben.
- These 24: Wir brauchen eine Partei, die in Parlamenten die Forderung nach einem Grundeinkommen unterstützt.

Es zeigte sich bezüglich der These 25 (»Eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird es nie geben können...«), dass die Skepsis bezüglich der Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft unter Studierenden bedeutend höher ist als bei den anderen Gruppen; insbesondere auch Erwerbslose scheinen an die Machbarkeit des Sozialismus zu glauben bzw. darauf zu hoffen. Regional betrachtet scheinen

die Sachsen bezüglich einer sozialistischen Zukunft die Zuversichtlichsten zu sein, Westdeutsche folgen wohl eher der Tradition anti-kommunistischer Ressentiments. Gefragt nach der politischen Ausrichtung der Probanden sowie deren gesellschaftlichem Engagement, ist es wirklich wenig überraschend, dass Sozialistinnen und Sozialisten mehr Zutrauen in eine sozialistische Zukunft zeigen als andere. Die hohe Anzahl von Vereins- oder Parteimitgliedern, die an eine sozialistische Zukunft glauben, dürfte der Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und linker politischer Ausrichtung geschuldet sein. Isoliert man diese Gruppen im Datensatz, zeigt sich aber immer noch, dass sich sozial Aktive eine sozialistische Gesellschaft offenbar besser vorstellen können als andere, wahrscheinlich, weil sie sich engagiert auch für die Verbesserung der Gesellschaft(sordnung) einsetzen. Dies aber ist traditionell etwas Linkes. Eine sozialistische Partei sollte daher ihre Bemühungen verstärken, gesellschaftlich aktive Multiplikatorinnen und Multiplikatoren anzusprechen und zu überzeugen. Da wir uns im Rahmen dieses Beitrags mit einer sozialistischen Partei, der Linkspartei.PDS beschäftigen, war eine Übersicht über Ergebnisse zu These 25 sicher nicht falsch. Die Untersuchung von These 27 (»...kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen«) kann uns nun vielleicht mehr darüber verraten, ob das Eintreten für ein Grundeinkommen sinnvoll für eine Linkspartei sein kann.

Im Rahmen der Umfrage wurde deutlich, dass die Skepsis gegenüber der Bereitschaft zu arbeiten, wenn es ein Grundeinkommen gibt, unter Studierenden deutlich größer ist als bei den anderen Gruppen (57 Prozent Zustimmung versus 20-29 Prozent). Weiterhin zeigte sich, dass der Bildungsgrad jedoch nur wenig Auswirkungen auf die Bestätigung oder Ablehnung der These »Würden alle etwa 800 Euro Grundeinkommen pro Monat erhalten, gäbe es kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen« hat. Ausgehend davon, dass Studierende meist jüngeren Jahrgangs sind, könnten wir nun annehmen, dass sich die Jüngeren gegenüber der Arbeitsbereitschaft unter den Bedingungen eines Garantierten Grundeinkommens ablehnender äußern als andere. Allerdings ist das Gegenteil der Fall: Je älter die Befragten, desto weniger vertrauen sie einem Arbeitsethos unter Grundeinkommensbedingungen. Ob dies der Auffassung, der Mensch sei von Natur aus eher faul, geschuldet ist oder einem generationspezifischen Arbeitsbegriff, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden.

Es liegt nahe, dass Linkspartei-Anhänger einem garantierten Grundeinkommen aufgeschlossen gegenüber stehen, denn mit großer Mehrheit lehnen sie These 27 ab. Bereinigen wir wieder die Vereins- und Parteimitglieder um die Mitglieder der Linkspartei.PDS, stellen wir fest, dass die Befürchtung, die Arbeitsbereitschaft würde sinken, wenn es ein Grundeinkommen gäbe, außerhalb des linken Lagers relativ groß ist, unabhängig vom gesellschaftlichen (organisierten) Netzwerk der Befragten. Nun ist klar, dass nicht alle, die ein Sinken der Arbeitsbereitschaft voraussehen, hierin den Untergang des Abendlandes erblicken. Umso wichtiger wird es sein, auch einen Blick auf die Ergebnisse zu These 15 (»Grundeinkommen«) und 16 (»Grundsicherung«) zu werfen.

Zunächst aber wenden wir uns der »Mitleidsfaktor-These« zu. These 17 ist praktisch die positive Version von These 27: »Erstmal

Grundsicherung geben solle, eingeführt werden. Diese Uneindeutigkeit ist u. a. vom Autor in einem Ergänzungspapier kritisiert worden (Titel: »Eine Emanzipatorische Linke muss antikapitalistisch sein!«).

müssen alle genug haben, um menschenwürdig leben zu können. Bevor das nicht umgesetzt ist, sollte niemand im Luxus leben dürfen«. Daher kann sie zur Kontrolle der bisherigen Ergebnisse eingesetzt werden. Die Auswertung der erhobenen Daten ergab dabei, dass die These 17 am stärksten unterstützt wird von Älteren (83 Prozent Zustimmung bei über 60-jährigen), Rentnerinnen und Rentnern (82 Prozent Zustimmung in dieser Gruppe) und Menschen ohne akademische Ausbildung.

Diese idealtypische Person lebt in den Neuen Bundesländern, ist konfessionslos (zumindest aber eher protestantisch als katholisch), hat Kinder und tendiert dazu, die Linkspartei.PDS oder auch Bündnis 90/Die Grünen zu wählen. Interessant ist, dass die Gebildeteren offensichtlich – sei es aufgrund ihrer möglicherweise privilegierten sozioökonomischen Situation, sei es aufgrund ihrer Teilhabe am Herrschaftswissen – systemnäher sind als Bildungsfernere und daher größere Schwierigkeiten haben, einer nicht systemkonformen, sondern eher urchristlichen These zuzustimmen. Ausgehend von ihrer eigenen sozioökonomischen Situation haben wohl insbesondere Kinderreiche eine egalitäre Sicht auf die Gesellschaft als Kinderlose oder gar »Dinks«. Dies korreliert in gewisser Weise mit einer anderen in der untersuchten Gruppe zu beobachtenden Tendenz: Die Landbevölkerung neigt ebenfalls zu einer solidarischeren bzw. egalitäreren Sichtweise als die Stadtbevölkerung (zu der tendenziell eher die »Dinks« zu zählen sind).

Nun mag eine egalitäre Sichtweise vertreten werden können, ohne dass deren praktischer Umsetzung durch ein garantiertes Grundeinkommen zugestimmt wird. Es sollen also schließlich die Thesen 15 (»Alle Menschen sollten – um menschenwürdig leben zu können – steuerfinanziert vom Staat ein Grundeinkommen von etwa 800 Euro bekommen«) und 16 (»Nur die Bedürftigen, Arbeitslose, Behinderte usw. sollten eine Grundsicherung von etwa 800 Euro erhalten, sofern sie kein anderes Einkommen haben«) gegenübergestellt werden, da sie sich gegenseitig ausschließen. Allerdings ist dieser logische Ausschluss nur von einem Teil der Befragten so angenommen worden. Viele waren wohl der Auffassung, eine Grundsicherung, die tatsächlich eingeführt wird, sei immer noch besser als ein Grundeinkommen, das im Wolkenkuckucksheim verbleibt. Andere werden sich gegen jede Form garantierter Absicherung gewandt haben.

Im Detail sehen wir, dass sich die Befragten quer zu ihrem sozialen Status und Art der Beschäftigung äußerst heterogen verhalten. Eine Ausnahme bilden die befragten Erwerbslosen, die sich – obgleich sie ja ebenso von einer Grundsicherung profitieren würden – eindeutig für ein Grundeinkommen aussprechen. Vielleicht sind sie auch aufgrund ihrer prekären sozialen Lage politisierter als andere. Eine andere Interpretation wäre, dass Arbeitslose eben kein Privileg (oder gar Almosen) empfangen wollen, das anderen nicht zusteht, und deshalb für ein Grundeinkommen votieren, das jedem als Menschenrecht zustünde.

Die Daten zeigen ferner, dass weder Grundsicherung noch Grundeinkommen als »Jugendprojekte« betrachtet werden können. Im Gegenteil werden beide eher von der älteren Generation bejaht. Die Befragten unter 30 votieren zu 51,6 Prozent für ein Grundeinkommen, zu 57,2 Prozent für eine Grundsicherung, in der Altersgruppe zwischen

31 und 60 Jahren steht es 63,5 Prozent pro Grundeinkommen und 86 Prozent für die Grundsicherung, und 64 Prozent der Probanden über 60 Jahre sprechen sich für ein Grundeinkommen aus, 100 Prozent in dieser Altersgruppe wünschen sich eine Grundsicherung.

In gewissem Gegensatz zum vorher Gesagten (zu These 17) sind Personen mit urbanem Hintergrund in der Regel für ein Grundeinkommen offener (63,4 Prozent) als solche aus ländlichen Regionen oder Kleinstädten (50 Prozent), während die Anzahl von Kindern nicht signifikant zu sein scheint. Der Bildungsgrad spielt bei den Ergebnissen zu Thesen 15 und 16 eine untergeordnete Rolle.

Seit vielen Jahren tritt die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) für ein Grundeinkommen ein. Nichtsdestotrotz scheint es so, dass gerade die katholischen Befragten wesentlich häufiger für eine Grundsicherung eintreten als für ein Grundeinkommen. Dies kann ein Reflex des Subsidiaritätsprinzips der Katholischen Soziallehre sein. Die religiös nicht gebundenen Befragten bevorzugen tendenziell ein Grundeinkommen. Obwohl christliche Utopien natürlich auch von bedingungsloser Existenzsicherung für alle ausgehen, kann dieses Ergebnis nur wenig verwundern, zeigte doch die European Values Study, dass religiöse Überzeugungen und gesellschaftspolitisches Engagement nicht miteinander korrelieren.⁵

Interessant ist, dass die Sächsischen und Sachsen – und ostdeutsche Befragte insgesamt – den sich gegenseitig ausschließenden Charakter der Thesen 15 und 16 klarer erkannt zu haben scheinen als andere. Nur bei den sächsischen Befragten gibt es für das Grundeinkommen jedoch eine Mehrheit, in den anderen Regionen wird eine Grundsicherung vorgezogen. Die idealtypischen Befürworter eines Grundeinkommens scheinen in der Tat sächsische Linkspartei-Anhänger zu sein, da immerhin 81,4 Prozent der Befragten Anhängerinnen und Anhänger der Linken.PDS, die auch Vereins- oder Parteimitglieder sind, ein Grundeinkommen bejahen (These 15) und 31,8 Prozent These 16 zustimmen (Grundsicherung). Befragte, die weder Die Linke.PDS wählen, noch Vereins- oder Parteimitglied sind, können sich zu 51,3 Prozent für ein Grundeinkommen und zu 69,5 Prozent für die Grundsicherung erwärmen. Dies ist sicher kein Zufall: Bereits seit Jahren wird im sächsischen Landesverband der PDS und jetzigen Linkspartei intensiv und kontrovers über Grundeinkommen und Grundsicherung diskutiert.

Die These 24 – »Wir brauchen eine Partei, die in Parlamenten die Forderung nach einem Grundeinkommen unterstützt« – findet jedoch in allen Lagern große Unterstützung. Besonderen Anklang findet diese These erwartungsgemäß wieder bei sächsischen Wählerinnen und Wählern der Linkspartei. Vielleicht glauben jene (entgegen den programmatischen Tatsachen), dass diese Partei in Gestalt der (zumindest sächsischen) Linkspartei.PDS bereits existiert. Aber auch Befragte, die weder in Sachsen wohnen noch Die Linke.PDS wählen, halten eine Partei für notwendig, die für ein Grundeinkommen eintritt.

Welche Schlüsse können wir aus den hier in aller Kürze vorgestellten Daten ziehen? Zunächst müssen wir die Abbildungskraft der Daten einschränken, denn es mag sein, dass diejenigen, die sich gegen ein Grundeinkommen aussprechen, den Fragebogen gar nicht ausfüllten, da sie Vorbehalte gegen das Anliegen der Untersuchung oder

5 Vgl. Wil Arts, Jaques Hagenaar's, Loek Halmann (eds.): *The Cultural Diversity of European Unity. Findings, Explanations and Reflections from the European Values Study*, Leiden & Boston 2003.

deren Durchführer hatten. Wie dem auch sei: Meine Untersuchung kann, wie eingangs gesagt, ohnedies nur Tendenzen aufzeigen, sie erhebt keinerlei Anspruch auf Repräsentativität. Die Tendenzen indes scheinen auf der Hand zu liegen:

1. Im Gegensatz zu meinen früheren Vermutungen sind sozialistische Ideologie und Programmatik keine großen Hindernisse bei der Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dennoch stellt das traditionelle sozialistische Arbeitsethos dabei freilich ein Problem dar.

2. Vielen Initiativen innerhalb – aber auch außerhalb – der Linken ist es geschuldet, dass mehr und mehr Parteimitglieder der Auffassung sind, dass ein Grundeinkommen durchaus zur Humanisierung der Arbeits- und Lebenswelt beitragen könnte, indem es Existenzsicherung und Erwerbsarbeit entkoppelt. Die zweite Säule des Kapitalismus (neben der Lohnarbeit), das Privateigentum an Produktionsmitteln, würde durch ein Grundeinkommen nicht berührt. Daher begrüßen viele Sozialistinnen und Sozialisten das Grundeinkommen allenfalls als einen Schritt in Richtung Überwindung des Kapitalismus und nicht als Selbstzweck oder Endziel. Nur Hardliner verneinen noch, dass ein Grundeinkommen ein charmantes Mittel gegen Sozialabbau ist: Die Institutionalisierung von *Welfare* statt von *Workfare* unabhängig von der jeweiligen Lage auf dem Arbeitsmarkt.

3. Überraschend ist, dass sich außerhalb der Linkspartei die ältere Generation einem Grundeinkommen weitaus wohlwillender gegenüber zeigt als die Jugend. Als reines »Jugendthema« scheint das bedingungslose Grundeinkommen daher nicht zu taugen. Es könnte indes ohne Zielgruppenspezifität als Chance zur Verbesserung der Lebensqualität nahezu aller Bürgerinnen und Bürger vermittelt werden. Radikale Grundeinkommensgegnerinnen und -gegner sollten schließlich erkennen, dass es somit keinerlei Sinn ergibt, ihre Kritik an Grundeinkommensmodellen mit Polemiken gegen »Jugendbrigaden« zu würzen.

Die aufgezeigten Tendenzen mögen der gefühlten Realität in der Partei widersprechen, zumal Vollbeschäftigungsförderer und -förderinnen durch die Kooperation mit der WASG wieder auf dem Vormarsch sein dürften. Doch auch die WASG ist hier nicht homogen.

Die präsentierten Daten deuten eines an: Eine nicht zu unterschätzende Minderheit in der Gesellschaft spricht sich für ein Grundeinkommen aus. Die Linkspartei.PDS könnte dieses Potenzial nutzen, sie könnte es aber auch den Grünen überlassen, sofern sich die nicht wenigen Grundeinkommensanhängerinnen und -anhänger bei Bündnis '90/ Die Grünen durchsetzen⁶, nun da ihre Partei in der Opposition ist und sich derartige Forderungen wird leisten können. Um diese Entscheidung dürfte die Linkspartei.PDS in naher Zukunft im Rahmen des Parteibildungsprozesses nicht herum kommen. Beide Optionen würden von der Basis der Linkspartei.PDS wohl mitgetragen werden, denn sowohl eine Grundsicherung (wie gehabt) als auch ein Grundeinkommen haben zahlreiche Anhänger in der Linkspartei. Die Entscheidung ist hier also noch völlig offen.

6 Siehe der Beschluss »Der ermutigende Sozialstaat« der Grünen Jugend vom Mai 2006.

MARTIN MEIER

Zur Bedeutung des Militärs in den politischen Utopien, Staatsromanen und Robinsonaden der Frühen Neuzeit

Einleitung

Militär und Krieg passen nicht in den Menschheits Traum vom ewigen Frieden und einer Gesellschaft allgemeiner Glückseligkeit. Utopien aber sind Ausdrucksformen des »Prinzips Hoffnung«, welches das menschliche Denken und Handeln seit dem Anbeginn der Zeiten durchwirkt. Würde selbst in ihnen militärische Gewalt eine wichtige Rolle für die Durchsetzung, Sicherung vielleicht sogar zur Machterweiterung utopischer Gemeinwesen spielen, wäre der Vermutung einer anthropologischen Verankerung des Willens zum Kampf Nahrung gegeben. Hat Herodot im engeren Sinne doch recht, wenn er meint, der Krieg sei der Vater aller Dinge? In letzter Konsequenz müßten gerade die hier untersuchten Ausdrucksformen menschlicher Phantasie, die explizit ein humaneres Morgen erträumen, darüber Auskunft geben. Oder sind derartige Schlußfolgerungen vielleicht nur zulässig, sofern der historische und biographische Kontext der jeweiligen Utopien und Robinsonaden unberücksichtigt bleibt?

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Militär und Gewalt ist ein wichtiger, wenn nicht gar entscheidender Kritikpunkt der Frage nach der Traditionsfähigkeit politischer Utopien für den sozialistischen Diskurs. Erstaunlicherweise entstammen die Kritiker utopischen Denkens heute oft dem neokonservativen Spektrum. Die Verfechter eines progressiven utopischen Denkens hingegen finden sich eher unter Linksintellektuellen. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass jene Entwicklung Marx'scher Intention zumindest punktuell zuwider läuft.

Utopiehistorische Abhandlungen beginnen zumeist mit einer definitorischen Abgrenzung des Genres. Hier setzt sich zunehmend eine stark verengende Perspektive durch, die politische Utopien ausschließlich als »Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften«¹ sieht, jedoch im Grunde das Wort »Gesellschaft« mit dem im 19. Jahrhundert geprägten Staatsmodell gleichsetzt².

Jener etatistische Zugriff³ verengt nicht nur die Perspektiven übergreifender literaturwissenschaftlicher wie historischer Betrachtung, sondern reduziert gleichzeitig den Begriff des Politischen auf das Handeln gesellschaftlicher Eliten in hierarchischen Herrschaftsbeziehungen. Problematisch wird dieses Herangehen immer dann, wenn literarisch verwandte Gattungen ineinander greifen und Mischformen auftreten, etwa eine Robinsonade, die im Verlaufe ihrer Handlung zur Utopie mutiert, wie in Johann Gottfried Schnabels »Die Insel Felsenburg«⁴.

Martin Meier – Jg. 1975; Dr. phil., Ausbildung zum Offizier im Truppendienst, Studium der Geschichte und Pädagogik an der Universität der Bundeswehr Hamburg; 2003-2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt; z. Z. Freier Historiker; Veröffentlichungen u. a.: Landesherrliche Einquartierungspolitik in »Dänisch-Vorpommern« 1715-1721 dargestellt am Beispiel der »militärischen Exekution«, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 63(2004); Dänemarks Ringen um Stralsund und Rügen im 17. Jahrhundert, in: Michael Busch (Hrsg.): Terra et Mars. Aspekte der Landes- und Militärgeschichte, Neumünster 2003.

1 Friedemann Richert: Der endlose Weg der Utopie. Eine kritische Untersuchung zur Geschichte, Konzeption

und Zukunftsperspektive utopischen Denkens, Darmstadt 2001, S. 26 f.; Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991, S. 2.

2 Der Streit um eine sinnvolle Eingrenzung ist so alt wie die wissenschaftliche Utopieforschung selbst. Hierzu: Sandra Thieme: Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens, Schkeuditz 2004, S. 15-45; Arno Waschkuhn: Politische Utopien. Ein politiktheoretischer Überblick von der Antike bis heute, München, Wien 2003, S. 1-4.

3 Markus Meumann, Ralf Prüve: Die Faszination des Staates und die historische Praxis. Zur Beschreibung von Herrschaftsbeziehungen jenseits teleologischer und dualistischer Begriffsbildungen, in: Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses, Münster 2004, S. 11-50, hier S. 12.

4 Johann Gottfried Schnabel: Die Insel Felsenburg oder Wunderliche Fata einiger Seefahrer, bearbeitet von Ludwig Tieck, 2 Bde., München o. J. Weitere Beispiele: Reimer Jehmlich: Phantastik – Science Fiction – Utopie. Begriffsgeschichte und Begriffsabgrenzung, in: Christian W. Thomsen und Jens Malte Fischer (Hrsg.), Phantastik in Literatur und Kunst, Darmstadt 1980, S. 11-33.

5 Bislang finden militärische Aspekte der Utopieforschung nur am Rande Erwähnung. U. a. bei: Saage, Politische Utopien, S. 63-65.

Hier darf der Begriff Utopie also etwas weiter gefaßt und ausgewählte Prosatexte des 16. bis 18. Jahrhunderts untersucht werden, die am Beispiel konstruierter Gemeinschaften Bilder eines besseren gesellschaftlichen Miteinanders demonstrieren. Hierzu rechnet der Autor Utopien, »Staatsromane« und auch Robinsonaden, sofern nicht nur ein einzelnes Individuum im Überlebenskampf geschildert wird, sondern eine Gruppe von Personen eine herbeigesehnte oder befürchtete Gesellschaftsform zu schaffen beginnt.

Politische Utopien bilden nach wie vor einen beliebten Gegenstand geschichts- und literaturwissenschaftlicher Betrachtung. Unterschiedliche Aspekte finden in der ausufernden Literatur Beachtung. Geschlechter- und kulturgeschichtliche Anmerkungen überwiegen. Auch die Frage nach der Zukunft utopischen Denkens wird immer wieder aufgeworfen. An dieser Stelle soll das Augenmerk ausschließlich auf das Militär und militärische Gewalt in den frühneuzeitlichen Utopien gelenkt werden.⁵ So versteht sich der Aufsatz als erste Präsentation einiger Ergebnisse einer entstehenden größeren Arbeit.

Staat und Militär in den etatistischen Utopien

Die marginale Forschung zu militärischen Aspekten wird mit durch den Umstand bedingt, dass Fragen des Krieges und zwischenstaatlicher Gewalt bei einigen Schöpfern der »Gegenwelten« nur wenig Beachtung finden. Ihr Umfang steht offensichtlich im inneren Zusammenhang zu den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen der jeweilige Utopist lebte. In Fichtes geschlossenem »Handelsstaat« beschränkt sich Außenpolitik beispielsweise auf die Wahrnehmung ökonomischer Interessen. Aus Händeln und Kriegen, ja aus sämtlichen diplomatischen Beziehungsgeflechten soll sich Fichtes erträumtes Gemeinwesen gänzlich heraushalten.⁶ Andere Staaten würden dieses Verhalten bald nachahmen, sofern sie die Vorteile eines derartig friedfertigen Handelns sähen. Auf diesem Wege könne der »ewige Friede« weltumspannend implementiert werden.⁷ Der Traum vom ewigen Frieden, in der staatsrechtlichen wie theologischen Diskussion seit Jahrhunderten präsent, schlug sich im gesamten utopischen Denken nieder. Gerade im ausgehenden 18. Jahrhundert erlebte jene Debatte einen Höhepunkt.

Fichtes »Handelsstaat« erschien im Jahre 1800, einer Zeit des Umbruches, der Revolutionskriege. Und dennoch – bis dahin störten die napoleonischen Heere nicht die preußische Beschaulichkeit, zertraten sie nicht den Mythos der friderizianischen Armee. Zum Zeitpunkt des Erscheinens seiner Utopie lebte Fichte in einer Epoche relativer Friedfertigkeit.

Wie anders nimmt sich die politische Situation in den hundert Lebensjahren des Frühaufklärers Bernard Le Bovier de Fontenelle (1657-1757) oder dem bewegten Dasein des englischen Lordkanzlers Thomas Morus (1478-1535) aus. Fontenelle hat neben der *Historie des Ajaoiens*⁸ eine weitere utopische Skizze nicht vertiefend auszuführen vermocht⁹. Unter den 14 Paragraphen seines (ersten) »Republik«-Fragmentes widmet er sich in einem ausschließlich dem »Kriegsdienst«. Sämtliche Bürger sind zu ihm verpflichtet. In geregelten Zeiten werden sie ausgebildet. Neben jenen Wehrpflichtigen

existiert ein aus Berufssoldaten bestehendes ständig armiertes Heer. Sie werden ausschließlich vom Staate besoldet. Um den Generalsrang zu erlangen, muss der Bürger die gesamte militärische Hierarchie durchlaufen. Sein Sohn darf nur bis zum Hauptmann aufsteigen. Hier finden sich Formen der heute immer beliebter werdenden »positiven Diskriminierung« ebenso vorweggenommen, wie die allgemeine Wehrpflicht. Neben dem geschilderten Zusammenhang von Lebenswelt des Autors und Umfang seiner Betrachtungen zum Wehrwesen, kommt dem Interesse und der Interpretationsansatz des heutigen Wissenschaftlers eine wesentliche Bedeutung bei der Wahrnehmung militärischer Züge in den Utopien zu. So spielt beispielsweise das Militär in Schnabels *Insel Felsenburg* nur scheinbar eine untergeordnete Rolle. Nämlich dann, wenn die Beschreibung der Gesellschaftsform auf der Insel selbst im Mittelpunkt der Betrachtung steht, nicht ihr Ursprung, ihre Entwicklung und die Biographien ihrer Protagonisten respektive Schöpfer. Die recht junge Gesellschaft auf der Felsenburg hat den Krieg nicht zu fürchten. Nachbarn existieren nicht. Um zur Insel zu gelangen, bedarf es guter Seekarten und eines Schiffes. Allein, dieser Schutz reicht Schnabel nicht aus. Er umgibt das gesamte Eiland mit einem natürlichen Wall aus Fels. Dessen Äußeres lädt nicht ein; läßt den verborgenen Reichtum nicht errahnen. Und dennoch. Die Besiedlung der Felsenburg erfolgt von Europa aus und sämtliche Ankömmlinge konnten die Auswirkungen militärischer Gewalt am eigenen Körper spüren. Der erste Europäer, ein nachkommenloser Spanier, der auf der einsamen Insel verstirbt, entstammt einer militärisch geprägten Gesellschaft, in der er selbst zum Regimentskommandeur avanciert.¹⁰

Von hohem Einfluss auf Schnabels Roman war die Utopie »Geschichte der Sevaramben« des Franzosen Denis Vairasse.¹¹ Dessen persönliche Erfahrungen mit dem Elend des Krieges reichten noch weiter als bei seinem deutschen Nachfolger. Vairasse diente zunächst als junger Soldat im französischen Heer, dann in der englischen Marine und nahm schließlich 1672 wiederum auf Seiten Frankreichs am Krieg gegen England teil. Auch in seinem Buch mutiert eine Robinsonade zur Utopie. Freilich ist die Anzahl der Schiffbrüchigen mit 392 Personen sehr hoch. Sie führt zur schnellen Etablierung eines staatsähnlichen Gemeinwesens. Einer der ersten in ihm gefällten Beschlüsse ist der Aufbau eines Regimentes, das von einem General mit umfassenden Befugnissen kommandiert wird. Auf der Errichtung des Militärs beruht die Souveränität des neugegründeten Gemeinwesens. Wie in vielen anderen Utopieentwürfen auch¹² nimmt die Erziehung des Menschen durch die Gesellschaft einen entscheidenden Stellenwert bei Vairasse ein. Sie geschieht zentral gesteuert, indem die Kinder im Alter von sieben Jahren ihren Eltern entzogen werden, ein Akt der synonym für die Uniformität der »Sevarambischen« Gesellschaft steht. Sie ist letztlich Ausdruck autoritärer Formung, die dem Utopisten Vairasse selbst widerfuhr; im Schulwesen seiner Zeit, aber auch im französischen und englischen Militär. Die Kinder seines utopischen Staates tragen, in Anlehnung an die frühneuzeitlichen Kleiderordnungen, Uniform, je nach Alter in unterschiedlicher Farbe. So sehr auch Vairasse den Krieg verabscheut, seine Sevaramben sind ein wehrhaftes Volk, von Kindesbei-

6 Ähnlich in Knigges deistischer Inselutopie: Adolph Freiherr Knigge: Allgemeines System für das Volk. Zur Grundlage aller Erkenntnisse für Menschen aus allen Nationen, Ständen und Religionen, in: Ders., Ausgewählte Werke, hrsg. von Wolfgang Fenner, Bd. 8, Hannover 1994, 7-30, hier 29.

7 Johann Gottlieb Fichte: Der geschloßne Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik, hrsg. von Hans Hirsch, 1979, S. 125-127.

8 Hans-Günter Funke: Studien zur Reiseutopie der Frühaufklärung: Fontenelles »Histoire des Ajaïens«, 2 Bde., Heidelberg 1982.

9 Was Fontenelle seine Republik nannte (Fragmente), in: Bernard le Bovier de Fontenelle: Philosophische Neuigkeiten für Leute von Welt und für Gelehrte. Ausgewählte Schriften hrsg. von Helga Bergmann, Leipzig 1989, S. 349-355.

10 Vgl. Schnabel: Die Insel Felsenburg, S. 116-172.

11 Zum Forschungsstand: Rahmsdorf: Stadt und Architektur, S. 242-248.

12 Joseph Prÿs: Der Staatsroman des 16. und 17. Jahrhunderts und sein Erziehungsideal, Würzburg 1913, (Nachdr. Leipzig 1973), S. 45-162; Bernhard Kytzler, Stiblins Seeligland, in: Hiltrud Gnüg (Hrsg.), Literarische Utopieentwürfe, Frankfurt a. M. 1982, S. 91-100, hier: S. 93-95. Hieraus resultiert das hohe Interesse der Pädagogik an

klassischen Utopieentwürfen. Frank Staeck, Caroline Welsch: Ketzler, Täufer, Utopisten, Pfaffenweiler 1991, S. 11-20.

13 Gerade im Falle der Utopiainterpretation ist es besonders bemerkenswert, dass die umfangreiche und nicht mehr überschaubare Forschung militärische Aspekte nur am Rande oder gar nicht behandelt. Stellvertretend: Bernd-Peter Lange, Thomas Moore: Utopia (1516), in: Ders., Hartmut Heuermann: Die Utopie in der Angloamerikanischen Literatur. Interpretationen, Düsseldorf 1984, S. 11-31; Reinhold Zippelius: Geschichte der Staatsideen 2003, S. 76-79.

14 Francis Godwin: The Man in Moone, Voyage and Adventures of Domingo Gonzales, London 1638; Cyrano de Bergerac: Reise in die Sonne, hrsg. von A. Kreyes, Halle a. d. Saale o. J.; Ders., Die Reise zum Mond, Frankfurt a. M., Leipzig 1991.

15 Gerrard Winstanley: Das Gesetz als Entwurf oder Wiedereinsetzung wahrer Obrigkeit, in: Ders., Gleichheit im Reiche der Freiheit, Leipzig 1983, S. 152-277, hier S. 241-243; Mögliche Sklavenaufstände räumt Fontenelle ein. Fontenelle: Historie des Ajaiens, S. 85.

16 Morus: Utopia, S. 28 f.

17 Morus: Utopia, S. 98.

18 Winstanley: Das Gesetz als Entwurf, S. 242 f.

19 Stellvertretend: Fontenelle: Historie des Ajaiens, S. 81; Adolph Freiherr Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte der Aufklärung in Abyssinien oder

nen an geschult, in der Gemeinschaft zu handeln. Der Staat ist durch die Art der Städteplanung in der Lage, die gesamte Gesellschaft zu durchdringen und jeden Bürger jederzeit verfügbar zu halten.

Morus geht noch weiter als Vairasse und läßt seinen Staat durch Eroberung entstehen. Erst die militärische Unterwerfung durch den Feldherrn Utopus schafft die Voraussetzung zur Kultivierung des rohen Volkes der Insel Abraxa (Utopia).¹³

Alle hier erwähnten utopischen Gemeinwesen weisen also militärische Züge auf, die trotz des erstrebten Zieles eines dauerhaft friedlichen Zusammenlebens der Völker ihren Erfindern offensichtlich unverzichtbar erschienen. Ursachen hierfür sind, wie gezeigt:

1. die Tatsache, dass bis zum ausgehenden 17. Jahrhundert nur Raumutopien überliefert sind. Auch mit den ersten Planetenutopien¹⁴ ändert sich hieran nichts;

2. der Erfahrungshorizont der Gründerväter neuer Idealstaatswesen auf den kriegerischen Auseinandersetzungen Europas fußt und

3. der biographische Hintergrund der Autoren, der, ob willentlich oder unbewußt, in die Prosawerke mit einfließt.

Im Gegensatz zu anderen Utopien räumt Winstanley auch Aufstände im Inneren seines »Idealstaates« ein, die mit militärischen Mitteln jederzeit bekämpft werden können. Andererseits gesteht er dem Volke das Recht zu, sich gegen einen ungerechten Beamten- und Staatsapparat zu erheben.¹⁵

Nun stellt sich die Frage nach den konkreten Formen des Militärs in den Utopien. Hier spiegeln die untersuchten Texte zeitgenössische Diskurse. So zeigen die Schriften des 16. und 17. Jahrhunderts den ständisch-landesherrlichen Konflikt um den *Aufbau stehender Heere*. Jene Entwicklung, die in Deutschland und im nordeuropäischen Raum erst mit dem Dreißigjährigen Kriege einsetzte, zeigte sich in England bereits zur Zeit des Thomas Morus.

So wendet sich der Lordkanzler energisch gegen erste Bestrebungen, dauerhaft Soldaten unter Waffen zu halten. Die zahlreichen Söldner Frankreichs nennt er eine Pest für das Land. Derartige »Bestien« habe nicht nur Frankreich zu seinem eigenen Schaden unterhalten. Bei den Römern, Karthagern, Syrern und vielen anderen Völkern hätten stehende Heere die Regierungen gestürzt, das Land und die Städte zu Grunde gerichtet.¹⁶ Dementsprechend werben die Utopier im Kriegsfall lieber ausländische Truppe für horrenden Geldsummen an, um nicht die eigenen Bürger der Gefahr auszusetzen.¹⁷ Nur ein Säkulum später verteidigt Winstanley nicht nur die Idee vom stehenden Heer, sondern erklärt jeden Staatsbürger zum Verteidiger des Gemeinwesens. Sämtliche Beamte bekleiden zugleich militärische Dienstgrade.¹⁸ Das also schon lange vor der »Levee en masse« vorhandene Konzept der Verantwortung eines jeden Einwohners für die Verteidigung seiner Heimat findet sich in einigen Utopien.¹⁹ Ebenso werden spätere Formen der *Institutionalisierung* des Militärwesens in idealen Gesellschaftsentwürfen vorweggenommen. Dabei ist die behördliche Verzahnung mit anderen staatlichen Einrichtungen unterschiedlich stark ausgeprägt. In Campanellas *Sonnenstaat* steht dem Herrscher neben Sin (für sapientia) und Mor (für amor) auch Pon (potestas) als Gehilfe bei. Unter seine Verantwortung fällt die Kriegführung des Sonnenstaates, das Befestigungs-

und Belagerungswesen sowie das Kommando über die Militärbürokratie.²⁰ In Cyrano de Bergeracs Mondstaaten, von denen noch zu berichten sein wird, existieren Behörden, die verbindliche Gesetze für den Krieg erarbeiten.²¹ Hingegen garantiert in Winstanleys Republik die Personalunion des Beamtenapparates mit dem Offizierkorps eine enge Verzahnung ziviler und militärischer Behörden.²² Ganz anders verfährt Freiherr Knigge, der in dem fiktiven Reisebericht *Benjamin Noldman's Geschichte der Aufklärung in Abyssinien* (1790) einen umfassenden Idealstaatsentwurf präsentiert.²³ Wie bei Winstanley favorisiert Knigge ein stehendes Heer. Jedoch werden die Offizierstellen durch die zivilen Institutionen besetzt. Die subalternen Offiziere werden von den Ältestenräten der Ortschaften, die Staboffiziere aus den Reihen der Hauptleute von Provinzialregierungen und schließlich die kommandierenden Generäle von der Nationalversammlung gewählt.²⁴ Jeder Provinz ist ein Regiment zugeordnet, das im Kriegsfall auf vier anwächst.²⁵

Wann aber darf das Militär eingesetzt werden? Auch in Bezug auf die moralischen Kategorien des *Kriegsanlasses* und der *Kampfesweise* sind unsere Utopisten uneins. Morus geht so weit, seinem utopischen Staat nicht nur die Fähigkeit zu Kriegführung einzuräumen²⁶, sondern gestattet im Ausnahmefall selbst den Angriffskrieg zur Aneignung fremden Bodens²⁷. Alle Lebensbereiche auf »Utopia« werden von militärischem Denken berührt. Priester stehen in Nähe des Schlachtfeldes und beten für den Sieg der eigenen Waffen, die beiden Seiten einen möglichst geringen Blutzoll abverlangen soll.²⁸ Wie Morus so räumt auch Campanella seinem »Sonnenstaat« die Möglichkeit ein, sich militärisch zu verteidigen. Darüber hinaus sind Angriffskriege nach vorheriger Kriegserklärung durchführbar, wenn einem bedrohten Bundesgenossen zu helfen ist oder die Bevölkerung eines anderen Landes um Befreiung von inhumaner Tyrannei bittet.²⁹ Elemente archaischer Kampfweise gehen in den Utopien mit der erstrebten Zähmung der Kriegführung einher. Ähnlich wie bei den von Tacitus geschilderten Germanen bedeutet es auf Utopia eine Schmach für jeden Ehegemahl, aus einer Schlacht ohne den Partner heimzukehren. Gleiches gilt vom Sohne, der den eigenen Vater überlebend, die Wahlstatt verläßt.³⁰ In der Behandlung der Kriegsgefangenen ähneln sich zahlreiche Utopien. Sowohl bei Morus als auch bei Fontenelle und bei Vairasse werden dieselben verklavt und arbeiten für das »ideale« Gemeinwesen.³¹ Neben dem Kampf auf offenem Felde finden sich in einigen Utopien Anmerkungen über *Festungsbau* und *Festungskampf*. Das verbesserte artilleristische Gerät führte schon zum Beginn der Frühen Neuzeit zu einem Umdenken in der Verteidigung fester Plätze. So erlebte das Fortifikationswesen im 16. Jahrhundert eine erste Blüte. Das Renaissance-Ideal der Planstadt erfuhr wesentliche Impulse aus dem Militärwesen. Jene Bemühungen fanden ihren Niederschlag in den Utopien dieses Säkulums. Morus läßt keinen Zweifel daran, dass sämtliche Häfen auf Utopia künstlich befestigt sind.³² Das Leitbild der nach militärischen Erfordernissen geschaffenen Planstadt findet sich auch in Keplers Traum von den Mondbewohnern. Hier entsteht zunächst nach exakten Abmessungen die Befestigung. Erst nach ihrer Vollendung folgen die Wohnstätten.³³ Jene Verwissenschaftli-

Nachricht von seinem und seines Herrn Veters Aufenthalte an dem Hofe des großen Negus, oder Priester Johannes, Hannover 1995, S. 313 f.

20 Thomas Campanella: Der Sonnenstaat. Idee eines philosophischen Gemeinwesens, Berlin 1955, S. 33 f, 62-64.

21 Cyrano de Bergerac: Die Reise zum Mond, S. 67 f.

22 Winstanley: Das Gesetz als Entwurf, S. 242 f.

23 Knigge schildert ebenso wie etwas später sein Landsmann Rebmann zunächst das aus seiner Sicht verkommene Militärwesen in einer utopischen Gegenwelt, die noch nicht dem später erreichten Ideal entspricht. Vgl. Knigge, Benjamin Noldman's Geschichte, S. 37-94; Georg Friedrich Rebmann, Hans Kiekindiewelts Reisen in alle vier Weltteile, in: Ders., Werke und Briefe, I. Bd, hrsg. von Wolfgang Ritschel, Berlin 1990, S. 339-503, hier S.443-450.

24 Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte, S. 269, 317.

25 Ebenda, S. 313 f.

26 Utopische Gemeinwesen, die über keine Streitkräfte verfügen, gehen nach kurzer Blüte unter. Hans Rebmann: Kiekindiewelts Reisen, S. 483 f.

27 Libellus vere Aureus nec minus salutaris quam festivus de optimo reip. Statu, deque nova Insula Utopia autore clarissimo vito Thoma Moro ..., Leipzig o. J., (fortan: Morus, Utopia), S. 140-155. Diese Tat-

sache ist in der Forschung stets betont worden. Saage: Politische Utopien, S. 63 f.

28 Ihr Auftrag ist zudem die Überwachung einer möglichst humanen Kriegführung und fairen Behandlung des geschlagenen Gegners. Morus, Utopia, S. 168.

29 Campanella: Der Sonnenstaat, S. 64-66, Totales Verbot des Angriffskrieges findet sich dann in den Utopien des ausgehenden 18. Jahrhunderts. So bei Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte, S. 313.

30 Morus: Utopia, S. 150. Bei Tacitus wird so das Verhältnis von Fürst und Gefolgschaft beschrieben. Tacitus: Germania, hrsg. von Curt Woyte, Leipzig 1943, S. 20 f.

31 Hans-Günther Funke: Studien zur Reiseutopie der Frühaufklärung: Fontenelles »Histoire des Ajaoiens«, Bd. I, Heidelberg 1982, S. 396-398; Fontenelle, Histoire des Ajaoiens, hrsg. von Hans Günther Funke, Heidelberg 1982, S. 54, 78. Auch in einigen Robinsonaden: Johann Karl Wezel: Robinson Krusoe, Berlin 1979, S. 152-157, 164, 178 f.

32 Morus: Utopia, S. 69.

33 Johannis Kepler: Astronomischer Traum oder Mondgeographie mit Anmerkungen, in: Marsmenschen. Wie die Außerirdischen gesucht und erfunden wurden, hrsg. von Justus Fetscher und Robert Stockhammer, Leipzig 1997, S. 78-87, hier S. 82.

34 Campanella: Der Sonnenstaat, S. 63, 66.

chung des Militärwesens, die insbesondere den sich ändernden technischen Möglichkeiten geschuldet blieb, dauerte nicht nur im Festungswesen an. Dort fand sie ihre Vervollkommnung im 17. Jahrhundert mit Menno van Coehorn und Sebastien de Vauban. Und so nimmt es wenig Wunder, dass mathematische, naturwissenschaftliche und auch philosophische Kenntnisse den »utopischen« Offizier jener Zeiten ebenso charakterisieren, wie die wissenschaftliche Erforschung neuer Militärtechnik in den »idealen« Gemeinwesen.³⁴ Es scheint doch bemerkenswert, dass neben aller friedlichen Wissenschaft in Francis Bacons Neu-Atlantis auch an neuem Kriegsgesetz geforscht wird.³⁵

Neben den hier benannten Themenfeldern behandeln Utopien zahlreiche weitere Aspekte, auf die nicht vertiefend eingegangen werden kann, wie beispielsweise die Kriegsfinanzierung³⁶, die körperliche Ertüchtigung zu Kriegszwecken³⁷, die ideologische und psychologische Erziehung und Ausformung des Kampfeswillens³⁸, Kriegskunst³⁹, Versorgung von Kriegsgeschädigten⁴⁰ und die Stellung der Frau⁴¹ im utopischen Militärwesen.

Militär und militärische Gewaltausübung im utopischen Reiseroman und in der Robinsonade

Im Unterschied zur Utopie schildern utopische Reiseromane oft nicht nur wünschenswerte und ablehnenswerte denkbare Gesellschaftsformen, sondern bieten zudem satirische Kritik am Bestehenden. Zu diesem Zweck wird die Realität in die Welt des Phantastischen verlagert. Cyrano de Bergeracs *Die Reise zum Mond* bietet hierfür ein interessantes Beispiel. Der reisende Ich-Erzähler gelangt in die Gesellschaft der vierbeinigen Mondmenschen und wird, von ihnen als Tier verkannt, in einem Käfig gehalten. Dort erfährt er vom Krieg gegen den großen König X. Cyrano schildert nun die Kampfweise auf dem Erdtrabanten, die Züge der Kabinettkriegführung überspitzt präsentierend. Äußerst vornehm, fair und zugleich affektiert benehmen sich die gegnerischen Parteien.⁴² Beide Seiten wählen Schiedsrichter, die einen exakten Zeitplan für die Rüstungen sowie die Zahl der Kämpfenden festlegen und Tag wie Ort der Schlacht bestimmen. Jeder Soldat wird einem vergleichbaren Gegner gegenüber gestellt. Körpermaße, Kraft, Mut und Gesundheitszustand werden hierbei berücksichtigt. Nach vollendetem »Gemetzeln« werden Tote, Verwundete und Gefangene gezählt und danach der Sieger festgelegt. Stimmen die Ergebnisse exakt überein, entscheidet das Los. Der eigentliche Krieg jedoch wird nicht auf dem Schlachtfeld, sondern im Disput zwischen den Gelehrten ausgefochten. Der Ich-Erzähler, erstaunt über dieses penible Vorgehen, bemüht sich nun zu ergründen, warum das geschilderte faire Kämpfen nicht reicht. Hierauf folgen Passagen, die wiederum Parallelen zu Fontenelle erkennen lassen. Auch Cyranos Mondbewohner streben eine »positive Diskriminierung« an, übersehen aber nicht jene Grenzen eines derartigen Unterfangens, die sich aus Individualität einer jeden Person ergeben. Selbst wenn die Muskelkraft zweier Menschen⁴³ übereinstimme, ja ihre Fechtkünste exakt dieselben wären, so besäßen sie doch unterschiedliche mentale Voraussetzungen⁴⁴.

Die Betonung menschlicher Individualität findet sich auch im Werke des dänisch-norwegischen Aufklärers Ludwig Holberg. In

*Nicolai Klims unterirdischer Reise*⁴⁵ kehrt der Protagonist nach vollendetem Studium aus Kopenhagen nach Bergen zurück⁴⁶. Dort verfällt er auf die Idee, eine nahegelegene bekannte Höhle zu untersuchen. Er stürzt in die Tiefe des Erdinnern und findet ein gänzlich neues Universum mit unterschiedlichen Planeten. Zunächst verschlägt es Holbergs Ich-Erzähler auf das Gestirn Nazar in das Land Potu⁴⁷. Die dortigen Bewohner sind friedliebende Bäume, die die Langsamkeit als beste Lebensform für sich erkannt haben. Die geistig Minderbemittelten bilden die Führungsschicht, denn ihr langsames und zögerliches Denken weist gleichsam eine große Tiefe auf. Projektmacher und Unruhestifter werden hingerichtet. In den Annalen der Potuaner kommt der Krieg kaum vor. Holbergs Phantasiegestalten schämen sich der Grausamkeiten, die in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen vorkommen und sie schämen sich der eigenen Siege. Niemand stimme in diesem Falle ein *Herr Gott wir loben dich* an. Vielmehr verbrachten sie mehrere Tage in Trauer.⁴⁸ In den Rangordnungen des Baumvolkes kommen Soldaten gar nicht vor. Klim, der aufgrund seiner hohen Intelligenz nur als Läufer in Potu dient, entschließt sich, den gesamten Planeten Nazar zu umwandern. Holberg zeichnet nun Gegenbilder zur potuischen Idealverfassung, ohne seinem Helden diese tiefere Einsicht zuzugestehen. Klim erscheinen sämtliche nazarische Lebensformen eigenartig und nicht nachahmenswert. Die einstigen schweren Kriege anderer Völker mit den Potuanern gehören zum Zeitpunkt der Reise weitgehend der Vergangenheit an. In einigen Ländern litt die Wehrhaftigkeit erheblich. So gelangt Klim beispielsweise in das *Land der Vernünftigen*, in dem jedes Handeln nach den Prinzipien der Logik zuvor exakt durchdacht wird. Dies jedoch gereiche der Gesellschaft zum Schaden. Sie bedürfe nicht nur der Klugen, sondern vor allem der Narren. Im Vernunftreich interessieren sich die Soldaten beispielsweise gar nicht für den Ruhm, der in späteren Geschichtsbüchern über sie zu lesen ist. Hier würden Personen gelobt, die es ohnehin nicht mehr hörten.⁴⁹ Nach Potu zurückgekehrt, betätigt sich Klim wider besseres Wissen als Projektmacher und entgeht nur aufgrund seiner fremdländischen Herkunft dem sicheren Tod. Stattdessen wird er auf einen Affenplaneten verbannt. Ihre Bewohner sind ganz Spiegelbild frühneuzeitlicher Gesellschaft, wie Holberg sie empfand. Mit einer Expedition bereist Klim nun den neuen Planeten, wird nach verheerendem Schiffbruch an eine fremde, von Menschen bewohnte Küste verschlagen. Hier gelingt es dem Dänen, sich zum Herrscher empor zu putschen. Erst einmal zur Macht gelangt, führt der vormalige Student als Despot große Eroberungszüge.⁵⁰ Die Schilderung dieser militärischen Taten ist nicht sonderlich interessant, vermittelt Holberg doch lediglich das zeitgenössische Kriegsbild und enthält sich weitergehender Urteile. Andererseits klingen Erfahrungen kolonialer Kriegführung an, etwa wenn der Ich-Erzähler die technologische Unterlegenheit eines Tigervolkes erwähnt, das in einer Schlacht 13000 Tote beklagte, da ihnen die Kenntnis der Schußwaffen fehlte.⁵¹ Im Krieg gegen vernunftbegabte Hähne setzten dieselben vergiftete Pfeile ein und kämpften auf der Erde wie in der Luft.⁵²

Zu den wesentlichen Unterschieden zwischen Utopie und utopiähnlicher Robinsonade scheint die deutlich stärkere Verankerung

35 Francis Bacon: *New Atlantis*, in: *Three Early Modern Utopias*, Oxford 1999, S. 149-186, hier S. 183.

36 Morus: *Utopia*, S. 98, 154 f. Interessant ist hierbei die enge Verzahnung von Finanz- und Militärpolitik. Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte, S. 318.

37 Morus: *Utopia*, S. 141; Campanella: *Der Sonnenstaat*, S. 42, Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte, S. 315.

38 Beispielsweise lauschen Hallers heranwachsende Alpenbewohner den erzählten Heldentaten eines ehemaligen Soldaten. Albrecht von Haller: *Die Alpen*, in: Ders.: *Die Alpen und andere Gedichte*, hrsg. von Adalbert Elschenbroich, Stuttgart 1984, S. 3-22, hier S. 14.

39 Zum allgemeinen Bildungskanon gehörend bei Knigge: *Allgemeines System*, S. 29.

40 Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte, S. 322.

41 Campanella: *Der Sonnenstaat*, S. 48, 63.

42 In ähnlicher Form bei: Knigge: Benjamin Noldman's Geschichte, S. 37-90, 121.

43 Cyranos Mondbewohner bezeichnen sich selbst als Menschen.

44 *Cyrano de Bergerac: Die Reise zum Mond*, S. 66 f.

45 Ludvig Holberg: *Nicolai Klims unterirdische Reise* worinnen eine ganz neue Erdbeschreibung wie auch eine umständliche Nachricht von der fünften Mon-

archie, die uns bishero ganz und gar unbekannt gewesen, enthalten ist, Leipzig 1985.

46 Autobiographische Bezüge sind hier unverkennbar. Ludvig Holberg: Nachricht von meinem Leben in drei Briefen an einen vornehmen Herrn, Leipzig 1982, S. 15-19.

47 Umkehr des Wortes Utop(ia).

48 Holberg: Nicolai Klims unterirdische Reise, S. 59 f.

49 Ebenda, S. 107 f.

50 Ebenda, S. 190-200; 215-121; 226-233.

51 Ebenda, S. 196-200.

52 Ebenda, S. 215 f.

53 Daniel Defoe: Robinson Crusoe. Erster und Zweiter Teil, Berlin, Weimar 1983, S. 438.

54 In Defoes Kolonie finden drei Völker trotz aller kulturellen Unterschiede zueinander. Darüber hinaus beschwört er den Frieden zwischen den Konfessionen. Crusoe erklärt die Insel nicht zum Bestandteil des britischen Reiches und sich selbst nicht zum Fürsten. Defoe: Robinson Crusoe, S. 464 f., 471-475, 528 f.

55 Die sich freilich am europäischen Muster anlehnen soll. Defoe: Robinson Crusoe, S. 475.

letztenannter Gattung in dem technologischen und militärischen Denken ihrer Zeit zu bestehen. Robinson Crusoes weitere Fahrten, in denen der Aufbau einer Kolonie auf der südamerikanischen Insel geschildert wird, wimmelt nur so von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Eingeborenen und englischen beziehungsweise spanischen Siedlern. »Armee« nennt Defoe die Verteidiger und schildert genau deren Ausrüstung und Bewaffnung.⁵³ Ein Befehlshaber ist benannt und im Kampf mit den »Wilden« setzt die Kolonie auf technologische Überlegenheit in Form der Feuerwaffen. Defoe bietet im Kleinen ein Bild des Kampfes in den europäischen Außenbesitzungen. Die offene Feldschlacht existiert nicht, dafür der beiderseitige Kleinkrieg. Sowohl die Indianer, bei Defoe immer die Angreifer, als auch die Weißen mit ihren eingeborenen Hilfstruppen verlegen sich auf Nadelstichtaktiken, operieren aus Verstecken und Hinterhalten. Defoes Fortsetzung des Robinson Crusoe ist der Utopieforschung suspekt. Der Autor vermittele keinen gesellschaftlichen Gegenentwurf, sondern stelle eine geistige Perfektionierung des zeitgenössischen Kolonialismus dar. Gleichwohl sollten doch bestimmte utopische Elemente nicht gänzlich übersehen werden. So entwickelt sich Crusoes Kolonie von drei Siedlungspunkten ausgehend zu einem Staat mit republikanischer Verfassung. In ihm geht es keineswegs nur um Gewinnoptimierung, sondern durchaus um die gesellschaftliche Ausformung bestimmter humanistischer Ideale.⁵⁴ So wendet sich Crusoe, durch das Gespräch mit einem *Katholiken* hierzu erzogen, gegen die Versklavung der Eingeborenen und stellt ihnen eine eigenständige Entwicklung neben den weißen Siedlern frei.⁵⁵

Resümee

Der Weltfrieden als Wunschtraum, angesiedelt in einer fernen, aber erreichbaren Zukunft, benötigt eigentlich kein Militär, da es Kriege dann nicht mehr geben würde. Diese Utopie vom ewigen Glück der Menschen in einem friedlichen Zusammenleben aller, ist als Wunschtraum uralte und spiegelt sich in unterschiedlichsten literarischen Formen wider. Hieran ändern auch die Kritiker eines »zu weit gefassten« Utopiebegriffes nichts. Jene, die sich ihr eigenes Utopiemuster zurechtziehen, um es, wissenschaftlich mundgerecht zugeschnitten, einfacher untersuchen zu können, klammern sich im Grunde unbewußt an die Auffassung des im 19. Jahrhundert etablierten Staatsbegriffes, indem sie andere Vergesellschaftungsformen nicht dem Bereich des Politischen zuordnen. Ihr oft neokonservativer Hintergrund führt nicht selten zur Hervorkehrung des vielen Utopien innewohnenden autoritären Charakters. Umso erstaunlicher nimmt sich die Tatsache aus, dass sie bislang den Aspekt des Militärischen fast gänzlich aussparen.

Abschließend dürfen wesentliche Ergebnisse dieses Aufsatzes, der sich erstmals wissenschaftlich der Thematik annimmt, thesenartig zugespitzt werden:

1. Biographischer Erfahrungshorizont und entstehungsgeschichtliche Dimension einer literarischen respektive politischen Utopie stehen in innerem Zusammenhang mit dem Umfang der in ihnen geschilderten militärischen Aspekte.

2. Darüber hinaus sind gewählte Methodik und ideologische Verankerung des Interpretierenden wesentliche Indikatoren bei der

Wahrnehmung militärischer Aspekte in den Utopien und Robinsonaden.

3. Die konkreten militärischen Ausprägungen und Formen in den untersuchten Texten geben im Wesentlichen den Stand des zeitgenössischen Kriegsbildes und strategischen/operativen Denkens wider. Nur sehr selten, wie im Falle von Morus' »Utopia« oder Holbergs »Nicolai Klim« nehmen die Autoren künftige Entwicklungen vorweg.

Gerade die frühneuzeitlichen Utopien spiegeln in erster Linie bürgerliches Denken, obschon Züge sozialistischer Hoffnung unverkennbar sind. Sie decken sich in vielen Punkten nicht mit unserer Hoffnung auf ein menschliches Miteinander. Sklavenhalterordnungen, gleichgeschaltete, straff militärisch organisierte Gemeinwesen präsentieren sich uns; Züge, die an die Zeitgebundenheit politischer respektive literarischer Utopien erinnern. Eine Welt ohne Soldaten erscheint beinahe allen Schöpfern der Gegenwelten wünschenswert, aber zunächst kaum vorstellbar. Aller offerierten Friedensliebe zum Trotz weisen die hier untersuchten Utopien und Robinsonaden oft beachtliche militärische Züge auf. Nie bleibt der Soldatenstand gänzlich aus der Betrachtung ausgeklammert. Bisweilen, etwa im Falle Defoes und auch Holbergs, ist eine gewisse Affinität zum Kriege nicht zu übersehen. Warum schildert beispielsweise der dänische Aufklärer die Kriegszüge und Schlachten des Nicolai Klim derart detailliert?

Andererseits führte gerade die täglich wahrgenommene Brutalität zwischenmenschlicher Auseinandersetzung, jenes »bellum omnium contra omnes«, zur schriftlichen Fixierung utopischer Vorstellungen. Hieran dürften Militär und Krieg erheblichen, wenn nicht gar ausschlaggebenden Anteil genommen haben. Gerade dies läßt die Auseinandersetzung mit dem hier behandelten Thema für den künftigen alternativen Diskurs fruchtbar erscheinen.

GÜNTER WIRTH

Walther Harichs »Ostorientierung«

Einige Bemerkungen über den Vater
von Wolfgang Harich – und ihn

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Der andere Transformationsprozeß. Besichtigung von Autobiographien, Heft 189/190 (Juli/August 2006)

Bei Rückblicken auf 1956, auf die Folgen des XX. Parteitags der KPdSU und auf die damit verbundenen, letztlich aber gescheiterten reformerischen Bemühungen in einigen real sozialistischen Staaten, auch in der DDR, ist 2006 immer wieder der Name von Wolfgang Harich gefallen. Schließlich galt er in der DDR als derjenige scharfsinnige marxistische Theoretiker, der aus der kritischen Analyse der gesellschaftlichen Zustände und der geistigen Situation im »sozialistischen Lager« nicht nur weitreichende ideologische Konzeptionen ableitete, sondern für einen Intellektuellen ungewöhnliche praktische politische Konzepte, ja eine ganz konkrete Agenda. Welcher Art diese waren, ob sie tatsächlich einen realen Ausweg hätten bieten können oder ob sie womöglich nur illusorische Akzente – so oder so – zu setzen imstande gewesen wären, wird unterschiedlich beantwortet.¹ Dies wertneutral oder wertend zu erörtern, ist nicht Anliegen dieser Miscelle. Hier geht es um etwas anderes, nämlich darum, einen Blick auf Walther Harich, den Vater Wolfgang Harichs, zu werfen und zu erörtern, ob es zwischen beiden dies oder jenes Tertium comparationis gibt.

Wenn Walther Harich heute noch bekannt ist, dann vor allem im Umfeld der Literaturwissenschaft, die sich mit E. T. A. Hoffmann und Jean Paul befaßt (und hier wäre, um dies vorwegzunehmen, eine besondere sachliche Nähe zwischen Vater und Sohn festzumachen, wenn wir an die Jean-Paul-Studien Wolfgang Harichs in seiner Haft denken). Von E. T. A. Hoffmann hatte Walther Harich – neben einer zweibändigen Biographie im renommierten Erich Reiß Verlag Berlin – eine Ausgabe in fünfzehn Bänden herausgegeben, und als er (u. a.) über »Jean Paul in Heidelberg« schrieb, hatte er immerhin Alfred Kubin als Illustrator. Überhaupt war Walther Harich in den zwanziger Jahren ein bekannter Literat, dessen Roman »Die Pest in Tulemont« beachtet worden war und der auch vielfältig, regional in Ostpreußen, überregional etwa in der kulturprotestantischen Zeitschrift »Eckart«, publizistisch hervortrat.

Wenn man fragt, was die womöglich konkurrierenden literarischen und publizistischen Bemühungen Walther Harichs zusammenhielt, dann war dies letztlich »Das Ostproblem«, seine »geschichtliche Bedeutung«, wie eine 1922 von ihm in dem einflußreichen Münchner Verlag C. H. Beck herausgekommene Schrift getitelt war. Das »Ostproblem« war für Walther Harich in der Tat nicht nur ein intellektuelles; vor allem war es ein existentielles für ihn, der am 30. Januar 1888 in Herders Mohrunen geboren worden war. Um es

1 Vgl. u. a. Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006; Guntolf Herzberg: Anpassung und Aufbegehren, Berlin 1956, in: Jahrbuch für historische Kommunismuskforschung 2006, Berlin 2006.

mit der ästhetisch-historischen Metapher des Tilsiters Johannes Bobrowski zu bezeichnen: Er fühlte sich im »Sarmatischen« zu Hause. Als Sohn eines Druckereibesetzters und als Enkel (mütterlicherseits) des Mitbegründers und Chefredakteurs der »Königsberger Allgemeinen Zeitung« (Wyneken) wuchs er in einer kulturell gesättigten Atmosphäre ebenso auf wie im Umkreis der im Zentrum Ostpreußens zusammentreffenden, aber durchaus gegenläufigen geschichtlichen Ströme. Sie eigentlich waren es, die die Essenz seiner wichtigsten literarischen und publizistischen Unternehmungen bestimmten – zusammen mit den Erfahrungen und Erlebnissen des Artillerieoffiziers des Ersten Weltkriegs, der in Philipp Witkops bekannter Sammlung von Kriegsbriefen deutscher Studenten vertreten gewesen war. Damals (seit 1915) war Harich in erster Ehe mit der Pianistin Margarete (Eta) Schneider verheiratet, die später (die Ehe wurde 1922 geschieden) als Professorin an der Berliner Hochschule für Musik wirkte, 1940 aber als »judenhörige politische Katholikin« (sie war Mitglied des Friedensbundes deutscher Katholiken gewesen) entlassen worden und nach Japan emigriert war, wo sie mit Richard Sorge, der in der »Frankfurter Zeitung« über sie schrieb, in Verbindung war.² Aus dieser Ehe stammte Wolfgang Harichs Halbschwester Susanne Kerckhoff, die schon früh (vor 1945) als Romanautorin auf den Spuren ihres Vaters wandelte, nach 1945 vor allem als Lyrikerin und Publizistin unter Paul Rilla im Feuilleton der »Berliner Zeitung« auffiel und 1950 Selbstmord beging.

»Das Ostproblem«

Doch nun zum »Sarmatischen«, zu den geschichtlichen Strömen, zur Essenz der Arbeiten von Walther Harich, der vierundvierzigjährig in Wuthenow bei Neuruppin verstarb und *das* Ereignis seines 45. Geburtstags, den 30. Januar 1933, nicht mehr erlebte. Das Sarmatische sah Harich – ich folge der Schrift von 1922 – nicht isoliert, er sah es einerseits in der Perspektive, die sich in Europa vor genau 150 Jahren ergeben hatte, in der Folge der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation 1806. »Seit dem Hinsinken des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation hat es keine europäische Politik mehr gegeben. Die Heilige Allianz nach den napoleonischen Kriegen hätte ein erster Ansatz dazu werden können, aber sie entbehrte der tiefen Verankerung, blieb ein Kartenhaus, über dem kochenden Vulkan der Völker errichtet. Nicht gegen die Völker, nicht über, sondern allein mit den Völkern wird die kommende, die europäische Allianz errichtet werden müssen, wenn sie Bestand haben soll« (S. 126 f. der Schrift von 1922).

Andererseits waren es die Konsequenzen aus dem Ersten Weltkrieg und aus Versailles, die seine politisch-soziale Ortsbestimmung prägten. Die imperiale Politik Englands und des von ihr »verhetzten« (Harich) Frankreich entdeckte er in der von ihm eröffneten geschichtlichen Perspektive ebenso wie im zeitgenössischen europäischen Kontext, den er charakteristischerweise so definiert: »Westen, das ist der Inbegriff der Aufklärung, des Fortschritts, des Handels, des Kapitalismus, der Demokratie. Kurz alles dessen, was im Darwinismus seinen weltanschaulichen Ausdruck gefunden hat. Kampf ums Dasein als Lebensgesetz, die Welt als Beute ...« (S. 118).

2 Nach: Herbert A. Strauss, Werner Roeder: Central European Emigrés 1933-1945. Volume II/Part I, München, New York, London, Paris 1983, S. 458 f. Vgl. auch Harald Wessel: Ein Denker zwischen Dichternamen, in: Siegfried Prokop: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997, S. 303.

Beide Stränge schaute Harich zusammen in der Metapher vom »Turmbau zu Babel« (und tatsächlich hat er aus ihr auch eine bei Erich Reiß erschienene Dichtung »Der Turmbau zu Babel« hervor-gehen lassen). Und »Turmbau zu Babel« hieß für den Sarmaten »Weltimperiums-idee der Zivilisation, die in dem englischen Imperium ihren stärksten Ausdruck gefunden hat« (S. 132), und »Amerikanismus«, denn »in der Tat schien die Neue Welt mit ihrem Charakter einer grandiosen, alles Dagewesene übertreibenden Improvisation diese Turmbau-zu-Babel-Gesinnung am deutlichsten auszusprechen« (S. 134).

Gegen diese von ihm so beschriebenen Ströme der Geschichte setzte Walther Harich »die Umstellung unseres Gesichts nach Osten« (S. 117), was »eine Tatsache von europäischer Wucht« (ebenda) wäre und was die heutigen Politologen mit dem pejorativen Begriff des »deutschen Sonderweges« belegen würden. Diese Orientierung hat für Harich, der beredt für eine kräftige Aufwertung des in Wirtschaft und Politik nach seiner Meinung vernachlässigten Ostpreußen, überhaupt der ostdeutschen Territorien, eintrat, wiederum zwei Seiten, die aktuelle und die kulturgeschichtliche. Die aktuelle wird (1922!) auf den gerade von Joseph Wirth und Walter Rathenau abgeschlossenen Vertrag von Rapallo bezogen, es wird aber sogleich davor gewarnt, daß ein »Bündnis mit Rußland oder der in Genua gezeitigte Handelsvertrag ... schon Ostorientierung bedeutete« (S. 117). Dies wäre nur der vordergründige Aspekt, der für Harich ohnehin dahingehend belastet erscheint, daß »Rußland« vom »atomisierenden Geist des konsequenten Marxismus« (S. 123) beherrscht werde. Das müsse man natürlich bedenken, wenn »es gilt, unsre Betriebe auf die Bedürfnisse des Ostens einzustellen, die höchstentwickelten, die intensivsten Formen der Wirtschaft so nahe als möglich an Rußland heranzutragen« (ebenda) und zugleich mit dem antikapitalistischen Modell der deutschen »Arbeitsgemeinschaft« von Unternehmern und Arbeitern dem sozialistischen Experiment, für das er insonderheit Lenin und Trotzki als verantwortlich nennt, entgegenzutreten.

Der sarmatische Visionär war freilich doch Realist genug, um hinzuzufügen, daß das »große Bündnis von Deutschland und Rußland« Stabilität nur besitzen könne, wenn »wir uns darüber klar werden, daß unsre Politik nicht wieder Rußland in eine europafeindliche Stellung hineinzwingen darf, wie es durch unser Bündnis mit den Türken und die Randstaatenbildung von Brest-Litowsk geschah« (S. 128). Weniger realistisch ist freilich das, was an dieser Stelle an territorialen Träumereien beschworen wird (worauf noch zurückzukommen ist).

Es verwundert nicht, wenn für Harich Ostorientierung mehr war als das, was wir aus seinen viel detaillierteren realpolitischen Überlegungen angeführt haben. Sie bekam ihre eigentliche Prägung erst in Verbindung mit der kulturgeschichtlichen, der geistesgeschichtlichen Perspektive, letztlich also mit der »russischen Seele« (S. 134). Sie sei schließlich »das einzige Gegengewicht gegen *den Amerikanismus*« (ebenda). Daher: »Die Wiedergeburt, die uns kommen muß, wird nur durch die Berührung mit der russischen Seele möglich sein« (ebenda).

Diese »russische Seele« entdeckte Harich wie viele seiner Zeitgenossen bei Dostojewski,³ vor allem aber in der russischen Orthodo-

3 Gerd Koenen: Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005, vor allem S. 348 ff. In dem Buch Koenens ist die Schrift Walther Harichs nicht erwähnt.

xie, in der russischen orthodoxen Religionsphilosophie. In ihr sah er nicht nur das Gegengewicht gegen den Amerikanismus (wie auch gegenüber der von ihm problematisierten Aufklärung), sondern gleichermaßen gegen den Bolschewismus, dem er freilich Elemente zuordnete, selbst seinen dem der Raskolniki verwandten »Radikalismus« (S. 60), die ihn, den Bolschewismus, gleichsam in eine »nationalrussische Tradition« hineinstellen. Letztlich werde im »eigentlichen Kampf zwischen ›Xerxes‹ und dem ›Heiland‹, um uns Ssolowjows Frage zu erinnern«, das »östliche Christentum« vorn sein (S. 62).⁴ »Nur aus einem wieder und neu erstehenden Rußland wird sich über Trümmerfeldern die Idee des christlich-europäischen Kulturkreises am Rand der Jahrtausendwende erheben. Dann wird sich herausstellen, daß auch der Bolschewismus, der als die erschreckendste Form der Gottlosigkeit und naturalistischen Begriffsbildung begann, nur als Schrittmacher Gottes auf Erden diene. Wahrlich, der grandioseste Umweg, den die Weltgeschichte je gemacht!« (Ebenda.) Ausdrücklich hatte Harich hinzugefügt, dieses »neu entstehende Rußland« dürfe jedenfalls kein »im alten Sinne zaristisches« sein.

»Östliches Christentum«

Diese Prophezeiung eines solchen »grandiosen Umwegs« war 1922 angesichts einer noch nicht gefestigten Sowjetmacht sicher nicht so illusorisch, wie sie es fünfzehn Jahre später gewesen wäre. Gewagt war sie aber doch, und so abwegig war sie wiederum auch nicht, wenn man all das beobachtet hat, was nach 75 Jahren Sowjetmacht in den neunziger Jahren zu registrieren war und was einer gewissen Renaissance der Orthodoxie gleichkam, wiewohl nicht in dem Ausmaß und nicht mit der spirituellen Tiefe, an die Walther Harich gedacht hatte.⁵

Immerhin war aber in weiten Teilen Rußland eine Tendenz zur »Rechristianisierung« eher festzumachen als in der ehemaligen DDR, wo es die Kirchen, die gehofft hatten, daß ihr Engagement zugunsten der Bürgerbewegungen eine entsprechende Würdigung finden werde, statt dessen mit der sozusagen fugenlosen Fortsetzung des Vordringens des Säkularismus zu tun bekamen.

In diesem Zusammenhang muß eine zusätzliche Bemerkung dazu gemacht werden, wie das Buch in den zeitgenössischen Kontext einzuordnen war. Sicherlich ist es vordergründig als eine originelle zeitgeschichtliche Anmerkung zu Rapallo und den Folgen gelesen worden. Aber auch die geistesgeschichtliche Intention des Verfassers des »Ostproblems« ist zur Kenntnis genommen worden, vor allem in dem Mitte der zwanziger Jahre auch bei C. H. Beck erschienenen zweibändigen Werk »Östliches Christentum«, herausgegeben von dem protestantischen Theologen jüdischer Abstammung Hans Ehrenberg und von dem russischen orthodoxen Philosophen Nicolai von Bubnoff (dessen Bruder Serge übrigens in den fünfziger Jahren Ordinarius für Geologie an der Berliner Humboldt-Universität und Nationalpreisträger war). In diesem Buch, das nach und nach als Standardwerk aufgenommen und dem Ende der achtziger Jahre zur Jahrtausendfeier der russischen Orthodoxie große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, etwa von Wolfgang Ullmann, war Walther Harichs Buch eines der ganz wenigen zeitgenössischen, das als ergänzende Lektüre angeführt wurde.⁶

4 Gerade an dieser Stelle erweist sich, wie Walther Harich im Zentrum des seinerzeitigen Diskurses stand. So hat der Anfang der zwanziger Jahre aus Sowjetrußland ausgewiesene orthodoxe Religionsphilosoph mit ursprünglich sozialistischen Neigungen Nikolai Berdjajew in seinem Aufsatz »Die russische religiöse Idee«, in: Paul Tillich (Hg.): Kairos. Zur Geisteslage und Geisteswendung, Darmstadt 1926, S. 463, ebenfalls diese Frage Ssolowjows an zentraler Stelle aufgenommen und hinzugefügt: »... Rußland ist nicht nur das Rußland Christi, sondern auch das Rußland Xerxes'. Es scheint eben, als habe Xerxes gesiegt. Darin besteht die Kompliziertheit unseres Schicksals. Für Europa und die ganze Welt ist es notwendig, die religiöse Wahrheit des Ostens anzunehmen.«

5 Man denke nur an den Wiederaufbau der 1931 zerstörten Erlöser-Kathedrale unweit des Kreml zwischen 1990 und 2000, an die Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche im gesellschaftlichen Leben (Militärgeistliche) und in der Kultur, an Elemente der Volksfrömmigkeit nicht nur bei den »Babuschkas«, sondern etwa auch bei Sportlern, die sich vor den Wettbewerben bekreuzigen. Zuletzt machte der Vorschlag des Dumaabgeordneten Alexei Mitrofanow, nach römisch-katholischem Vorbild, einen »orthodoxen Vatikan« (entweder im Umfeld der Erlöser-Kathedrale oder im nahe Moskau gelegenen Dreifaltigkeits-Kloster in Sergijew Posad, zu Zeiten der UdSSR Sagorsk) zu begründen (F.A.Z. vom 2. September 2006), Furore.

6 Hans Ehrenberg in Verbindung mit Nicolai von Bubnoff (Hg.): *Östliches Christentum. Dokumente* (Bd. I), München o.J. (1925), S. 374. Von deutschen Autoren, die nach 1917 wichtige Arbeiten veröffentlicht haben, sind dort außer Harich nur Karl Nötzel und Alfons Paquet genannt.

7 Der Rapallo-Komplex, also die Puffersituation Polens zwischen Rußland, der UdSSR, wieder Rußland und Deutschland, ist ein in der polnischen Diplomatie (zuletzt im Zusammenhang mit der Ostsee-Pipeline) und in der öffentlichen Meinung Polens geradezu unauslöschliches Trauma. Ich erinnere mich, daß CDU-Zeitungen in den fünfziger und sechziger Jahren Protestbriefe von Journalisten der uns befreundeten links-katholischen PAX-Gruppe erhielten, wenn dort positiv über Rapallo geschrieben worden war. Der republikanische Verteidigungsminister Cohen unter dem demokratischen Präsidenten Clinton hat die Rapallo-Problematik sogar in einem Kriminalroman thematisiert (Berliner Zeitung vom 2./3. September 2006 – Magazin).

8 Erich Trunz: *Goethes Werke. Hamburger Ausgabe*, 1. Aufl. 1948 ff.

Es ist nun allerdings auf einen Aspekt der Schrift des militanten Publizisten hinzuweisen, der gewissermaßen als sein Kainszeichen erscheint. An *der* Stelle nämlich, wo er geopolitische östliche Träume anstellte, wies er Rußland die Ostseeprovinzen zu, unter Ausklammerung allerdings von Litauen, das er zuungunsten von Polen aufwertete, und Polen stellte er überhaupt zur Disposition.⁷ Weite Teile seiner Schrift waren von diesbezüglichen historischen Anmerkungen bestimmt, deren antipolnische Pointen nicht zu übersehen waren. Sicherlich hatte diese Position Walther Harichs mit dem Nationalismus von Piłsudski-Polen zu tun, aber die Einordnung in einen übrigens Litauen favorisierenden historischen Kontext war fragwürdig genug; etwas gemäßigter liest sich dies in einem literarischen Werk »Witowd und Jagiello«, das 1932 in Königsberg aus dem Nachlaß von Walther Harich von Anne-Lise Harich-Wyneken, der Mutter Wolfgang Harichs, und von Erich Trunz herausgegeben worden war (von Trunz, dessen spätere Goethe-Ausgabe⁸ in der Bundesrepublik nach wie vor viel benutzt wird).

Walther Harich 1922 und Wolfgang Harich 1956

Abschließend zu diesen Erwägungen erhebt sich nun doch die Frage, ob es denn in den Positionsbestimmungen Wolfgang Harichs nach 1945, zumal in den fünfziger Jahren, Elemente gibt, die mit der geschichtspolitischen Schau seines Vaters in irgendeinem Zusammenhang stehen könnten, wenn auch nicht deckungsgleich, dann doch im Ansatz des Nachdenkens. Auf der Suche nach solchen Ansätzen lassen sich manche entdecken (die literarischen seien hier ausgeklammert).

1. Wenn Walther Harich angesichts der gesellschaftlichen Krise nach 1918/19 mit zwanzig Millionen Deutschen in Not, für die »im westlichen Zivilisationskreis kein Platz« (S. 123) sei, und von der Notwendigkeit eines »Neu-Deutschland« (ebenda) spricht, dann denkt er – im Kontext von Rapallo und in dem seines geschichtlichen »Mythos« (ein Schlüsselwort Walther Harichs) – an ein »östliches »Neu-Deutschland«, dann geht er gezielt von der »Umlagerung Deutschlands nach dem Osten!« (S. 124) aus, was in Hinsicht auf die zeitgenössische Szenerie für ihn die »Arbeitsgemeinschaft« zwischen »Neu-Deutschland« und Sowjetrußland (einschließlich der von ihm ausgesprochenen Vorbehalte gegenüber dem Kommunismus) zur Folge hätte.

Es liegt nahe, Wolfgang Harichs Orientierung auf ein gesellschaftlich neu geordnetes Deutschland, erst des östlichen, dann des von ihm dezidiert erstrebten einheitlichen, für ihn gewissermaßen die Abnabelung von der Konzeption seines Vaters bedeutete; Abnabelung setzte aber die Befruchtung durch die »Ostorientierung« voraus.

2. Wenn Walther Harich trotz der »Umlagerung nach dem Osten« die »alte Aufgabe« Deutschlands, »Land der Mitte« (S. 137) zu sein, nicht vernachlässigte, also ausdrücklich davon sprach, daß »mit einem nicht unbeträchtlichen Teil unseres Wesens wir dem Westen verhaftet bleiben werden« (S. 137 f.), so sehen wir auch hier ein Tertium comparationis zu Wolfgang Harichs Haltung. Denn schließlich war er es, der in seinen philosophiegeschichtlichen Vorlesungen, in

seinem publizistischen Wirken und in seinen weitläufigen editorischen Arbeiten auf die ganze Fülle der klassischen europäischen Philosophie und Literatur orientierte, allerdings mit neuen Akzentuierungen, die den objektiven Notwendigkeiten nach 1945 geschuldet waren. »Land der Mitte« bedeutete für Wolfgang Harich, zumal 1956, daß er den Blick auf ganz Deutschland, auf ein ganzes »Neu-Deutschland« richtete, die historischen Bindungen mit dem Westen und die östliche Option versöhnend.

3. Eine merkwürdige Verbindungslinie zwischen Vater und Sohn gab es mutatis mutandis (und dies natürlich kräftig) in Hinsicht auf Polen. Nicht etwa, daß Wolfgang Harich die schroffe nationalistische Position seines Vaters, die seiner Verurteilung jeglichen Nationalismus, zumal des französischen und des polnischen, Hohn sprach, aufgenommen hätte. Im Gegenteil war er doch in enger Verbindung mit gleichgesinnten polnischen Intellektuellen, und es waren Harich und seine Freunde, für die die damaligen polnischen ideologischen Debatten prägende Bedeutung besaßen. Anfang 1956 war er auf der »Freiheits«-Konferenz der Akademie der Wissenschaften in Berlin an der Seite von Leszek Kolakowski, und noch auf der Heine-Konferenz im Herbst 1956 in Weimar traf er mit polnischen Wissenschaftlern und Journalisten (unter ihnen M. Ranicki, also Marcel Reich-Ranicki) zusammen. Nein, er hatte keine nationalistischen Ressentiments, aber im Memorandum für den Botschafter der UdSSR in Ostberlin, G. M. Puschkin, vom Spätherbst 1956 hat Wolfgang Harich im Interesse eines einheitlichen »Neu-Deutschland« Forderungen aufgestellt, die mehr als kühn waren, aber die Stimmungslage reformerischer DDR-Intellektueller trafen. Diese Positionen 1956 zu formulieren, war selbstredend wesentlich kühner als die immerhin auch nicht unbeachtet gebliebene Weigerung Johannes R. Bechers, zur Intellektuellenkonferenz 1948 ins polnische Wrocław zu reisen, und der Bericht über diese Konferenz ist im »Aufbau« 9/1948 dementsprechend mit »Bilanz von Breslau« (!) überschrieben (verfaßt von P. = Gerhart Pohl, dem letzten Sekretär Gerhart Hauptmanns und damaligen »Aufbau«-Redakteur, einem »alten« Schlesier).

Wörtlich heißt es in Harichs Memorandum »Zur Frage der Grenzregelung im Osten«⁹ u. a., daß die UdSSR in ihren Noten zur Deutschlandfrage stets auf das Potsdamer Abkommen von 1945 verwiesen habe, wo, wie Harich betonte, festgelegt sei, daß »eine endgültige Regelung der Grenzen Deutschlands erst im Friedensvertrag erfolge«. Von hier aus plädierte Harich einerseits für die »Wiederherstellung der Grenze, die bis zum Sommer 1939 zwischen der UdSSR und Polen bestanden hat«, was in seiner Sicht lediglich »eine Grenzverschiebung innerhalb des sozialistischen Lagers« bedeutete. Von da aus sah er die Chance für »eine entsprechende neue Grenzregelung zwischen Polen und der DDR«. »Dabei müßte die Volksrepublik Polen a) derjenige Teil von Südostpreußen, in dem bis 1939 polnische Bevölkerung ansässig war, b) das gesamte oberschlesische Industriegebiet ... als unentbehrliche industrielle Basis Volkspolens und c) ein breiterer Zugang zum Meer, als er 1939 bestanden hat, erhalten bleiben.« Die übrigen von Deutschland abgetrennten Gebiete, also größere Teile Pommerns, der östlichen Mark Brandenburg,

9 Wolfgang Harich: Studien zur weltgeschichtlichen Situation (1956) = Memorandum für Botschafter Puschkin, in: Siegfried Prokop: Ich bin zu früh geboren (wie Anmerkung 2), dort (Anlage 2: Zur Frage der Grenzregelung im Osten), S. 272 ff.

Schlesiens und Ostpreußens, sollten an die DDR übergeben werden. »Diese Maßnahme würde das deutsche Volk tief befriedigen, ... die sozialistische DDR zu einer Macht gleichen Ranges und annähernd gleicher territorialer Ausdehnung neben der Bundesrepublik machen.«

Noch kühner war ein anderes territoriales Gedankenspiel Wolfgang Harichs, der solches – wir hatten ein analoges bei Walther Harich entdeckt – von seinem Vater, jedenfalls formell, hätte übernehmen können. Er schrieb nämlich in seinem Memorandum, und damit war dieses und war sein Verfasser, wie die Dinge damals lagen, gerichtet: »In demselben Sinne und aus denselben Gründen könnte eine Rückgabe des Gebiets von Kaliningrad (Königsberg) von der UdSSR an die DDR in Betracht gezogen werden.« Also das Königsberg, für dessen Stärkung Walther Harich im »Ostproblem« ebenso eingetreten war wie in seinen publizistischen Arbeiten, zumal für ostpreußische Zeitungen.

Schließlich sollte noch ein 4. Gesichtspunkt wenigstens Erwähnung finden. Walther Harich hat in seiner Schrift wiederholt religiöse Züge (pseudoreligiöse, versteht sich) im Kommunismus fixiert, dies sogar personalisierend, wenn er (S. 127) vom »talmudbeschwerten Marxismus« bei Trotzki spricht. Wiederum im Memorandum seines Sohnes an Botschafter Puschkin ist zu lesen, daß die »stalinistische Ideologie ... eine Reihe ausgesprochen idealistischer, zum Teil sogar religiöser Elemente« aufweise, »die mit dem Marxismus nicht das geringste zu tun haben«.¹⁰

10 Ebenda, S. 267.

Es wurde hier an Walther Harich erinnert, zweifellos veranlaßt vom Gedenken an seinen Sohn, an das, was von Wolfgang Harich, dem ebenso reformerischen wie schöpferischen Intellektuellen, zumal 1956, theoretisch und praktisch in die Wege geleitet wurde. Allerdings könnte auch deutlich geworden sein, daß das Werk Walther Harichs trotz uns befremdlich anmutender Aussagen relevante eigenständige Elemente aufweist, die der Diskussion heute noch wert sind.

DIETRICH WAHL

Ernst Bloch über Möglichkeit und linke Diskurse

»Es gibt keine Alternative« – das ist Schlachtruf schlechter, konservativer Politik und Philosophie. »Eine andere Welt ist möglich« – dies ist eine Losung, die seit Jahren immer mehr Menschen aus allen Kontinenten zusammenführt. Ernst Bloch hat ein komplexes Instrumentarium für die Erkundung von Alternativen ausgearbeitet und dabei Verfahren der Möglichkeitsforschung bereitgestellt, die es auch heute noch verdienen, bedacht und angeeignet zu werden. Leben wir doch in einer Zeit, in denen Philosophen, Politiker wie ›einfache Menschen‹ die Implosion der sozialistischen Staaten Europas als Beweis dafür ansehen, die Geschichte sei zu Ende und Kapitalismus ihre Endstation. Fragt man nach Ursachen und Gründen jener Implosion, sieht man auch, wie von den kommunistischen Parteien im sozialistischen Lager seit den fünfziger Jahren im wachsenden Maße abgeschwächte und verklausulierte Varianten der Alternativlosigkeit verkündet wurden, in der DDR unter Honecker etwa die »Fortsetzung der bewährten Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Diese Haltung ist sicher auch mit der Vertreibung oder Inhaftierung kreativer Denker wie Ernst Bloch, Georg Lukacs, Wolfgang Harich in den fünfziger Jahren verbunden. Blättert man in dem Band »Ernst Blochs Revision des Marxismus« 1957, findet man unter den von Unverständnis strotzenden Argumenten gegen Bloch auch immer wieder Polemiken gegen seine Gedanken zur Kategorie ›Möglichkeit‹. Man bestreitet rundweg, daß es wichtig sei, sich tiefer mit diesem Problemkreis zu befassen. »Die marxistische Philosophie verleiht der Kategorie Möglichkeit keine solche Priorität, wie es Bloch tut ...«¹

Bloch eröffnet sein Kapitel über die Kategorie Möglichkeit in ›Das Prinzip Hoffnung‹ mit vier knappen Sätzen wie mit einem musikalischen Leitmotiv: »Wie oft stellt sich etwas so dar, daß es sein kann. Oder gar daß es anders sein kann als bisher, weshalb etwas daran getan werden kann. Das wäre aber selber nicht möglich ohne Mögliches in ihm und vor ihm. Hier ist ein weites Feld, es muß mehr als je befragt werden.«² So sind drei Leitgedanken zu weiterer Entfaltung eingeführt: – Unser Tun, unsere Praxis leben aus der Realisierung von Möglichem; – Dieses Mögliche muß im Objektiven selbst liegen, denn sonst wären unsere Ziele und Zwecke ja nur subjektives Wünschen; – Dieses Reich der Möglichkeiten blieb bislang wenig erforscht, am wenigsten die verschiedenen Schichten der Kategorie Möglichkeit.³ Erstaunlicherweise sehe ich gegenwärtig, wie viele Progressive und auch bekennende Linke diesen Bereich Blochschen

Dietrich Wahl – Jg. 1929; Prof. i. R., Dr. sc. phil.; 1949-1954 Studium Philosophie, Geschichte und Indologie an der Universität Leipzig, 1953-1957 Assistent bei Ernst Bloch, 1957-1964 Lehrtätigkeit Philosophie und Geschichte der Philosophie, 1964-1970; Wissenschaftsorganisatorische Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1970-1990 Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften dieser Akademie. Artikel und Bücher: gemeinsam mit H. Parthey: Die experimentelle Methode in Natur- und Gesellschaftswissenschaften 1966; Hrsg.: Ethische Probleme der Wissenschaft 1978. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Das Phaeas-Syndrom: Ringen um wirtschaftliche und politische Gleichheit, Heft 119 und 120 (September und Oktober 2000).

1 Wolfgang Förster:
Ernst Blochs Revision des
Marxismus, Deutscher
Verlag der Wissenschaften,
Berlin 1957.

2 Ernst Bloch: Das Prinzip
Hoffnung, Erster Band,
Aufbau-Verlag Berlin 1954,
S. 243.

3 Ebenda, S. 244.

4 »Durch ... Verweis auf
Morus ist es Saage mög-
lich, einen Begriff der politi-
schen Utopie zu entwickeln,
der explizit gegen Ernst
Bloch (Prinzip Hoffnung)
gerichtet ist. Denn nach
Saage kann man den Kern
des utopischen Diskurses
nur dann erkennen, wenn
man genau benennt, was
politische Utopien sind, und
nicht wie Bloch alles unter
den Begriff Utopie faßt:
vom Tagtraum über chilia-
stische Heilserwartungen
bis hin zu apokalyptischen
Vorstellungen und Mär-
chen.« Andreas Heyer:
Politische Utopien der
europäischen Neuzeit, in:
UTOPIE kreativ, Heft 151
(Mai 2003).

5 Ernst Bloch: Das Prinzip
Hoffnung, a. a. O., S. 245.

Philosophierens weniger und cursorischer beachten als seine Konzeptionen zu Hoffnung, Utopie, Front und seine konkreten politischen Verlautbarungen. Und es wird nicht selten übersehen, wie die Möglichkeitsproblematik mit solchen anderen Kategorien verschlungen ist. So warf Andreas Heyer unter Berufung auf Richard Saage in dieser Zeitschrift Bloch vor, den Begriff der Utopie unangemessen auszuweiten.⁴ Dieser Einwand geht an Blochs Anliegen gründlich vorbei. Der sieht in der politischen Utopie nur eine der Arten und Äußerungen der ›utopischen Funktion‹, die in aller Wirklichkeit und allen Bereichen menschlichen Tuns wühlt und wirkt, in Politik, Kunst, Technik, Philosophie und Religion ebenso wie in den Alltagsträumen. Dabei lotet er tiefer und fragt, wieso es überhaupt möglich ist, Besseres als das Wirkliche und Gegenwärtige überhaupt zu denken und anzustreben und wie sich bloßes Wunschenken, wie sich träumerische Kritik am Bestehenden unterscheiden lassen vom Bewußtmachen noch offener Möglichkeiten in Natur, Gesellschaft, Technik. Als erstes verweist Bloch darauf, es seien subjektiv und objektiv Mögliches auseinander zu halten.

Unterscheidung subjektbezogene und objektimmanente Möglichkeit
Mögliches oder Kannsein ist generell *partiell Bedingtes*. Es ist etwas, für das nur ein Teil seiner Ursachen, Gründe, Determinanten gegeben ist. Sind dunkle Wolken am Himmel, sagen wir ›Es ist möglich, das es bald regnet.‹ Schon seit alten Zeiten wurde gesagt ›Es wird möglich sein, daß Menschen fliegen.‹ Sie können darauf verweisen, daß wir begründet vermuten, bestimmte Ereignisse werden eintreten, weil viele der erforderlichen Bedingungen aktuell gegeben sind und weil wir wissen, die noch ausstehenden Faktoren sind auch irgendwo bereits real vorhanden. Wir wissen freilich (noch) nicht, wann und wie die noch erforderlichen Bedingungen hinzukommen werden. Solche Sätze können aber auch darauf verweisen, daß in der Realität selbst für diese Ereignisart ein ›nicht vollständig zureichender, also mehr oder minder unzureichender Bedingungsgrund vorliegt.‹⁵ Man mag aus verschiedenen Motiven solche Unterscheidung für nutzlose Sophisterei halten. Manche meinen, die Unterscheidung sei ja selbstverständlich, aber der Sache nach gehe es ja um das Gleiche. Immer beziehen sich ja unsere Möglichkeits-Urteile auf objektive Zusammenhänge. Das stimmt wohl und Bloch nennt deshalb beide Aspekte des Kannseins ›das sachlich-objektiv Mögliche‹ (im Unterschied zum bloß Denkmöglichen). Aber er verweist zugleich darauf, es macht eine gewichtige Differenz, ob die fehlenden Bedingungen für einen Vorgang primär in unserem momentanen Wissen oder primär in der Wirklichkeit selbst ausstehen. Wer nun meint, diese Differenz sei bedeutungslos, setzt (meist unreflektiert) zugleich voraus, daß in der Realität die verschiedenen Faktoren und Bausteine der Zustände jeweils irgendwo schon fertig vorliegen und nur noch gedanklich oder real zusammengeführt werden müssen. Dies ist aber Ausdruck eines mechanistischen Determinismus, mit dem Werden und Anderswerden nicht wirklich verstanden und bedacht werden können. Dies Denken wird dann zum Einfallstor für engstirnigen Dogmatismus auch bei dialektisch-materialistischen Ausgangspositionen. Gesetzmäßigkeit wird dann verstanden als notwendiger,

also einzig möglicher Pfad in die Zukunft. »Jede in der Entwicklung befindliche Wirklichkeit enthält verschiedene, oft einander gegensätzliche Seinstendenzen Eine der Möglichkeiten vermag sich zu realisieren, und zwar die, die sich ›in ihrer Entfaltung als die Notwendigkeit erweist.«⁶ Und Förster folgerte sogleich: »Der Begriff des ›objektiv-real Möglichen‹ ist eine inhaltslose, unreale Abstraktion ... ausgesprochen antimaterialistisch.« Mit solcher Denkhaltung war zugleich eine vorwiegend empiristische, deskriptive Vorstellung von Wissenschaft und dialektischem Denken verbunden. Rückblickend wird mir deutlicher als je, daß solch Empirismus und Praktizismus wesentliche Momente im stalinistischen Dogmatismus waren.

Wenn man die Unterscheidung von subjektbezogenen und objektimmanenten Möglichkeits-Aspekten ablehnt, dann erklärt man direkt oder indirekt jegliche Utopie – also den Entwurf von Realitäten, die über das bislang Gegebene hinausgehen – zum bloßen Wunschbild. Das erfolgt denknotwendig, weil man mit dieser Nichtunterscheidung Realisierungsmöglichkeiten nur im Rahmen des bereits gegebenen Wesens und Systems bedenken will und kann. Sir Karl Popper hat eine ganze Theorie aufgebaut, um offen Utopien als Wunschbilder und als Leitbilder für Totalitarismus zu diskreditieren, besonders sozialistische Konzepte.⁷

Andere sagen direkt, daß eine strenge Unterscheidung zwischen subjektbezogenen und objektiv-realen Möglichkeiten nicht sinnvoll und möglich sei, weil ja das ›Ding an sich‹ gar nicht zu erkennen ist. Für sie bleibt Möglichkeit bloß Denk-Modalität.⁸

Wie verschieden auch begründet wird, warum man nicht zwischen subjektbezogenen und objektiv-realen Möglichkeiten unterscheidet, stets verschließen sich solche Autoren damit einer konsequent historischen Betrachtung der Realitäten wie des Neuen.

Die Unterscheidung von sachhaft-objektgemäßen und objektiv-real Möglichem

Bloch gibt sich nicht damit zufrieden, beim Reden über sachlich-objektiv Mögliches differenzierte Bedeutungsgehalte zu zeigen. Er führt solche Bedeutungsunterschiede zurück auf zwei Schichten objektiver Möglichkeiten:

»Das sachhaft Mögliche bezeichnet das mehr oder minder ausreichend Bedingende in den Gegenständen selbst und in ihren Sachverhalten Das sachhaft Mögliche ist das sachhaft-partiell Bedingte gemäß dem strukturellen Genus, Typus, Gesellschaftszusammenhang, Gesetzeszusammenhang der Sache«⁹

»Das objektiv-real Mögliche umfaßt jene Gestalten, für die das Ganze ihrer inneren wie äußeren Bedingungen ... noch nicht gereift ist.« So gilt für die Welt als Ganzes: »Die Materie ist die reale Möglichkeit zu all den Gestalten, die in ihrem Schoß latent sind und durch den Prozeß entbunden werden.«¹⁰

Das Verb ›entbinden‹ kann die Vorstellung erwecken, etwas Vorgeformtes, zumindest in seiner inneren Struktur schon Determiniertes – etwa durch Erbinformationen oder Strukturgesetze –, werde freigesetzt, aus einer Bindung befreit, so wie in der Eichel der Genotypus des Eichbaums fixiert ist und im einzelnen Baum variantenreich sich verwirklichen kann. Diese Möglichkeitsform meint Bloch

6 Wolfgang Förster, a. a. O., S. 209.

7 Karl Raimund Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (1945); Das Elend des Historizismus (1957).

8 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 261.

9 Ebenda, S. 249, 251; Das sachhaft-objektgemäß Mögliche bedeutet das Feld von Variationen, das gemäß der Struktur der Dinge umrissen und eröffnet wird (ebenda, S. 255).

10 Ebenda. Vgl. auch die Unterscheidung von ›Nach-Möglichkeit-Seiendem‹ und ›In-Möglichkeit-Seiendem‹, ebenda, S. 223.

mit ›objektiv-realem‹ Kannsein ausdrücklich *nicht*. Er zielt darauf, daß mit jedem neuen Typus auch Bedingungen für weitere Typen geschaffen werden, die in früheren Entwicklungsformen der Mater noch nicht vorhanden sind. Sie sind latent in den früheren Stufen und für die späteren Gestalten Teile ihrer Bedingungen, die eben in ihrer Gänze objektiv noch unreif und unvollständig sind. Etwa Eiweiße in den ersten Lebewesen. Sie sind latent in der Welt anorganischer Substanzen vorhanden gewesen und sie bilden dann eine Grundbedingung für die Evolution des Pflanzen- und Tierreiches. So könnte man die ›sachhaft-objektgemäßen Möglichkeiten‹ auch als konkret-aktuell realisierbar bezeichnen, die ›objektiv-realen‹ dahingegen als allgemein-zukünftige Latenzen.

Diese Bestimmungen sind nur zu verstehen, indem man die Unterscheidung von ›Gegenstand/Sache‹ und ›Objekt‹ bei Bloch beachtet. ›Gegenstand/Sache‹ bedeutet dabei eine konkrete Entität, die anderen Entitäten oder einem erkennenden Subjekt gegenüber tritt, mit ihnen real und aktuell zusammenhängt. ›Objekt‹ hingegen bedeutet typushafte Entitäten (Klassen, Arten, Sorten) in ihrer Entwicklung, in ihrer Prozeßhaftigkeit, als Moment weiterer Veränderungen gesehen, also betrachtet nach den noch in ihm steckenden Entwicklungsmöglichkeiten. Verdeutlichen kann man sich das etwa in der dreifachen Betrachtung, die dialektisch-historische Materialisten den Kapitalismus unterziehen. Da ist zunächst die Untersuchung des ›Objekts‹ Kapitalismus als spezieller Typus, als gesellschaftliche Formation unterschieden von anderen Formationen. Die Funktionsweise von kapitalistischen Gesellschaften hat Marx klassisch im ›Kapital‹ unternommen. Ausgehend von der Keimzelle ›Warenproduktion‹ über die ›industrielle Warenproduktion‹ hin zum Zusammenhang vom jeweiligen Vergesellschaftungsgrad der Produktivkräfte und Produktionsverhältnissen und Überbauten werden die Funktionsweisen dieses Gesellschaftstypus untersucht. Und es wird deutlich, wie in dessen Elementen und Entwicklungsstufen jeweils sachhaft-objektgemäße Möglichkeiten liegen, die sich historisch entfalten und verändern. Es werden Voraussetzungen und Eingriffsmöglichkeiten deutlich, wie durchaus unterschiedliche Möglichkeiten dabei zu realisieren sind, aber auch, welche durch den Gang der Entwicklung objektiv ausgeschlossen sind. Das ermöglichte Marx und Engels dann auch im 19. Jahrhundert, wesentliche weitere Entwicklungsstufen und -varianten dieser Gesellschaft und ihrer Klassen zu prognostizieren – etwa das monopolkapitalistische Stadium, die Automatisierung der Produktion, das revolutionäre Potential.

Kapitalismus wird zweitens untersucht als Objekt, das Möglichkeiten produziert, durch die es überholt und aufgehoben werden kann. Im Kapitalismus reifen erst die objektiven Voraussetzungen für sozialistische Gesellschaften.

Aufbauend auf der Untersuchung der Objekte werden drittens existierende ›Gegenstände‹ wie kapitalistische Staaten oder das kapitalistische Weltsystem und ihre Elemente sachlich untersucht als Momente der jeweiligen nationalen und welthistorischen Situation und damit nach den herangereiften Möglichkeiten weiterer Entwicklungen im Rahmen des Gegenstandes ›Kapitalismus‹ oder darüber hinausstrebend. ›Gegenstände‹ sind also die Entitäten als bereits geron-

nene, bereits verwirklichte möglicher Formen; die ›Objekte‹ sind die Entitäten in ihrem Kann-Sein überhaupt, ihren verschiedenen möglichen Entwicklungen, Reifestadien und Varianten und über sich hinaustreibend. ›Gegenstände‹ nennt Bloch in manchen Zusammenhängen auch ›Gestalten‹ und ›Auszugsgestalten‹, die ›Objekte‹ entsprechend ›Substrat‹.¹¹ Aus der Unterscheidung von sachhaften und konkret-realen Möglichkeiten zieht er Schlußfolgerungen, die für die Wissenschaftstheorie ebenso bedeutsam sind wie für die politische Strategiebildung und Programmatik.

Die sachhaft-objektgemäßen Möglichkeiten der ›Gegenstände‹ sind weitgehend empirisch erkennbar und nachweisbar (natürlich nur gestützt auf Theorien). Es liegen ja schon Exemplare aus der Klasse vor, an denen man mögliche weitere Varianten erkennen kann. (Solch ein empirisch faßbarer Gegenstand war für Marx England im 18./19.Jh., waren USA und Deutschland für Lenin, und für uns sind es sozialistische Staaten des 20./21. Jh.) Objektiv-reale Möglichkeiten sind primär theoretisch zu erschließen und zu erkunden, erfordern rationale und künstlerische Phantasie. Diese unterschiedenen Schichten des Kann-Seins bedeuten aber eine echte Krux für Revolutionäre, wollen sie nicht zu Revoluzzern werden oder zu bloßen Reformern und Dogmatikern verkommen, die das Bestehende stützen und festhalten. Der Revoluzzer vertraut seinem Zukunftsentwurf übermäßig und unterschätzt die inneren und äußeren Realisierungsbedingungen des Neuen. Der Dogmatiker hingegen mißtraut einem Zukunftsentwurf, der vom Bekannten zu deutlich abweicht.¹²

Bloch bemüht sich, jenes Dilemma zu verdeutlichen und zugleich ihm zu entkommen. Er unterscheidet Wesenheit und Gewesenheit. Es gab immer wieder Versuche von Theoretikern, die sich auf Marx berufen, Wissenschaftlichkeit, Objektivität allein zu gründen auf bisher Gewesenes, Geronnenes, Manifestiertes. Das führte dann zu den unheilvollen Versuchen, das sowjetische Modell auf alle sozialistischen Staaten zu übertragen und zur Verdammung aller anderen Modelle als ›unmarxistisch‹, gleichbedeutend mit ›unwissenschaftlich‹. Es wurde mit solcher Haltung ja zugedeckt, daß es durchaus verschiedene Strategien und Taktiken gibt, die zu einer sozialistischen Gesellschaft führen können. Wenn objektive Möglichkeiten nicht voll erschöpfend zu erkennen sind, ist nur an der vordersten Front der Bewegung zu erkennen und zu entscheiden, was in der je konkreten Situation entsprechend weiterführt, optimal weiterführt. Dies anzuerkennen erlaubt erst Pluralismus in einer Partei zu praktizieren. Deshalb ist die theoretische Untersuchung der ›Front‹ – eines typisch Blochschen Begriffes – zugleich wichtig, um praktikistisches wie subjektivistisches Vorgehen zu vermeiden. »Es gibt utopische Ränder nicht nur des jeweils Seienden, sondern des gesamten bereits vorhandenen Seins und Werdens selber, die das vorhandene Wirkliche mit *objektiv-real Möglichem* umgeben.«¹³ Im objektiv-real Möglichen kann das Objektgemäß-Sachhaft-Mögliche in Realität umschlagen – in der Gesellschaft durch menschliches Handeln. Dieser Erkenntnis verweigern sich die Dogmatiker: »Den untrennbaren Zusammenhang von Möglichkeit und Notwendigkeit zu betonen ist erforderlich gegenüber der Auffassung von Ernst Bloch, wonach die ›Front des Prozesses‹ nicht von inhärenter Notwendigkeit erfüllt sei, sie nur Kontingenz aufweise.«¹⁴

11 Ernst Bloch: Experimentum Mundi, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 564, S. 155 f.

12 »Exakt erkannt und bestimmt werden kann vom Menschen nur die Wirklichkeit, sofern sie hinter uns liegt oder uns noch gegenwärtig umgibt. Ein anderes ›Sein‹ gibt es nicht und nur dieses Sein ist abbildbar. ... Das exakte Zukunftsbild beruht also auf Vorausberechnung ... Auf dieser Vorausberechnung beruht die gesamte sozialistische Planung.« (Ernst Blochs Revision, a. a. O., S. 314/315).

13 Ernst Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie, edition suhrkamp 3308, S. 102.

14 Ernst Blochs Revision ..., a. a. O., S. 209.

15 Ernst Bloch: Experimentum mundi, a. a. O., S. 89: »Solange der Mensch sein Interesse – anschauend kontemplativ – auf Vergangenheit oder Zukunft richtet, erstarren beide zu einem fremden Sein ... Erst wenn der Mensch die Gegenwart als Werden zu erfassen fähig ist, indem er in ihr jene Tendenz erkennt, aus deren dialektischem Gegensatz er die Zukunft zu schaffen fähig ist, wird die Gegenwart zu *seiner* Gegenwart.« (zitiert aus Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein, GA, II, S. 392)

16 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 216/217.

17 »Es ist ... die zentrale Leistung von Blochs »Schichten der Kategorie Möglichkeit«, die Unterscheidung zwischen dem »sachhaft-objektgemäß Möglichen« und dem »objektiv-real Möglichen« einzuführen, und d. h.: zwischen einer Unterbestimmtheit hinsichtlich (noch nicht) vorliegender Bedingungen und einer Realoffenheit des geschichtlichen bzw. natürlichen Prozesses.« (Enzyklopädie Philosophie, Hrsg. H.-J. Sandkühler, Stichwort »Möglichkeit«, Meiner Verlag, S. 868/869).

18 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 252.

Tatsächlich aber verweist Bloch mit seinem »Front«-Begriff auf den systematischen Zusammenhang von Möglichkeiten, Gesetzmäßigkeiten, Gegenwart und Handeln. »Die mit Marx gesehene vermittelte Gegenwart unterscheidet sich von der üblichen Gegenwart vor allem darin, daß sie der einzige und ausgezeichnete Zeitpunkt unseres Handelns ist.«¹⁵ Mit einem Rückgriff auf seinen Freund Georg Lukács betont er, daß menschliches Tun zu weltveränderndem Handeln dann wird, wenn nicht nur Vergangenheit und Zukunft, sondern zugleich das bereits Vorhandene und das erst Mögliche vermittelt werden. Mit der von mir bereits erwähnten Neigung dogmatischer Marxianer, Notwendigkeit mechanistisch, Wissenschaft empiristisch und dementsprechend gesellschaftliches Handeln als eine Art Rechenaufgabe und Ingenieurskunst zu betrachten, hängt wohl zusammen, daß in der Bannbulle über Blochs »Revisionismus« kaum über das Problemfeld »Entscheidung« geschrieben wird. Begriffe wie »Entschluß«, »Alternativen«, »Wahlmöglichkeiten«, »Gegenmodelle« werden nicht ernsthaft reflektiert. Der Gebannte aber bemerkt im Zusammenhang mit den Kategorien »Front, Novum, Ultimatum«: »Das Wissen, das der Mut und das vor allem die Entscheidung braucht, kann aber hierbei nicht die häufigste Weise des bisherigen haben: nämlich eine betrachtende. Das nur betrachtende Wissen bezieht sich notwendig auf Abgeschlossenes und so Vergangenes, es ist hilflos gegen Gegenwärtiges und blind für die Zukunft ... Das zur Entscheidung notwendige Wissen hat sinngemäß eine andere Weise: ... eine mit dem Prozeß gehende, die dem sich durcharbeitend Guten, das ist Menschenwürdigem des Prozesses aktiv-parteiisch verschworen ist. ... Was also ... dem Wissen der Entscheidung, der Entscheidung des erlangten Wissens zugeordnet ist, ist das konkret-utopische Korrelat in der realen Möglichkeit.«¹⁶ Zu Recht wird in der »Enzyklopädie Philosophie« die Unterscheidung der beiden Möglichkeitsschichten als die zentrale Leistung von Ernst Bloch hervorgehoben.¹⁷

Innere und äußere Bedingungen

Kreist die Untersuchung des Möglichen um das menschliche Handeln, wird von besonderem Interesse das Verhältnis von inneren und äußeren Bedingungen. »Anders-Seinkönnen zerfällt in Anders-Tunkönnen und Anders-Werdenkönnen. Sobald diese beiden Bedeutungen konkret unterschieden sind, dann tritt die innere partielle Bedingung als aktive Möglichkeit, das ist, als Vermögen, Potenz hervor und die äußere partielle Bedingung als Möglichkeit im passiven Sinne, als Potentialität.«¹⁸ Unter den »inneren Bedingungen« wird hier das aktive Können der Subjekte verstanden, unter den »äußeren Bedingungen« hingegen das »passive Getanwerdenkönnen« von Veränderungen in den Gegenständen und Objekten wie Subjekten.

Unterscheidet man so innere und äußere Bedingungen, sind Fragen systematisch zu untersuchen, die sich Menschen seit jeher gestellt haben: Müssen innere und äußere Bedingungen im gleichen Maße ausgereift sein? Kann man Defizite auf der einen Seite durch Überschüsse auf der anderen ausgleichen? Wo ist es wichtiger und vordringlicher einzugreifen, ins subjektive Vermögen oder in die gegenständlichen Bedingungen?

Solche Fragen stellen sich für Strategie und Taktik auch von politischen Akteuren. Bloch hat heuristische Prinzipien formuliert, solche Fragen zu beantworten und auch konkrete Antworten gegeben. Hier soll versucht werden, einige seiner Heuristiken für heutige Probleme fruchtbar zu machen.

»Die partielle Bedingtheit darf in keiner der beiden Bedingungsarten unter einen bestimmten Bruchteil sinken, sonst ist Überkompensierung durch die andere Bedingungsart selber unmöglich.«¹⁹ Dies richtet sich gegen revolutionären Putschismus. Solcher wird heute von manchen den Bolschewiki vorgeworfen, und man wirft die Frage auf: »Durfte denn Lenin eigentlich zur Oktoberrevolution aufrufen?« Nicht wenige Schlaumeier wissen heute, daß die schwache Entwicklung des subjektiven Faktors in Rußland und der Sowjetunion von vornherein einen dauerhaften Sieg der sozialistischen Umwälzungen unmöglich gemacht habe. Wieviel tiefergründiger argumentiert dagegen Fidel Castro: »Die Revolution kann nur durch ihre eigenen Fehler zerstört werden.«²⁰

»Der subjektive Faktor kann ohne Verflechtung, ohne Wechselwirkung mit den objektiven Faktoren – was nach Maßgabe der Reife der äußeren Bedingungen wirklich geschehen kann oder wenigstens in die Wege geleitet werden kann – am wenigsten wirken.«²¹ Diesen Hinweis scheinen gegenwärtig solche Linken in Deutschland adäquat aufzugreifen, die gegen eine Regierungsbeteiligung auf Länder- oder gar Bundesebene wettern. Für sie lassen die gesellschaftlichen Verhältnisse momentan nur faule Kompromisse mit Neoliberalen zu, was einzig und allein dazu führt, deren Politik mit durchzusetzen. Ernst Bloch würde ihnen wohl entgegenhalten, daß die revolutionären Kräfte in Totalopposition kaum lernen werden, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, noch breitere Schichten erreichen können. Der Ratschlag, nun nach der großen Niederlage das revolutionäre Wollen und Wissen im eigenen Kreise zu pflegen und für bessere Zeiten aufzubewahren, stellt eine Abwartehaltung dar, der die produktive Verflechtung mit dem gegenwärtigen Kampf und die Stärkung des subjektiven Faktors behindert.

»Das Anders-Tunkönnen ist nicht das Aufhebende, wohl aber das Umdeterminierende in allen Determinierungen; das Anders-Werdenkönnen ist nicht das Aufhebbare, wohl aber Lenkbare, Umdeterminierbare in allen Determinierungen.«²² Hier hebt Bloch nochmals hervor, daß sein Denken wie der historisch-dialektische Materialismus überhaupt, nichts mit Indeterminismus und Irrationalismus zu tun hat. Ins Praktische gewendet, erinnert es den politisch Tätigen, jeden handelnden Menschen daran, sein Anderstunkönnen ist selbst ein Moment des komplexen Bedingungsgefüges. Und spiegelbildlich: man kann das Störende, Hemmende, Unzulängliche nicht einfach zum Verschwinden bringen, aus den Determinationskomplexen herauswünschen. Man kann nur Bedingungen und Merkmale so umgestalten, daß andere, bessere Determinationen und Wirkungszusammenhänge entstehen. So denke ich zuweilen nach, was wohl Ernst Bloch zu Robert Kurz und seinen flammenden Aufrufen gegen »die Arbeit« sagen würde oder zu Büchern über das »Ende der Arbeit«. Arbeit in der und für die Gesellschaft können wir nicht aufheben, wohl aber von einer kapitalistischen Formbestimmtheit in eine

19 Ebenda.

20 Fidel Castro u. a.: Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Kai Homilius Verlag 2006, S. 62.

21 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 252.

22 Ebenda, S. 252/253.

sozialistische und – später einmal – in eine kommunistische umlenken und umdeterminieren.

Möglichkeitsfelder, Ungleichzeitigkeit, Pluralismus

Folgerichtig hebt Bloch wiederholt hervor, daß das Mögliche einen ganzen Bereich von Alternativen ausmacht. Es handelt sich um *Möglichkeitsfelder*, wie er sie für die verschiedenen Bereiche schildert. So ist nicht zufällig das Kapitel über Sozialutopien überschrieben ›Freiheit und Ordnung‹. Dabei wird die Linie ›Morus‹ nicht gegen die Linie ›Campanella‹ ausgespielt, sondern über mögliche Ursachen für die Betonung dieses oder jenes Aspektes ebenso reflektiert wie über Vor- und Nachteile der jeweiligen Vorstellungen über das Verhältnis dieser beiden Werte und Prinzipien. Heute ist die Rede von den Möglichkeitsfeldern und von der nach vorn offenen Geschichte in fast aller Munde. Doch wird leicht übersehen, daß man rasch in eine andere Denkrichtung zurückfallen kann. Immer dann, wenn Wirklichkeit und Notwendigkeit gedacht werden als Ketten und Summen von zwingenden und zufälligen Determinierungen, die eben nur eine bestimmte Realität zulassen, glaubt man rasch, die einzig richtige, alternativlose Lösung gefunden zu haben. Ernst Bloch hingegen arbeitete mit einem Begriff, der in der modernen Systemtheorie zentrale Bedeutung erhielt – ›Kontingenz‹. Es ist das *Feld* der Möglichkeiten zwischen dem Notwendigen und dem Unmöglichen, das von Dogmatikern rigoros unterbelichtet wird.

Auch unter Linken wird dem Andersdenkenden gern vorgeworfen, er sei dogmatisch und intolerant, weil er Gegenentwürfe ausschließt und verdammt, die sich bei komplexer und weitsichtiger Betrachtung als realistisch erweisen können. Oder man etikettiert Andersdenkende als unmarxistisch oder unwissenschaftlich, wenn sie mögliche Strategien vorschlagen, die nicht ins eigene Gesellschaftsmodell passen. In den Programmdebatten der PDS spielten solche globalen Vorwürfe ebenso eine überdimensionale Rolle wie jetzt bei der Vorbereitung einer Linkspartei in Deutschland. Solche Beschuldigungen mischen sich in die Diskussionen um ›Transformationskonzept‹ oder ›Revolutionskonzept‹, um die Beteiligung in Länderparlamenten, um ›bedingungsloses Grundeinkommen‹ oder ›bedarfsorientierte Grundsicherung‹. Kann man nun der Gefahr kräftezehrender Debatten entgehen, indem man sich des Urteils enthält und alle Denkmöglichkeiten gleichermaßen akzeptiert? Dann gelangt man wohl zu Beliebigkeit und Skeptizismus, man schwächt die Kampfkraft. Es geht also darum, sowohl unberechtigte Einengungen wie unsinnige Ausweitungen der gedachten Möglichkeitsfelder zu vermeiden. Bedenkenswert warnte Gerhard Zwerenz in seinem Artikel ›Blochs doppelte Revolte‹ vor programmatischen Einengungen bei Linken.²³ Die Aufgabe, gemeinsame Ziele vernünftig zu bestimmen, wird von Linken zu oft schlecht bewältigt. Wegen des dynamischen, komplexen und zukunfts offenen Charakters von Natur wie Gesellschaft gibt es freilich keine Patentrezepte, wie man es vermeidet, Möglichkeitsfelder zu überzeichnen. Es gibt aber Heuristiken, zuerst und vor allem die Orientierung, alles im Gesamtzusammenhang und in langfristiger Perspektive zu betrachten.

Gewichtige heuristische Hinweise Blochs für den Umgang mit Möglichkeiten ergeben sich aus seinem Konzept der ›Ungleichzei-

23 »Ich empfehle nun diese pragmatischen Konsequenzen, die Mandel aus der französischen Revolutionstriade sowie der Marxschen Forderung nach Aufhebung der Klassengesellschaft und der Selbstbefreiung des Menschen gezogen hat als Kernbestand eines sozialistischen Programms und warne vor dem Zwang weiterreichender Festlegungen.« Gerhard Zwerenz: Blochs doppelte Revolte, in: UTOPIE kreativ, Heft 144 (Oktober 2002).

tigkeit«. ²⁴ Damit will er die soziale Qualität von Verhaltensmustern und Denkweisen charakterisieren, die früher einmal adäquat oder progressiv waren, aber noch nicht realisiert, historisch noch nicht abgegolten sind, nur als Hoffnung, Tagtraum, Zerstreung oder auch als Schlachtruf reaktionärer Populisten weiterleben. Blochs heuristische Anregungen warnen davor, solche Verhaltensmuster, die nicht den eigenen Erkenntnissen oder den neuen Situationen entsprechen, frontal abzulehnen und sie aus dem Feld möglicher Kampfziele und Kampfformen auszuschließen, seien es Heimatliebe, Kosmetik, Tanz, Sport, Fitness, Individualität oder Kampf um mehr Arbeitsplätze, Europäische Union.

Blochs Ausführungen zur Kategorie ›Möglichkeit‹ sind auch als theoretische Begründung von Pluralismus und Bündnispolitik in Gesellschaften und in politischen Organisationen, vor allem Parteien zu lesen. Wenn die Sache selbst noch im Werden begriffen ist, müssen Handlungsziele elastisch und breit gefächert formuliert werden und die optimale Variante kann sich erst im gemeinsamen Handeln, in einem Lernprozeß ergeben. Und in diesem Lernprozeß gibt es verschiedene Sichten, Bewertungen auf den Prozeß, die im Meinungsstreit zu einer Entscheidung führen sollen. Systeme im Ungleichgewicht sind eben nicht berechenbar – wie auch neuerdings System- und Chaostheorie herausarbeiten. Dem Prinzip des Meinungsstreites haben die stalinistischen Parteistrategen nie widersprochen. Verbal wurde das sogar in Parteistatuten fixiert. Es kommt also offensichtlich auf die tägliche praktische Verwirklichung solchen Prinzips an. Dazu sollte man sich der verschiedenen theoretischen wie rhetorischen wie propagandistischen Fallen bewußt sein, die den produktiven Diskurs behindern und blockieren können. Und man kann Bloch auch so lesen, daß er mit seinem Philosophieren auch immer wieder solche Fallen markiert. Er macht darauf aufmerksam, mit einem engen Determinismusverständnis und Materiebegriff ist ganz schnell der Schritt getan vom ›bestmöglich‹ zu ›einzigmöglich‹. Es wird vorwiegend mit den Erfahrungen in der Vergangenheit argumentiert und kaum mit den Möglichkeiten, die in der Zukunft realisierbar werden können, wenn man mit Hilfe von Kompromissen weitere Teilbedingungen herbeiführen kann. Pluralismus fördernde Diskussionsbeiträge sind recht gut an der einschließenden oder anschließenden Kritik an anderen Positionen zu erkennen. In einem iterativen Herangehen stellt man zuerst die gemeinsamen Auffassungen heraus und stellt dann die noch bestehenden strittigen Fragen dar, auch auf die verschiedenen Erfahrungen der Partner verweisend. Man versucht den vernünftigen Kern anderer Konzeptionen zu erfassen und mit den eigenen Erkenntnissen zu vermitteln. ²⁵ Eine ausschließende Kritik lehnt andere Beschreibungen von Möglichkeitsfeldern eher in Gänze ab. Oft stützt man sich dabei auf schematische Analogien und oberflächliche Vergleiche. So ist es inner- und außerhalb der PDS gängig, das ›Transformationskonzept‹, das dem neuen Programm zugrunde liegt, mit der Politik der Sozialdemokraten gleichzusetzen. Regierungsbeteiligung der Linkspartei auf Länderebene wird generell und undifferenziert als neoliberale Politik diffamiert. Hardt/Negri fordern absolute Demokratie und werfen Kommunisten und Sozialisten in Regierungverantwortung grund-sätzlich ›Staatsvergottung‹ vor. ²⁶

24 Vgl. Roger Behrens: Aktualisierung des Ungleichzeitigen. Anmerkungen zur Prozeßlogik einer mehrschichtigen Dialektik, in: UTOPIE kreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

25 In der Diskussion um die Gründung der Linkspartei sind einige Papiere erschienen, die solch einschließende Diskussion praktizieren, etwa ›Programatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmdiskussion von Linkspartei.PDS und WASG‹ vom 23. Februar 2006; Michael Brie, Christoph Spehr: Was ist heute links? Reihe »kontrovers« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heft 1/2006; Harald Pätzold: Wo ist das Problem? Parteiprogramm oder Gründungsmanifest, Disput 17, März 2006.

26 Michael Hardt, Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Campus Verlag 2002; Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Campus Verlag 2004.

27 Sarah Wagenknecht: Kapitalismus im Koma. Eine sozialistische Diagnose, edition ost 2003, S. 122.

28 »In das Mitregieren ist in erster Linie eine Minderheit (Senatoren, Fraktion, Bürgermeister, Mitarbeiter)

einbezogen. Oder anders formuliert: die damit verbundenen neuen Erfahrungen und Einsichten, Lernprozesse und Kompetenzgewinne betreffen zunächst nur einen relativ kleinen Kreis. Nicht die gesamte PDS und ihr Umfeld sehen sich gleichermaßen durch die Regierungsverantwortung gefordert. Daraus können und entstehen tatsächlich, wie sich gerade auch in Berlin zeigt, *Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungs-räumen der PDS-Mitgliedschaft*. Mehr noch – oft entstehen durch die Regierungsbeteiligung erst einmal neue inhaltliche Klüfte in der Bewertung der Ergebnisse der Regierungsbeteiligung und oft auch ihres Sinns und Zwecks.« (Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 22, Karl Dietz Verlag Berlin 2005, S. 65).

Bloch zeigt auch: wegen der Breite der Möglichkeitsfelder und wegen der unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen ist ein Spannungsverhältnis zwischen Theoretiker und Politiker und zwischen verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen vorprogrammiert. Es kann nur ausgehalten und ausgetragen werden, wenn von allen Beteiligten solche Hintergründe erkannt werden und so die unterschiedlichen Standpunkte als primär objektiv bedingt (und möglich) anerkannt werden. Programmatische und strategische Differenzen aber aus Charakterschwächen (natürlich immer der anderen) zu erklären, hat schon immer dem gemeinsamen Kampf geschadet. So wurde etwa die Regierungsbeteiligung in Berlin mit dem Ehrgeiz Gregor Gysis ›erklärt‹.²⁷

Blochs Herangehen könnte auch helfen, den Pluralismus weit produktiver zu gestalten, als heute noch gegeben. Pluralismus bedeutet nicht Einigung auf kleinstem gemeinsamem Durchschnitt der Meinungen, sondern das Recht, die Möglichkeiten im Möglichkeitsfeld unterschiedlich zu akzentuieren. Für das Handeln aber gelten Mehrheitsbeschlüsse. Manche linke Gruppierung pflegt freilich die negativen Aspekte der Politik anderer Gruppen, auch von Mehrheiten, hervorzuheben und ihre positiven Ergebnisse zu verschweigen oder kleinzureden. So geschieht es seit Monaten mit der Beteiligung der Linkspartei.PDS an Länderparlamenten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie von Rolf Reißig verweist darauf, daß alle Beteiligte lernen müssen, mit der Regierungsbeteiligung umzugehen.²⁸ Solcher Lernprozesse an der je aktuellen Front des Geschehens bedarf es, damit wir eine mögliche neue Welt verwirklichen können.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Ich weiß wirklich nicht, welche Aufregungen wir aus dem Endquartal 2006 mit in das neue Jahr geschleppt haben werden. Vielleicht wird, was uns und die Zeitungen im Dezember beschäftigte, im Januar schon wieder vergessen sein. Alle paar Tage wird eine neue Sau durchs Dorf gejagt. Da ist es schwer, den Überblick zu behalten. Mindestens so schwer, wie den Überblick über nahöstliche Vorgänge und Entwicklungen. Dennoch ließen sich in diversen Berichterstattungen auch während dieses Berichtszeitraums wiederum sehr schön die unterschiedlichen Interessenlagen erkennen. Die an sich sind ja nicht illegitim, problematisch wird es nur, wenn sich nicht dazu bekannt wird. Aber das uralte Jovi-und-Bovi-Spiel kommt offenbar nie aus der Mode. Als die libanesische Opposition in der ersten Dezemberwoche des vergangenen Jahres in Beirut auf öffentlichem Platze gegen die Regierung demonstrierte und diesem Protest auch Nachdruck verleihen wollte, indem sie Zelte aufschlug und dort nächtigte, dachte natürlich jeder einigermaßen erinnerungsbereite Zeitungsleser an die Ukraine, an die »orangene Revolution«, an die Zeltstadt in Kiew. Doch die Berichterstatter aus dem Libanon dachten merkwürdigerweise überhaupt nicht mehr daran. Diese Gedächtnisschwäche liest sich in der *Berliner Zeitung* so: »Auf dem Platz der Märtyrer, dem zentralen Platz in Beirut, kriechen die ersten Demonstranten aus den Zelten. Es ist die zweite Nacht, die sie dort verbracht haben.« Wie damals in Kiew? Kein Wort davon. Und das liegt zum Teil auch an den Sponsoren (nicht der Zeitungen, der Zeltler): In Kiew waren sie Kostgänger von Soros, in Beirut sind sie Kostgänger der Syrer. Soros wird von den Leitmedien gemocht, Assad nicht.

Ja, ich weiß, eigentlich ist alles viel diffiziler, und eigentlich müßte alles viel differenzierter dargestellt werden. Doch unterschiedliche

Maßstäbe sind ja gang und gäbe. Und die daraus resultierende Eier-
tänze sind es auch. Auch hier um die Ecke. Wenn sich zum Beispiel
die Kossovaren von Serbien trennen wollen, ist das begrüßenswert,
wenn die Abchasen von Georgien fortwollen, ist das von Moskau
inszenierter Separatismus. Über derlei Politikerdialektik müssen wir
uns nicht wundern, verwunderlich ist da eher, daß die Zeitungen die-
ses Spiel meistens mitspielen und ihren Lesern so wenig behilflich
sind, die verschiedenen Interessenlagen auseinanderzufitzeln. Aber
auch Verleger haben Interessen.

Da ist es immer wieder erquickend, den alten Scholl-Latour zu
hören (oder zu lesen). Dessen Lieblingsmaxime lautet bekanntlich:
»Hütet euch vor alten Männern, denn sie haben nichts zu verlieren.«
Dieser Maxime folgend, bringt er so manchen Redakteur oder Inter-
viewer ins Schwitzen. Zum Beispiel den Kollegen Jörg-Christian
Schillmöller vom *Deutschlandradio*.

Der nämlich hatte Scholl-Latour zum Tode des russischen Spions/
Geschäftsmanns/Agenten/Aufklärers/Putin-Gegners Litwinenko zu in-
terviewen. Doch Scholl-Latour hielt sich nicht lange bei der Bond-Story
auf, sondern befand, nur das Tötungsmittel sei eine Novität, ansonsten:
»Daß Agenten, die die Seite gewechselt haben, umgebracht werden, das
ist in der Vergangenheit, auch zur sowjetischen Zeit, auch zur russi-
schen Zeit passiert, das passiert aber, seien wir ganz ehrlich, in anderen
Ländern auch, nur redet man dann weniger darüber ... Er war ja je-
mand, der Staatsgeheimnisse ausplauderte, und machen wir uns nichts
vor, andere Mächte agieren auch so. Die Bundesrepublik ist ja noch im
Zustand der Nachkriegstugend und würde so was nie begehen, aber an-
dere Staaten mit denen wir verbündet sind, tun das auch.« – Und ob-
wohl Schillmöller immer wieder Scholl-Latour auf der russischen Spur
halten wollte und in diese Richtung insistierte, konnte er seinen Ge-
sprächspartner, der die Nato-Tagung in Riga eine Provozierung Ruß-
lands genannt hatte, nicht davon abbringen, auf den sich abzeichnenden
neuen Kalten Krieg zu sprechen zu kommen: »Wir haben mit den Rus-
sen den Kalten Krieg beendet. Aber warum muß nun unbedingt jedes
Land, das der Europäischen Union beitrifft, nun auch noch in die Atlan-
tische Allianz hinein?« In Georgien, das total auf Amerika ausgerichtet
sei, werde die Armee auf Nato-Standard gebracht, »als stehe ein neuer
Kalter Krieg bevor«. Gefragt, ob er (Tonfall) »etwa« Putin verteidige,
reagierte Scholl-Latour: »Also ich würde niemals von Putin erklären, er
sei ein lupenreiner Demokrat, wie das der frühere Bundeskanzler getan
hat. Ich würde auch nicht wie der amerikanische Präsident, als er ihn
das erste Mal getroffen hat, sagen, ich habe ihm tief in die Augen gese-
hen und erkannt, daß das ein ordentlicher Kerl ist. Der Mann ist natür-
lich im Geheimdienst aufgewachsen und hat dort die Kunst der Täu-
schung gelernt, das war sein Beruf. Aber was Rußland im Moment
braucht, ist nicht unsere Form der parlamentarischen Demokratie, das
ist ja versucht worden mit der Perestroika und hat ein entsetzliches
Elend, ein entsetzliches Chaos ausgelöst, hat das Imperium zerstört.«

In der Rußlandberichterstattung der deutschen Presse ist der Kalte
Krieg (schon wieder oder immer noch?) unübersehbar. Doch daß ihr
der Saufaus, Privatisierungsgewinnler und Zerstörer der Union Jelzin
ganz offenbar lieber gewesen war als es heute der Autokrat Putin ist,
verwundert. Aber nur etwas.

Gunnar Winkler:
Die Region der neuen Alten.
Fakten und Positionen zur sozialen
Situation älterer Bürger in den
neuen Bundesländern 1990
bis 2005, Trafo Verlag Berlin
2006, 442 S. (29,80 €)

Alt war bzw. wurde man in der DDR wie in der Bundesrepublik. Gleich waren die Rentner- bzw. Senioren generationen jedoch nicht. All jene politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Unterschiede, die das Leben der Bewohner in DDR und BRD charakterisierten, prägten natürlich auch das »Rentnerleben.« Winkler formuliert präzise: »Es entstanden zwei deutsche Alter«. Während im Westen nach 1990 die Situation für die »neuen Alten« im Wesentlichen unverändert blieb, wandelte sie sich im Osten für die heutige Rentner generation mit dem Anschluss der DDR, der auch die überwiegend 1990 und schrittweise in den folgenden Jahren vollzogene Sozialunion beinhaltete, wesentlich. Im Osten entstand »eine neue – gewissermaßen dritte – Dimension der »neuen Alten«.

Mit denen im Westen haben die ostdeutschen Alten gemeinsam, dass ihr Leben geprägt ist durch zunehmende und sich angleichende Lebenserwartung, steigende Qualifikation, veränderte Bedürfnisstrukturen aufgrund zuvor erreichter Bedarfsbefriedigung.

Deutlich unterscheiden sich die Senioren in den neuen Bundesländern von ihren Altersgenossen im Westen jedoch durch ihre unterschiedliche Sozialisation. Winkler weist darauf hin, dass die heute Fünfzig- bis Achtzigjährigen in den neuen Bundesländern ihre schulische Ausbildung beziehungsweise ihre berufliche Positionierung in einem der beiden sich als Alternativen verstehenden deutschen Staaten erfahren haben. Zu diesen Unterschieden gehört auch, dass nur »die Menschen in der DDR – und ... die Rentner insbesondere – ein hohes Maß an sozialer Homogenität hinsichtlich der sozialen Schichtung, der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen, der Beschäftigung, der Einkommen, des Wohnens, der gesundheitlichen Betreuung usw. erlebt haben.«

Unterschiede zwischen Ost und West bestehen jedoch nicht nur in Erinnerungen und Erfahrungen, sondern auch als harte Tatsachen: Winkler zitiert aus dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001, nachdem in den neuen Ländern 19,3 Prozent der 50-60-Jährigen und 15 Prozent der über 60-Jährigen in Armut leben, dagegen 9,5 Prozent bzw. 10,5 Prozent im Westen. Die Unterschiede überwiegen ungeachtet der Sozialunion. Das ist das Resümee von Winklers umfassender Untersuchung der Veränderungen im Leben der neuen Alten Ostdeutschlands. Der Autor konnte sich dabei nicht nur auf ein umfassendes Zahlenmaterial der bundesdeutschen Statistik stützen. Winkler stand die einmalige Datenbasis der von ihm seit 1990 herausgegebenen Sozialreporte bzw. Altenreporte zur Verfügung, deren Angaben in Form von Tabellen und Graphiken reichlich in den Band Eingang gefunden haben.

Winkler hat die Fülle des Materials durch strenge Gliederung gebändigt und bietet es in dieser Publikation in vier Teilen dem Leser an: »Aufbruch und Wandel«, »Integration und Identifikation«, »Leben in den neuen Ländern« und schließlich »Generationenvertrag und Solidarvertrag«. Er behandelt Altersaufbau und Familienstruktur, Beschäftigung, Alltagskultur, Wertestruktur, religiöse Bindungen und die Haltung zu Ausländern genauso wie Einkommen, Vermögen und Erbe, Wohnung, Gesundheitssituation und Pflegebedürftigkeit, aber auch Alterssport, Kleingärten und Reisen. Die seit 1990 vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durchgeführten repräsentativen jährlichen Erhebungen erlaubten ihm zudem, über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren über Hoffnungen, Befürchtungen und Zufriedenheiten der ostdeutschen Rentner genauso klar und deutlich zu schreiben wie über die durch »harte Daten« belegten Veränderungen im Leben der ostdeutschen Senioren seit 1990.

Was in meinem Augen den besonderen Wert dieses Buches über die neuen Alten in Ostdeutschland ausmacht, ist zweierlei: Erstes der vielfach vorgenommene Vergleich mit der Situation der westdeutschen Alten und zweitens die umfassende Berücksichtigung des Einflusses der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auf die Situation der über 50- bzw. 60-

Jährigen. So stellt der Autor nicht nur fest, dass die Alten in Ost wie West immer länger leben, sondern auch, dass die ostdeutschen Alten ein deutlich größeres numerisches Gewicht haben als im Westen. Der Anteil der 50-Jährigen lag in Sachsen im Jahre 2003 bei 41,2 Prozent im Vergleich zu etwa 35 Prozent in Baden-Württemberg und Bayern. Das ist vor allem das Ergebnis der Abwanderung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Teil Deutschlands, wo es mehr und mehr gut bezahlte Arbeitsplätze gibt. Völlig zu Recht ist dieser Übersiedlungswelle, obwohl sie auf den ersten Blick mit den Alten nichts zu tun zu haben scheint, ein Abschnitt des Buches gewidmet.

Von besonderem Interesse für Leser jeden Alters dürfte Gunnar Winklers ausführliche Stellungnahme zur Diskussion um den Generationenkonflikt sein. Der Autor vertritt die Meinung, dass sich die Generationsbeziehungen nicht auf monetäre Beziehungen zwischen Alt und Jung reduzieren lassen, sondern »die Vermittlung von Werten, Wissen, Erfahrungen« einschließen. Selbst wenn man sich auf die finanzielle Seite beschränkte, würde einseitig, d. h. nur bezogen auf Rentenhöhe und Staatshaushaltsdefizit diskutiert. Aber erstens würden nicht nur Schulden an die folgenden Generationen weitergegeben, sondern auch Vermögen, und zweitens finden innerfamiliäre Finanzleistungen in den Medien keinerlei Berücksichtigung. Diese gingen aber in weit- aus höherem Maße von Älteren zu Jüngeren als umgekehrt. So erhalten zwar 5 Prozent der Angehörigen, die 60 Jahre und älter sind, finanzielle Zuwendungen aus der Familie, für die Jüngeren sorgen 38 Prozent der ostdeutschen Alten mit Geldbeiträgen.

Insgesamt handelt es sich um ein ebenso spannend zu lesendes wie wissenschaftlich fundiertes Buch, mit dem Gunnar Winkler seinem im Auftrage der »Volkssolidarität« in den Sozial- und Altersreporten unternommenen, nunmehr anderthalb Jahrzehnte währenden Bemühen, die sich im Osten vollziehenden Veränderungen darzustellen und kritisch zu begleiten, die Krone aufgesetzt hat.

JÖRG ROESLER

Falko Schmieder:
**Ludwig Feuerbach und der
 Eingang der klassischen Fotogra-
 fie. Zum Verhältnis von Anthro-
 pologischem und Historischem
 Materialismus, Philo-Verlag
 Berlin-Wien 2004, 528 S. (48 €)**

»Es gibt keinen andern Weg für euch zur *Wahrheit* und *Freiheit*, als durch den *Feuerbach*. Der Feuerbach ist das *Purgatorium* der Gegenwart.« Lange Zeit galt dieser Satz von 1843 als ein Bekenntnis des jungen Marx zu seinem philosophischen Erwecker. Bis die Forschung ihn 120 Jahre danach als anonyme Selbststilisierung des Gepriesenen entschlüsselt hat. Für den Offizial-Marxismus, der in der Zwischenzeit zur Staatslehre eines Imperiums aufgestiegen war, eine belächelte Anekdote. Ein Zeichen der Hybris jenes wohl tapferen Religionskritikers, dessen Denken jedoch weit hinter Hegels begrifflichen Reichtum zurück fiel und von den Klassikern der allein gültigen Weltanschauung längst »aufgehoben« wurde, d. h. erledigt war.

»Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie«. Wer kennt sie nicht, die schmale Broschüre von Friedrich Engels, die nahezu jeder DDR-Bürger mindestens ein Mal in seinem Leben lesen durfte, sollte, musste? Ob in Staatsbürgerkunde, im FDJ-Seminar, Parteilehrjahr oder den »Schulen der sozialistischen Arbeit« – Millionen lernten an diesem kanonischen Text des Marxismus die »Grundfrage der Philosophie« buchstabieren: Das Verhältnis vom Sein zum Bewusstsein, dessen materialistische Beantwortung jeden ML-Studenten über ganze Heerscharen verzweifelt suchender Denker ohne eigene Überlegung triumphieren ließ.

Heute hat sich auch das geändert. Marx und der kritische Denkanspruch des Historischen Materialismus sind verschwunden, zumindest aus dem öffentlichen Raum. Bei Fernseh- umfragen nach dem vermeintlich »größten Deutschen«, die zu heimlich unheimlichen Kampfabstimmungen mutieren, mag der Bärtige noch im Silberflor erscheinen. Doch das ist Show. Klassenkampf als Television und damit selbst nur ein Moment des Problems, das

man einst zu lösen versprach: der totalen Medialisierung des Lebens als Zeichen für den Triumph des schier unangreifbaren Kapitals, das sich seine Kritik noch als Bereicherung einverleibt.

Sollte vielleicht der Anthropologische oder »anschauende Materialismus« dem heutigen Massenbewusstsein adäquater sein, das Wissenschaft und Religion in einem »positiven Lebensgefühl«, in alltäglicher Vergötterung des Bestehenden vereint, genau so, wie es Feuerbach in seinen »Grundsätzen einer Philosophie der Zukunft« kommen sah? Und müsste dann nicht der Historische Materialismus noch einmal durch den Feuerbach hindurch, um seinen eigenen Konstruktionsfehler aufzudecken, den Grund des Fiascos im allzu schnellen, zu sicher geglaubten Triumph über den Vorgänger?

Diesen Fragen hat sich Falko Schmieder gestellt. »Ludwig Feuerbach und der Eingang der klassischen Fotografie« lautet der Titel seines Befundes. Die umfangreichste, klügste, schwerste und schwierigste Studie zum Feuerbach-Jahr 2004.

Schwierig, weil sie als Graduationsschrift den Regeln des Akademischen folgt: systematisch in der Anlage, allerklärend im Anspruch. Obwohl ihr Denkansatz ganz und gar akademisch ist, eher mit fragmentarisch-punktuellem Beobachtung zum Dialog anregend. So kommt es, dass die im Titel versprochene Wendung zur Fotografie erst auf den letzten 40 von 500 Seiten zur Sprache gelangt. Davor werden die Geschichte des Feuerbachschen Denkens von dessen Dissertation bis zu den Reformschriften von 1843/44 (unter Ausblendung der nachfolgenden 30 Jahre), Marx' Religionskritik und dessen Fetisch-Analyse des Kapitals sowie der Wandel des Projektionsbegriffs von Sigmund Freud über die Kritische Theorie bis zu Ernst Topitsch abgehandelt.

Der rote Faden dieses Potpourris: Marx habe Feuerbach erst über-, dann unterschätzt. Sein eigener Ansatz, die Religion aus der Kritik der irdischen Verhältnisse zu erklären, statt umgekehrt auf das Diesseits aus seiner jenseitigen Verklärung zu schließen, sei längst über Feuerbach hinaus gewesen. Doch habe seine und vor allem Engels' spätere Abrechnung mit dem Vorgänger dessen Modernität verkannt. Die Kritik an der vermeintlichen Praxis-Ferne

des nur »anschauenden« Materialismus habe den Marxismus blind gemacht für die eigene Fetischisierung der Praxis schlechthin, die er unkritisch von Feuerbach übernahm. Dessen Drängen auf den Vorrang des praktischen Lebens vor aller Theorie sei in die Formeln vom Primat des Seins vor dem Bewusstsein, der Basis vor dem Überbau etc. eingeflossen. Die Marx'sche Kritik konnte zwar das Bewegungsgesetz des Kapitals aus der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft ableiten, aber dennoch nicht die Katastrophen des 20. Jahrhunderts verhindern. Die Theorie des Waren-Fetischismus, die Schmieder als ihr Herzstück begreift, verkenne den eigentlichen Fetisch-Charakter der Waren, der weniger aus der Ökonomie resultiere als vielmehr aus der Projektion menschlicher Wünsche in die Dinge und deren Konsum als Ersatzbefriedigungen für gesellschaftlich nötige Veränderungen, als Surrogate ersehnter Gemeinschaft in der Mediengesellschaft.

Dies meint wohl auch die Rede vom »epochalen Wahrnehmungsumbruch« im 19. Jahrhundert, der auf jeder fünften Seite des Buches beschworen, aber leider nirgends definiert wird. Vielleicht kann man das Problem ja wirklich nur phänomenal umkreisen. Auf den letzten 40 Seiten tritt es am Gegenstand der Fotografie zutage. Mit deren Erfindung werde die Wahrnehmung technologisch verändert: Auf den Film gebannt erhielten die Dinge eine Aura, erscheine der Augenblick als Ewigkeit, suggeriere das Fotobild eine magische Präsenz, eine Anwesenheit des Abwesenden. Das mit wissenschaftlich-technischer Präzision Festgehaltene gewinnt eine Dimension des Religiösen, es wird zur Fixierung des »Unausprechlichen«, das nur der sinnlichen Gewissheit gegeben ist – des Hier und Jetzt, das schon im nächsten Augenblick vergeht und daher von Hegel als Sphäre des Scheins verworfen, von Feuerbach aber als die eigentliche Herausforderung des Geistes verteidigt wird.

Es erstaunt in der Tat, wie genau Roland Barthes Beobachtungen zur Fotografie als »Epiphanie der Referenz« (S. 475) mit Feuerbachs Drängen auf eine »unverfälschte« Anschauung übereinstimmen. Faszinierend auch der Nachweis, dass Feuerbachs »Bruch mit der Spekulation«, seine erste Hegel-Kritik, in dem gleichen Jahr erfolgt, in dem die von ihm gelesene Augs-

burger Allgemeine Zeitung erstmals von Daguerres Lichtbild-Technik berichtet – 1839. Daraus zu folgern, Feuerbachs Philosophie sei ein »theoretischer Reflex auf die neue historische Wahrnehmungstechnologie« (S. 449) klingt verlockend. Zumal Schmieder das Medium selbst als eine Praxis begreift, die mehr und mehr Bevölkerungsteile dazu verführt, ihr Leben festzuhalten, die Wirklichkeit fotografisch zu verdoppeln und sich tendenziell in diese Bilderwelt zu flüchten, die von Wünschen und Sehnsüchten erfüllt ist und schließlich in die Kulturindustrie unserer Tage mündet.

Diese Praxis und damit die Modernität der ihr verwandten Anschauung bei Feuerbach verkannt zu haben, sei das Versäumnis von Marx, das erst spät unorthodoxe Marxisten wie Walter Benjamin zu korrigieren versuchten. Zu spät, denn die begriffliche Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft vermochte nichts gegen deren sinnliche Wahrnehmung im Alltag, die Katastrophen waren nicht mehr aufhaltbar.

Eine fatale Diagnose, die noch Schlimmeres erwarten lässt. Aber vielleicht stimmt die Logik nicht ganz. Fotografie und Feuerbach, Technik und Philosophie, Kulturindustrie und Massenbewusstsein als ein einfaches Kausalitätsverhältnis zu verstehen, das greift denn doch zu kurz. Es sind Entsprechungen, deren Vermittlung durch ein Drittes, durch den »Zeitgeist« oder die Kultur(en) zu entschlüsseln wäre, um die Fatalität der Prozesse aufzubrechen.

Müssen denn Fotografie, Film oder Bild-Medien schlechthin eo ipso, aus sich selbst heraus Fetische produzieren? Dass die Reklamewelt der Wirtschaft Fetischarakter trägt, die Politik sich ihr im Werben um die Wählergunst immer mehr angleicht, das liegt auf der Hand. Nur fragt sich, ob dies an den technischen Medien selber liegt oder an deren Gebrauch? Ein Foto muss nicht die omnipräsente Scheinverfügbarkeit über jegliches Objekt der Begierde suggerieren, es kann auch eine ganz andere Nähe durch Distanz erzeugen. Das Foto ist kein Kurzschluss zweier Dinge: Zwischen Objekt und Apparat steht immer ein Subjekt, das die Perspektive wählt, auch dann noch, wenn es auf den Zufall setzt. Die Frage ist, ob dieses Subjekt sich zu erkennen gibt und inwieweit es gerade darin besteht, die Subjektivität des vermeintlich toten Objekts

zur Sprache zu bringen. Das geht sowohl manipulativ, indem man es in ein »magisches« Licht setzt, um die Gier nach seinem Besitz zu wecken, als auch phänomenal, wenn ich es selbst zum Leuchten bringe, in seinem eigenen Licht, seiner eigenen Würde, die sich jeglicher Nutzung entzieht.

Jeder kennt den einen Bildertypus aus den Werbemagazinen mit auswechselbaren Modepuppen und den anderen von Porträts verbrauchter Leute, die von der Schwere ihres Lebens gezeichnet sind und von denen dennoch eine merkwürdige Kraft ausgeht. Das eine ist Produkt jener Ästhetisierung, die dem Fotografen, dem Objekt und dem Betrachter zugleich ihre Individualität entzieht und sie zu einem Moment der allgemeinen Verdinglichung macht, die Marx etwas unglücklich als Warenfetischismus der kapitalistischen Produktion beschrieb, das andere eine Aufforderung zur ästhetischen Wahrnehmung: zur Schärfung aller Sinne für das, was mit und durch uns geschieht.

Beides ist mit der Technik möglich und beides liegt im Doppelcharakter des Feuerbachschen Materialismus: sowohl die ästhetisierende Bejahung des Hier und Jetzt als an sich schon »göttliche« Wirklichkeit, als auch die sinnliche Wahrnehmung des Wirklichen im »Dialog von Ich und Du«, der die Grenzen von Philosophie sprengt und zur Kunst tendiert.

Auch als Theorie ist die gedanklich geschärfte Anschauung durchaus nicht hilflos gegen den fatalen Selbstlauf der Kulturindustrie. In einer Zeit, da die Technik mit immer raffinierteren »Special Effects« immer rasantere »Action« zu inszenieren versucht, um die innere Leere im Leben ihrer Konsumenten für den Augenblick vergessen zu machen, kann sie nur dieses Machen hervor treiben, um die Magie, die Anziehungskraft der Scheinwelt zu entzaubern. Im Sog der Verdinglichung muss die Kritik an der dreifachen Subjektivität festhalten, die sie auszulöschen scheint: An der Technik selbst als vergegenständlichter Arbeit, die daran erinnert, dass die sinnliche Unmittelbarkeit der künstlichen Bilder eine industriell vermittelte ist. An den Machern der Bilder, die verschiedenen Intentionen folgen, und an der Mündigkeit ihrer Konsumenten, die selbständig mit dem geschauten Material umgehen

können. Wenn sie es können, wenn sie gelernt haben, die Bilder als Material zu betrachten.

Das wäre nichts Neues, fast altmodisch in Zeiten der Postmoderne, die freilich auch schon in die Jahre kommt. Marx hat genau das versucht: Die Subjekte hinter der objektiven Selbstverwertung des Wertes, dieses Dings der Dinge, wieder sichtbar zu machen. Und Brecht dasselbe mit seinem epischen Theater praktiziert, das den Zuschauer die eigenen Konstruktionen durchschauen ließ, um das kritische Anschauen selbst zum Genuss, zur lustvollen Praxis zu kultivieren. Wahrscheinlich würde er heute das Studium der BILD-Zeitung zum Schulfach erheben: um die Heranwachsenden gegen den Fetisch-Zauber der gemachten Bilder zu immunisieren.

Vielleicht ist der Kommunismus ja gar keine ökonomische Frage, sondern eine des befreiten Schauens, was das Gegenteil der »richtigen« oder gar wissenschaftlichen Weltanschauung meint. Eine Frage der vorurteilslosen Erfassung des konkreten, des wirklichen Lebens, wie es der frühe Marx mit Feuerbach erstrebt hatte. Immer nahe der Gefahr des Emphatischen, der Phrase, weil uns für das »Eigentliche« die Worte fehlen. Aber vielleicht müssen wir doch noch einmal durch diesen Feuer-Bach der offenen Fragen hindurch, um den Kommunismus als das Leben zu begreifen, das zu sich selber kommt und dafür keines Staates bedarf. Oder gibt es das nur in der Kunst?

Zu solch unzeitgemäßen Überlegungen anzuregen, ist das Verdienst der Studie von Falko Schmieder, der am 22. Oktober 2005 für seine Re-Lektüre der Marx'schen Feuerbachkritik mit dem David-Rjazanov-Preis des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition ausgezeichnet wurde.

JENS-F. DWARS

**Robert Kurz:
Das Weltkapital.
Globalisierung und innere
Schranken des modernen
warenproduzierenden Systems,
Verlag Klaus Bittermann
Berlin 2005, 480 S. (18,50 €).**

Der streitbare wertkritische Publizist Robert Kurz hat mit seinem »Weltkapital« eine umfangreiche politisch-ökonomische Schrift zur Globalisierung vorgelegt. Grundannahme ist dabei – wie auch in den anderen Schriften Kurz', etwa dem Bestseller »Schwarzbuch Kapitalismus« – die aus der marx'schen Krisentheorie abgeleitete absolute innere Schranke des Kapitalismus, die sich letztlich als Krise der abstrakten, d. h. wertbildenden Arbeit darstellt: Diese werde durch Produktivitätsfortschritte der dritten industriellen oder mikroelektronischen Revolution zunehmend obsolet. Durch diese Abschmelzung der Wertschöpfung stehe der Kapitalismus vor seinem Ende. Was als Globalisierung erlebt und beklagt werde, sei das finale Stadium dieses Zusammenbruchs.

Freilich lässt sich über diese Auslegung der Marx'schen Krisentheorie trefflich streiten; ein wesentlicher Knackpunkt dabei ist ja die Frage, ob die Produktion des relativen Mehrwerts, also die wertmäßige »Verbilligung« der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, den prozentuell steigenden Anteil des fixen zu Lasten des variablen Kapitals (nur dieses ist wertbildend) wettmachen kann. Für Robert Kurz ist klar: »Die Arbeitssubstanz und also die Wertmasse wird absolut so stark vermindert, dass eine Erhöhung des relativen Anteils des Mehrwerts daran nichts mehr nützt« (S. 221).

Im »Weltkapital« wird diese Entwicklung zwar vorausgesetzt, aber nicht eigentlich diskutiert; das Ziel dieses Buches ist auch ein anderes, nämlich die theoretische Analyse der Globalisierung, vor allem, was daran neu ist und sich von der bisherigen Internationalisierung der Weltwirtschaft unterscheidet. Es sei vorausgeschickt, dass dies im Wesentlichen gelungen ist; einige interessante Thesen sollen hier stellvertretend kurz angerissen werden.

Kurz liefert eine kritische Auseinandersetzung mit der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein. Es streicht hervor, dass der Kapitalismus von Anbeginn als Weltmarktssystem fungiert und gerade dadurch die Nationalstaaten hervorgebracht habe: »Es fand also nicht ein allmählicher und geradliniger Aufstieg von lokalen und regionalen Märkten zu nationalökonomischen Binnenmärkten statt, sondern genau umgekehrt brach unmittelbar der Weltmarkt katastrophisch über die agrargesellschaftlichen Strukturen und deren begrenzte Märkte herein, um dann als Folge (statt als Ursache) dieser Entwicklung gewissermaßen von oben die Bildung nationalökonomischer und damit nationalstaatlicher Strukturen zu erzwingen, die überhaupt erst eine weitere, daran anschließende Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise auf ihren eigenen Grundlagen ermöglichen« (S. 52). Der Staat habe sich quasi zwischen Unternehmen und Weltmarkt als Puffer geschoben, das Wirken der Betriebswirtschaften auf dem Weltmarkt sei über den Nationalstaat vermittelt gewesen. Durch Anwachsen der Produktivität sei das Kapital jedoch an die nationalen Grenzen gestoßen, weshalb es sich vermehrt am Weltmarkt orientiert habe.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch das qualitativ Neue an der Globalisierung beschreiben: seien im Fordismus und davor Auslandsinvestitionen durchweg Erweiterungsinvestitionen im Kontext einer großen globalen Expansionsbewegung des Kapitals gewesen, so habe sich dies ab den 1980er Jahren geändert: »hier findet der Kapitalexport unter den Bedingungen einer Kontraktion des globalen Akkumulationsprozesses statt ... der Kapitalexport ist wesentlich zu einer Funktion der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung geworden. Es handelt sich also nicht mehr um Erweiterungsinvestitionen, sondern um Rationalisierungsinvestitionen.« (S. 83 ff.). Das Kapital agiere nunmehr unmittelbar auf dem Weltmarkt, der Staat, bislang figurierend als Nationalökonomie, schrumpfe zu einer politischen Resthülle zusammen. Die Globalisierung zeige sich somit als Transnationalisierung der Betriebswirtschaften, wie am Beginn des kapitalistischen Weltsystems agieren die Unternehmen unmittelbar auf dem Weltmarkt – eine Instanz zur Domestizierung des Kapitals sei

nach dem Abschmelzen des nationalökonomischen Gewichtes des Staates allerdings nicht mehr vorhanden.

Interessant ist auch Kurz' kritische Würdigung von Rudolf Hilferdings »Finanzkapital«. Dabei erläutert Kurz die Bedeutung des Finanzkapitals für die Realakkumulation, wodurch klar wird, dass die Trennung in »schaffendes« und »raffendes« Kapital schon alleine aus diesem Grund völlig unhaltbar ist, ungeachtet der strukturell-antisemitischen Konnotation einer derart verkürzten Kapitalismuskritik. Die spekulativen Auswüchse des Finanzkapitalismus stellen sich nach einer Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitals als Krise der Realakkumulation dar, nicht umgekehrt. Die inneren Widersprüchlichkeiten des Kapitalismus bilden sich zwar phänomenologisch in der Zirkulationssphäre ab (Finanzmarkt), wurzeln aber im Kapitalverhältnis als solchem.

Kurz bleibt im »Weltkapital« bei der Analyse und gibt keine handlungsleitenden Ratschläge. Als allgemeines Ziel angesichts der Beschränktheit des Kapitalismus fordert er dessen Überwindung, statt – wie der globalisierungskritische Mainstream – lediglich innerhalb des kapitalistischen Formzusammenhangs von Arbeit, Staat und Geld Verbesserungen zu suchen: diese Strategie sei zum Scheitern verurteilt, lasse sich doch das Rad der Produktivkraftentwicklung nicht zurückdrehen.

Zu kritisieren an diesem Buch ist dreierlei. Erstens wäre – was den Umfang betrifft – weniger mehr gewesen: mitunter ist die Argumentation redundant, zu ausschweifend und so mancher Exkurs wäre vermeidbar gewesen. Gleiches gilt für die umfangreiche Verwendung wörtlicher Zitate: sie wollen illustrativ wirken, erscheinen aber oft als denunziatorisch. Zweitens ist, wie schon im »Schwarzbuch Kapitalismus«, auch hier wieder ein bisweilen über die Stränge schlagender polemischer Tonfall vorherrschend. Warum Robert Kurz damit sein Licht andauernd unter den Scheffel stellen muss, ist unverständlich. Drittens werden zentrale Begriffe der Marx'schen Lehre – abstrakte Arbeit, Fetisch, Werts substanz etc. – nur beiläufig im Text erwähnt bzw. erläutert. Mit der Marx'schen Theorie unbeschlagene Leser dürften wohl einige Male Schwierigkeiten beim Nachvollzug der Argumentation

haben. Dennoch sollte dieses Buch im gut sortierten Bücherregal zur Globalisierung nicht fehlen.

MICHAEL KATZMAYR

**Paul Martin Neurath:
Die Gesellschaft des Terrors.
Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, hrsg. von Christian Fleck und Nico Stehr, aus dem Englischen von Hella Beister, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2004 (29,80 €)**

»Es gibt eine weit verbreitete Ansicht, der zufolge faschistischer Terror eine vorübergehende geschichtliche Phase sei, die glücklicherweise nun hinter uns liege. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen, sehe den Terror vielmehr als tief in der Dynamik moderner Zivilisation und besonders moderner Wirtschaftsorganisation verwurzelt. Das Widerstreben, das Phänomen des Terrors in all seinen Implikationen rückhaltlos zu erforschen, ist in sich selbst ein unterschwelliges Symptom des Terrors.« Mit diesen Sätzen leitet Leo Löwenthal seinen 1945 geschriebenen Bericht »Individuum und Terror« ein, in dem er die ersten, damals bereits bekannten Häftlingsberichte über die nazideutschen Konzentrationslager auswertet. (Leo Löwenthal: »Individuum und Terror«, in: Schriften 3, Frankfurt am Main 1990, S. 163.) Symptomatisch und ebenso zynisch ist es, dass Löwenthals Text zwar 1946 in der Zeitschrift »Commentary« erschienen ist, aber erst fast vierzig Jahre später, 1982, im »Merkur« erstmals auf Deutsch veröffentlicht wurde. Bestätigt wurde damit Löwenthals Verdacht, dass man sich den Tatsachen des Terrors entziehe.

Auch Paul Martin Neuraths Studie über die Struktur und den Aufbau der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, schon 1943 fertig gestellt, ist erst jetzt in deutscher Sprache zugänglich – im Übrigen bisher mit wenig Resonanz. Einmal mehr scheint sich damit zu bestätigen, was Löwenthal als eine »psychische

Massenverdrängung« (Ebenda) bezeichnete. Neuraths Text »... liegen fast ausschließlich Erinnerungen des Autors zugrunde. Zusätzliches Material stammt aus Diskussionen mit vielleicht zehn früheren Mithäftlingen.« (S. 393) Vom 1. April 1938 bis zum 27. Mai 1939 war Neurath in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald als Jude und Sozialist inhaftiert. Der 1911 in Wien geborene Paul Martin Neurath ist Sohn des Philosophen Otto Neurath. Eine erste Promotion in Rechtswissenschaft schließt er 1937 ab; nach seiner Entlassung flieht er zunächst nach Schweden, emigriert 1941 in die Vereinigten Staaten. An der Columbia Universität in New York studiert er Sozialwissenschaften und promoviert mit »Die Gesellschaft des Terrors« (Prüfungsverfahren 1943; Einreichung der überarbeiteten Dissertation folgt erst 1951). Er ist Forschungsassistent bei Paul F. Lazarsfeld, später Professor für Soziologie am New Yorker Queens College; in Wien wird Neurath 1975 Honorarprofessor und leitet dort das von ihm gegründete Lazarsfeld-Institut bis zu seinem Tod 2001.

»Ich habe es als meine Aufgabe betrachtet, nicht zu schildern, was ich durchgemacht habe, sondern was für die Behandlung im Lager typisch ist« (S. 401), schreibt Neurath in seinem »Nachtrag« von 1943. Neuraths »Innenansichten« sind nicht Augenzeugenbericht, sondern eine präzise Studie über das »soziale Leben in den deutschen Konzentrationslagern« (so der Titel der eingereichten Dissertation): er versteht sich als teilnehmender Beobachter in der Position des beobachteten Teilnehmers. Der Terror des Lagerlebens wird konterkariert durch die soziologischen Probleme, denen sich die Sozialwissenschaften in den Vierzigern ohnehin gegenüber sahen: Wie ist soziales Handeln verstehbar, beschreibbar, veränderbar, wenn, bedingt durch Fordismus und totalitäre Organisation der Massen, die soziologischen Kategorien von Klasse, Familie, Individualität außer Kraft gesetzt scheinen? In diesem Grundproblem ist Neuraths Studie durchaus vergleichbar mit William F. Whytes soziologisch grundlegender Untersuchung »Street Corner Society« von 1943, in der das Sozialverhalten im Getto agierender Jugendbanden untersucht wurde. Auch hier ging es wie bei Neurath um zum Alltag werdende Gewaltverhältnisse.

Dass Neurath von den Lagern als Gesellschaft spricht, ist keineswegs nur Metapher oder Analogie: Neurath zeigt, weshalb die Lager nicht nur Teil der Gesamtgesellschaft sind, zeigt aber vor allem, weshalb die Lager gerade in ihrer Abgeschlossenheit die Gesellschaft überhaupt strukturieren. Die Organisation des Lebens im Lager spiegelt sich in der Organisation der Wärtersystems – im Konzentrationslager Buchenwald kann das heute noch an der Architektur des Geländes nachvollzogen werden. Gerade die grausame Alltäglichkeit des Lagerlebens lässt eine »mehr oder weniger strukturierte Gesellschaft« entstehen. »Individuen, Gruppen und ganze Häftlingskategorien finden ihren festen Platz auf einer sozialen Stufenleiter, die nicht weniger kompliziert und nicht weniger von Vorurteilen bestimmt ist als jenseits des Zauns, auch wenn sich die Kriterien, nach denen jemand bewertet wird, bis zu einem gewissen Grade von denen draußen unterscheiden.« (S. 197)

Zu berücksichtigen ist, dass Neurath weder über Vernichtungslager schreibt, noch über die Situation in den Konzentrationslagern nach 1941. Perfiderweise hatte Neurath deshalb mit seiner Studie weniger Erfolg als die Berichte über Massenmord und das Vernichtungssystem. Dabei gibt Neuraths Bericht detailliert Aufschluss darüber, inwiefern die Vernichtungslogik von Anfang an die Struktur und Ordnung des Lagerlebens bestimmte. Durchaus erinnert Neuraths Bericht so an die These Giorgio Agambens, nach der das Lager zur bestimmenden sozialen Figur der Gegenwart geworden sei. Doch Neurath ist hier mit seinen Innenansichten wesentlich präziser: »Wenn ... Menschen ins Konzentrationslager geworfen werden, dann sind sie dort nicht nur, weil man sie vom Rest der Welt absondern will, sondern auch weil sie als Individuen gebrochen werden sollen. Dieser Zweck wird nicht schon durch die bloße Tatsache der Internierung erfüllt, sondern ist ein langsamer Prozess, und die Häftlingsgesellschaft wirkt diesem Zweck in der Regel entgegen.« (S. 199) Die Praxis des Terrors ist es, den Menschen zu eliminieren, »ihn aus der Gesellschaft herauszuschneiden wie ein Stück faules Fleisch aus dem lebenden Körper« (S. 199). Aber innerhalb der Häftlingsgesellschaft »findet der Mensch wieder einen Sinn für seine Existenz ... Für Tau-

sende von Häftlingen besteht die Aufgabe nur darin, »durchzuhalten«, aber wenn die physische Existenz als solche ein täglicher Triumph über Hölle und Terror ist, ist dies allein bereits eine wichtige Aufgabe.« (S. 199) Gegenseitige Hilfe, Solidarität wird zwangsläufig zur Strategie des Überlebens. Immer wieder schildert Neurath, wie aus unterschiedlichsten Motiven Häftlinge sich gegenseitig Verpflegung organisieren, insbesondere für die Juden, die von Anfang an härteren Bedingungen ausgesetzt waren. »Damit liefert die Häftlingsgesellschaft den Rahmen, innerhalb dessen Individuen und Gruppen ihren Platz und ihre Funktionen in der Kooperation wie im Konflikt finden. Sie stellt sich dem Terror des Lagers entgegen, dem Angriff auf die Individualität ihrer Mitglieder und dem Versuch der Lagerleitung, den Häftlingen ihre Idee einer Klassifikation nach Rasse und Verbrechen und Unterwürfigkeit aufzuzwingen.« (S. 207) Neurath schränkt allerdings ein: »All dies heißt nicht, dass die Häftlinge eine einzige geeinigte Masse des entschlossenen Widerstands bilden; es heißt nicht, dass das gemeinsame Leiden sie alle gut und hilfsbereit macht; sie tun einander einzeln und in Gruppen genauso viel Gutes und genauso viel Böses an, wie es auch draußen der Fall wäre.« (S. 206) So finden sich auch in der Häftlingsgesellschaft Vorurteile, Konflikte, schließlich antisemitische Ressentiments gegen jüdische Mithäftlinge.

Zum Schluss seiner Studie widmet sich Neurath der Frage, warum Häftlinge nicht zurückgeschlagen haben. Dies ist keine Frage des Mutes, des Stolzes oder der Möglichkeiten, Widerstand zu leisten. Indes darf nicht vergessen werden, dass es sehr wohl Widerstand gab, der sich wesentlich auf das Überleben konzentrierte. Die Kraft, sich zur Wehr zu setzen, wurde im Lager gebrochen, sobald der Häftling eingeliefert und ihm damit jede Individualität abgesprochen wurde. »Dieses Muster wurde in Konzentrationslagern überall in Deutschland über Jahre hinweg genauestens befolgt. Es ist so sorgfältig und bis ins letzte Detail geplant und wird so exakt umgesetzt, dass auch nicht der leiseste Verdacht möglich ist, hier handle es sich etwa um zufällige sadistische Ausschreitungen einzelner Lagerkommandanten.« (S. 391)

Neurath zeigt, dass die Lager einer präzise kalkulierten Ordnung folgten, die von vorn-

herein den Einzelnen ausschloss: als Opfer ebenso wie als Täter. Die Gesellschaft des Terrors bleibt damit nicht auf das Lagersystem beschränkt, sondern bildet schließlich die Grundstruktur der NS-Gesellschaft. Neuraths Bericht stimmt hierbei weitgehend mit den ebenfalls erst vor wenigen Jahren publizierten Berichten Herbert Marcuses über die »deutsche Mentalität« überein (Feindanalysen, hg. von Peter-Erwin Jansen, Lüneburg 1998).

Ein biografisches Nachwort über Paul Martin Neurath und die Bedeutung der Studie für die Forschung über Konzentrationslager von Christian Fleck, Albert Müller und Nico Stehr schließt das Buch ab.

ROGER BEHRENS

**Siegfried Bock, Ingrid Muth,
Hermann Schwiesau:
Alternative deutsche Außenpolitik?
DDR-Außenpolitik im Rück-
spiegel (II), LIT-Verlag Berlin
2006, 257 S. (24,90 €)**

Die DDR-Außenpolitik wird im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin schon seit über zehn Jahren in einer eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe diskutiert. Daran beteiligten sich DDR-Botschafter, leitende Diplomaten und Politikwissenschaftler. Über 1 000 Protokollblätter wurden von den erfahrenen Herausgebern gesichtet, geordnet und redigiert und jetzt in einem zweiten Band der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Frage: Alternative deutsche Außenpolitik? geht auf das Selbstverständnis der DDR als politische und soziale Alternative zur BRD zurück, meint Ingrid Muth bei der Präsentation des zweiten Bandes. Sie betonte bei dieser Gelegenheit erneut, dass die staats-tragenden Prinzipien der DDR Antiimperialismus, Antifaschismus, Friedensbewahrung und Solidarität waren. Alle diese Prinzipien wurden sowohl in den bilateralen, als auch in den multilateralen Beziehungen systematisch verfolgt.

In diesem 2. Band werden sowohl Beziehungen gegenüber sozialistischen Ländern Osteuropas als auch die Mitarbeit der DDR im

UNO-System und beim Ringen um Abrüstung dargestellt. In vier großen Abschnitten dieses Buches werden Erfahrungen, Zusammenhänge und Hintergründe vermittelt.

Schon im ersten Band wurde über die Beziehungen zur Sowjetunion, Jugoslawien und lateinamerikanischen Staaten berichtet. Im vorliegenden Buch berichten Günter Sieber über die Beziehungen zu Polen, Helmut Ziebart zur ČSSR, Gerd Vehres über die zu Ungarn, Siegfried Bock zu Rumänien, Manfred Schmidt zu Bulgarien und Peter Schubert zu Albanien.

In fast allen Beiträgen wird immer wieder in ungeschminkter Offenheit, über die oft getrüben, ja zuweilen eisigen persönlichen Kontakte der DDR-Elite zu den Führern der anderer sozialistischer Länder berichtet. Ulbricht und Gomulka (Polen) konnten nicht miteinander, ja sie seien besonders giftig aufeinander gewesen. Auch Ulbrichts Verhältnis zu Novotny (ČSSR) war nicht das beste. Probleme habe Ulbricht auch mit Gheorghe Gheorghiu-Dej (Rumänien) gehabt. Dagegen hatte Erich Honecker zu Nicolae Ceaușecu ein enges Verhältnis. Die Gründe dafür sieht Siegfried Bock vor allem in Gemeinsamkeiten in ihren Biographien. (Soziale Herkunft, beide hatten nur Volksschulbildung, erlernte Handwerksberufe.) Die Liste könnte erweitert werden.

Besonders interessant sind die Analysen von Wolfgang Bayerlacher über die Beziehungen der DDR zu Äthiopien. Die DDR schenkte Äthiopien ein komplettes Gesundheitszentrum. Seit 1988 bis zum Ende der DDR wurden in diesem Zentrum, wo 30 Ärzte, Krankenschwestern, Techniker und Sicherheitskräfte aus der DDR gearbeitet haben, rund 30 000 Patienten behandelt. Auf Bitten der äthiopischen Regierung hat die DDR Waffen im Wert von 25 bis 30 Millionen Valutamark auf kommerzieller Basis geliefert. Militärische Verbände der NVA jedoch waren nicht in Äthiopien eingesetzt.

Hans-Georg Schleicher berichtet über die Politik der DDR gegenüber den afrikanischen Befreiungsbewegungen, besonders über die Kontakte zur SWAPO Namibias. Die DDR gewährte der SWAPO als »einziger und authentischer Vertreter des namibischen Volkes ... politische und materielle Unterstützung. Hunderte namibischer Kinder weilten oft über

Jahre in der DDR und erhielten dort schulische und handwerkliche Ausbildung.

Ein besonders anschauliches Kapitel ist den multilateralen Beziehungen gewidmet. Siegfried Zachmann berichtet über die Mitarbeit der DDR in der UNO und ihren Spezialorganisationen. Die Aufnahme der DDR erfolgte bekanntlich gleichzeitig mit der BRD als Mitglieder der Vereinten Nationen am 18. September 1973 als 136. und 137. Staaten. Mit der UNO-Mitgliedschaft eröffneten sich weitere Felder der internationalen Beziehungen. Die DDR war als souveräner Staat und gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt anerkannt. Zuvor war die DDR schon in UNO-Spezialorganisationen verankert, wie im Internationalen Fernmeldeverein, dem Weltpostverein und der Weltorganisation für Meteorologie. Bis zum Ende der Mitgliedschaft hatte die DDR zehn Resolutionsentwürfe eingebracht. Sie alle wurden mit überwältigender Stimmenmehrheit oder im Konsensus angenommen. Bei 50 Resolutionen wirkte sie als Koautor mit. Sie hat zusammen mit 23 nichtpaktgebundenen Staaten zur Intensivierung der bi- und multilateralen Abrüstungsverhandlungen beigetragen. Es wurden auch Fehlentscheidungen durch die DDR getroffen. So war es 1975 falsch, ihre Zustimmung zur Resolution der UN-Generalversammlung zu geben, die Zionismus mit Rassismus gleichsetzte. Auch in der Frage des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan hätte die DDR ein anderes Verhalten sichtbar werden lassen können. Auch in der Entwicklung der Kambodscha-Frage widersprach die Solidarität mit Vietnam den Realitäten. Trotz alledem wurde die DDR in der UNO nie öffentlich angeklagt.

Die Anerkennung und Achtung der konstruktiven Politik in der UNO äußerte sich in der Wahl von Peter Florin (Leiter der DDR-Mission bei den Vereinten Nationen) zweimal als Präsident des Sicherheitsrates (1980/1981) und als Präsident der 42. UNO-Vollversammlung 1988. In 24 Fällen wurden DDR-Diplomaten Vorsitzende oder Vizevorsitzende von Hauptausschüssen oder Hauptorganen im UNO-System, so wie beispielsweise Peter Dietze, der über die wirtschaftliche Arbeit der DDR im Bereich der Vereinten Nationen berichtet. Dietze war zeitweise Präsident der ECE, der Wirtschaftskommission der Verein-

ten Nationen für Europa und die UN-Spezialorganisationen.

Während ihrer Mitgliedschaft hat die DDR zum regulären Budget der Vereinten Nationen 525,9 Mio. US-\$ und 128,2 Mio. DDR-Mark gezahlt. Auf 30,6 Mrd. DDR-Mark belief sich die Entwicklungshilfe von 1973-1990.

298 600 Bürger aus Entwicklungsländern erhielten in der DDR eine Berufsausbildung. 27 000 absolvierten Hoch- und Fachschulbildung an Bildungseinrichtungen der DDR. 28 100 Experten (Ärzte, Lehrer, Ingenieure) waren in Entwicklungsländern tätig. Die DDR setzte 0,66 % ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe ein. Die BRD im Jahre 2002 insgesamt 0,27 %.

Berichtet wird über außenpolitische Aspekte der Mitarbeit in der UNESCO (Hans-Jürgen Micheel) und über das breite Feld der Abrüstung (Klaus-Dieter Ernst).

Wieder ein Buch des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., das wegen seiner Offen- und Freimütigkeit, sowie seiner unwidersprochenen Kompetenz, seine Leser finden wird.

FRANZ-KARL HITZE

Simon Sebag Montefiore:
Stalin. Am Hof des roten Zaren,
S. Fischer Verlag Frankfurt/M.
 2005, 874 S. (24,90 €)

Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der Weltöffentlichkeit besser als Josef Stalin in Erinnerung, gilt neben Adolf Hitler und Mao Tse-tung als einer der Massenmörder des letzten Jahrhunderts. Eine neue Biographie zeigt den vielschichtigen Georgier im Kreis seines bolschewistischen Hofstaats. Normalerweise stellen Biographien Leben und Wirken der Hauptfigur in den Mittelpunkt; wesentliche Erlebnisse, soziale Beziehungen und bedeutende Mitmenschen kommen nur soweit als nötig vor. Auch zu Josef Stalin herrscht in der biographischen Literatur in dieser Hinsicht kein Mangel. Einen anderen Weg geht Simon Sebag Montefiore in seinem Buch. Der britische Historiker hat sich vorgenommen, die Beziehungen der Mitglieder des Politbüros

und ihrer Familien zu beleuchten. So viel sei vorab bemerkt, es gelingt ihm meisterhaft.

Josef W. Stalin (1879-1953) stammte aus dem georgischen Gori. Als Sohn eines alkoholkranken Schuhmachers und einer Waschfrau erhält er eine Ausbildung im Priesterseminar, wird aber wegen der Beschäftigung mit marxistischem Gedankengut frühzeitig ausgeschlossen. Im zaristischen Russland wird Dschugaschwili mehrfach inhaftiert, arbeitet im kriminellen Untergrund als erfolgreicher Bankräuber (daher auch sein Deckname »Der Stählerne«), kommt mit Lenin in Kontakt und macht Karriere in der Kommunistischen Partei. In den zwanziger Jahren steigt er sogar in das Zentralkomitee der Partei auf. Nach Lenins Tod 1924 wird er der starke, später unangefochtene Mann in Partei und Staat und gestaltet über fast drei Jahrzehnte die Entwicklung der Welt maßgeblich mit.

In Montefiores Darstellung bildet der Selbstmord von Stalins zweiter Ehefrau Nadja Allilujewa Stalin im November 1932 den Ausgangspunkt aller Entwicklungen. Mit ihr, der deutlich jüngeren, karrierebewussten Bolschewistin, verband Stalin ein sonderbares Verhältnis. Von bedingungsloser Liebe kann man zumindest nicht sprechen, demütigte Stalin sie doch häufig genug im Vollrausch johlend unterstützt von seinen Saufkumpanen. Doch ihr Freitod ließ etwas im »Großen Vorsitzenden« zerbrechen, Stalin, einsam aber machtbewusst wie eh und je, wurde misstrauisch, rachsüchtig und egozentriert.

Dabei hatte doch alles so gut ausgesehen, zumindest für die Familien der kommunistischen Eliten: Picknicks im Grünen, rauschende Feste, idyllische Datschas in Moskaus ruhigen Außenlagen, ein luxuriöses Leben im Kreml, regelmäßige Urlaube auf der Krim. Was kümmerte es da schon groß, dass Millionen Menschen im Vielvölkerstaat Sowjetunion verhungerten. Bei der Lektüre fragt man sich ernsthaft, ob die »Magnaten« und ihre Familien je anderes taten, als feiern, trinken und erholen. Es mutet geradezu absurd an, dass Stalin bis weit in die dreißiger Jahre hinein jährlich mehrere Wochen oder gar Monate im Urlaub am Schwarzen Meer verbrachte.

Mit Nadjas Tod wurde alles anders, Stalin begann überall Verrat zu wittern, intrigierte gegen die politischen Eliten der Sowjetunion

und befahl die »großen Säuberungen«. Mordanschläge wie gegen Leo Trotzki oder Sergej Kirow oder das befohlene »große Gemetzel« unter Nikolai Jeschow und später Lawrenti Berija wurde zum Alltag und hätte am Vorabend des Zweiten Weltkriegs fast zur Verteidigungsunfähigkeit des Landes geführt. Hatte Stalin doch Verrat in der Roten Armee witternd, nahezu die gesamte Offizierselite inhaftieren und foltern lassen.

Den Terror als Methode der Säuberung lebte Stalin nicht nur an der sowjetischen Bevölkerung aus. Im Zuge seines langen Lebens hatten ihn alle Berufsgruppen und Schichten zu befürchten: Ärzte, Geistliche, Künstler, Journalisten... Mit jeder Identifizierung neuer »Volks-feinde und Diversanten« setzte das Politbüro eine neue umfassende Kampagne des Schreckens in Gang. Der Verhaftung durch die Geheimdienste folgte in der Regel Folter, Verschleppung, Verbannung oder Mord.

Merkwürdigerweise wurde Stalin bei seinen internen Säuberungen begeistert vom Politbüro unterstützt, obwohl nahezu alle »Magnaten« mehr als einmal vor der physischen Vernichtung standen. Die Schauprozesse gegen Stalins Henker Jeschow oder die »Abweichler« Sinowjew und Kamenjew belegen dies. Stalins engster Vertrauter, liebster Zechbruder und potenzieller Nachfolger, der Leningrader Parteichef Sergej Kirow wurde vom Geheimdienst im Regierungspalast erschossen. Wie Montefiore darlegt, ist kaum vorstellbar, dass Stalin dies nicht gewusst und wahrscheinlich angeordnet hatte.

Heute kaum noch vorstellbar ist, wie gnadenlos Stalin im inneren Kreis wütete. Sobald er Ansätze von Widerspruch vermutete oder ein neues Feindbild benötigte, riss er Familien auseinander, trennte Eheleute oder ließ Eltern vor den Augen ihrer Kinder verschleppen. Er konnte bei persönlichen Kränkungen unglaublich nachtragend sein und demütigte seine Mitstreiter, wo er nur konnte. Die zahllosen, fast täglich stattfindenden Alkoholexzesse und endlosen Abendeinladungen waren dafür eine gefürchtete Plattform, entließ Stalin seine »Gäste« doch selten vor vier Uhr morgens.

Andererseits hatte der Witwer Stalin zahllose – wie Montefiore schreibt fast schamlose – Verehrerinnen, besonders in den Familien der »Magnaten« und der Kreml-Verwaltung,

die keine Gelegenheit ausließen, ihm ihre Verehrung zu zeigen. Stalin soll die Angebote genossen aber nur selten genutzt haben.

Besonders in den frühen Jahren hatten die Frauen auch einen gewissen Einfluss auf Stalins Entscheidungen. Wichtig war es aber, dem Diktator mit offener Kritik entgegenzutreten, nichts galt ihm verabscheuungswürdiger als kriecherische Bettelei.

Auch wenn die Zahl der Ermordeten und Gedeemühten besonders im inneren Zirkel hoch war, so genoss Stalin doch über den Tod hinaus gottgleiche Autorität. Montefiore schildert Stalins letzte Tage detailliert. Schwerkrank, von mehreren Herzattacken befallen, dämmerte der Diktator in seiner geliebten Datscha in Kunzewo bei Moskau dahin, während das Führungsquartett (Molotow, Kaganowitsch, Bulganin) mit Ausnahme von Berija nahezu hilflos war. Und

doch ist es bezeichnend, dass der zweite Georgier, der über Jahre hinweg als Stalins Schwert in der Sowjetunion wütete, nur ein halbes Jahr nach dem Tod des Diktators seinem Herren unfreiwillig folgte, angeklagt und zum Tode verurteilt nach einem weiteren Schauprozess.

Simon Sebag Montefiore hat eine bemerkenswerte Biographie vorgelegt, seinen eigenen Anspruch, Stalin als Herrscher und zugleich Mitglied seines Hofstaates zu zeigen, kann er voll erfüllen. Quellensicherheit, Detailfülle und zugleich Lesbarkeit zeugen von Geschichtsschreibung im besten Sinne. Allen, die mehr über einen der größten Diktatoren der Weltgeschichte erfahren wollen, sei der Band wärmstens empfohlen. Finanziell erfreulich ist die geplante Taschenbuchausgabe zum Jahresende.

BERT GROSSE

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort (193)
- ANGERJÄRV, JANE: Geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland (184)
- ARENDE, HANNAH: Rosa Luxemburg. 1871-1919 (192)
- BEER, MIRCO: Bericht über die Kommandierung nach Spanien vom 10. Oktober 1936 bis 3. Juni 1939 (191)
- BEITZ, WILLI: Michail Scholochow – eine terra incognita? (188)
- BELOCERKOVSKIJ, VADIM: Die bundesdeutsche Politik und Russland (187)
- BENS, JONAS, FABER, MICHAEL: Für eine moderne und bunte Linke! Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten! (191)
- BERGMANN, THEODOR: Paul Levi – Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien (185)
- BERNECKER, WALTHER L.: Spanischer Bürgerkrieg und Vergangenheitsbewältigung. Geschichtspolitik und Erinnerungsansprüche in der Demokratie 1975-2005 (191)
- BERNHARD, ARMIN: Antonio Gramscis Verständnis von Bildung und Erziehung (183)
- BOCK, HELMUT: Altpreußens Götterdämmerung. Tragikomische Impressionen (192)
- BOCK, HELMUT: Napoleon Bonaparte. Von Widerspruch und Unfrieden eines bürgerlichen Hegemonialsystems (194)
- BRANGSCH, LUTZ: Armut und die Diskussion zu einem Sozialstaat in Russland (188)
- BREITENBACH, ELKE; SCHUBERT, KATINA: Auf den Inhalt kommt es an. Anmerkungen zur Programmdebatte für die neue Linke (194)
- BÖHME-KUBY, SUSANNA: Die Nachgeborenen und Tucholsky (189/190)
- BONTRUP, HEINZ-J.: Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus (186)
- BRANGSCH, LUTZ: Grundsicherung: Ein ver-gessenes PDS-Konzept (187)
- BRIE, MICHAEL: Was hätte Rosa gesagt? (189/190)
- CREYDT, MEINHARD: Die Befreiung der Arbeit (189/190)
- CROME, ERHARD: Nach der Wahl ist vor der Wahl (193)
- DEHM, DIETHER: Gegenöffentlichkeit contra BND-Medien. Die Linke braucht eigene Kulturarbeit, nicht Gnade der Verlagskonzerne (183)
- DELLHEIM, JUDITH: Zur Debatte um Grund-sicherung oder Grundeinkommen (187)
- DICK, ANTONÍN: Befreiung von der Arbeit (183)
- DIETZEL, HORST: »Neue Herausforderungen« in der Programmatik der Linken (191)
- ERDEM, ISABEL: Anti-deutsche Linke oder anti-linke Deutsche? Eine sachliche Betrachtung (192)
- FABER, MICHAEL, BENS, JONAS: Für eine moderne und bunte Linke! Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten! (191)
- FELTES, TORSTEN: Nationale Bildungsstandards – ein neoliberales Projekt (187)
- FISAHN, ANDREAS: Ergebnisse der »Föderalismusreform« (194)
- FÜLBERTH, GEORG: Fragen zum Kapitalismus. (189/190)
- GÄRTNER, PETER: Menschenrechte, Kuba und linke Politik (192)
- GRÄBE, HANS-GERT: Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft (194)
- GROSCOPP, HORST: Die demokratische Linke und die Religion. PDS und Religionsgemeinschaften (183)
- HARTMANN, WOLFGANG: Der »Fall Noel Field«. Zum gleichnamigen Buch von Bernd-Rainer Barth (184)
- HAWEL, MARCUS: Negative Kritik und bestimmte Negation. Zur praktischen Seite der kritischen Theorie (184)
- HAWEL, MARCUS: Normalisierte Außenpolitik. Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und der Restauration des *ius ad bellum* in Deutschland (193)
- HEGEWALD, HEIDRUN: Zur Eröffnung der Ausstellung »Frauenbilder« (189/190)
- HEIGL, RICHARD: Wolfgang Abendroths Par-theorie (187)
- HERZBERG, CARSTEN: Der Bürgerhaushalt – ein Transformationsprojekt der Linken? (193)
- HEYER ANDREAS: Stationen einer Enttäuschung. Kleists Briefe aus Paris (1801) (191)
- HÜTTNER, BERND: Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit. Probleme einer postfordistischen Linken (188)
- JORDAN, NINO DAVID: Schlaraffenland oder Hungersnot? Wider die gefällige Kontrastierung (188)
- JÖRKE, DIRK: Von den Grünen lernen heißt verlieren lernen.
- KATHEDER, DORIS: Vom Girlie zum Görl! Mädchenbilder nichtkommerzieller Jugendmagazine zwischen Anspruch und Wirklichkeit (189/190)
- KHALATBARI, PARVIZ: Demographie – eine

- Wissenschaft mit unterentwickelter Theorie (183)
- KIPPING, KATJA, OPIELKA, MICHAEL, RAMELOW, BODO: »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat (186)
- KLEIN, FRITZ: Fallstudie von besonderem Reiz. Zur Wolfgang-Steinitz-Biographie (186)
- KRÄTKE, MICHAEL: Neun vorläufige Antworten auf neun schwierige Fragen (189/190)
- KROCH, ERNESTO: Ein großes Experiment. In Uruguay regiert die Linke (184)
- LAITKO, HUBERT: »Sozialismus oder Barbarei?« Jürgen Kuczynski und das Problem der historischen Alternativen (185)
- LANGNER, HEIKO: Kapitalistische Moderne – moderner Kapitalismus? Zur Grundsatzdebatte in der Linkspartei.PDS (187)
- LAY, CAREN: Abschied vom »Ernährmodell«. Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken (193)
- LEIBIGER, JÜRGEN: Demografische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats (188)
- LEVI, PAUL: Opposition, Verantwortung und Regierung (185)
- LIEBERMANN, SASCHA: Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffenland (184)
- LÖTZSCH, GESINE: Aschermittwoch 2006 (187)
- LÖTZSCH, RONALD: Die SED-beherrschte DDR. Ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, frei von Ausbeutung? (192)
- LOUREIRO, ISABEL: Rosa Luxemburg und die Bewegung der Landlosen in Brasilien (185)
- MALLMANN, JOSEF: Und immer noch Opfer des Kalten Krieges! (189/190)
- MARKARD, MORUS: Wer braucht Erziehung? (187)
- MARXHAUSEN, THOMAS: »MEGA – MEGA« und kein Ende (189/190)
- MÜLLER, ANDREAS; ÜLLRICH, PETER: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software (194)
- MUSCHG, ADOLF: Treppenrede (183)
- OPIELKA, MICHAEL: Gerechtigkeit durch Sozialpolitik? (186)
- OPIELKA, MICHAEL, RAMELOW, BODO, KIPPING, KATJA: »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat (186)
- PROKOP, SIEGFRIED: Ernst Bloch und Wolfgang Harich im Jahre 1956 (184)
- RAMELOW, BODO, KIPPING, KATJA, OPIELKA, MICHAEL: »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat (186)
- REITTER, KARL: Grundeinkommen statt Schlaraffenland. Eine Antwort auf Ulrich Busch (188)
- RILLING RAINER: Eine vergessene Linke? (189/190)
- ROESLER, JÖRG: »DDR« und DBR. Sprachpolitik im Kalten Krieg (187)
- RUF, WERNER: Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir (185)
- SAAGE RICHARD: Morus' »Utopia« und die Macht. Zu Hermann Onckens und Gerhard Ritters Utopia-Interpretationen (183)
- SABATH, WOLFGANG: Die Wochen im Rückstau (183-194)
- SCHÄFER, HEINZ: Darmstadt 1950. Ein Stück Vorgeschichte zum KPD-Verbot 1956 (189/190)
- SCHAUB, CHRISTOPH: Die Banlieue und das Feuer. Urbaner Raum und ästhetische Selbstbehauptung in den Rap-Lyrics von La Rumeur (189/190)
- SCHELER, WOLFGANG: Kriegsfähigkeit und Friedensfähigkeit der Weltgesellschaft nach der Zeitenwende (188)
- SCHMIDT, WERNER: Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt (193)
- SCHUBERT, KATINA; BREITENBACH, ELKE: Auf den Inhalt kommt es an. Anmerkungen zur Programmdebatte für die neue Linke (194)
- SCHULZE, TOBIAS: Internet und Brechts Radiotheorie (186)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit. Vier Thesen (185)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: 1956 oder: Die Reformfähigkeit des Stalinismus (188)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen« (193)
- SEIFERT, ILJA: Behindertenpolitik: Großes Ziel und kleine Schritte (188)
- SENNFT, HEINRICH: Erich Kuby (186)
- SIXEL, FRIEDRICH W.: Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus (189/190)
- SOHN, MANFRED: Marx, Luxemburg und die Unentbehrlichkeit des Feminismus. Eine kurze Replik zu Evelin Wittich (189/190)
- SJÖBERG, STEFAN: Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (186)
- SONNENBERG, UWE: Lew Kopelew. West-östliche-Spiegelungen (187)
- SORG, RICHARD: Neues zur Gewalt im europäischen Entwicklungspfad (185)
- SORG, RICHARD: Kapitalismus und Soziale Arbeit (194)
- STORLØKKEN, TANJA: Frauen in finsternen Zeiten. Rosa Luxemburg und Hannah Arendt

(192)

- TESCH, JOACHIM: Soziale Aspekte des Stadtumbaus (192)
- ULLRICH, PETER; MÜLLER, ANDREAS: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software (194)
- WAGENER, SASCHA: Die Marxsche Verfassungskritik (184)
- WAGNER, GERHARD: Zwischen Mondschein und Gaslicht. Heine in der ästhetischen Kultur des Industriezeitalters (184)
- WENZEL, SIEGFRIED: Sozialismus des 21. Jahrhunderts? (191)
- WIRTH, GÜNTER: Ausgeschlagene Chancen der Neuorientierung Zwei Schriften aus dem Jahre 1948 (183)
- WIRTH, GÜNTER: Der andere Transformationsprozeß. Besichtigung von Autobiographien (189/190)
- WITTICH, EVELIN: Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart (185)
- WOLF, MICHAEL: Hartz IV: ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen (194)
- WOLF, LUIGI: Neuformierung der Linken – auch in Frankreich? Bericht vom 33. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei vom 23. bis 26. März 2006 (189/190)
- ZAHN, DIETER: Grundsicherung bedarfsorientiert gestalten (186)
- ZIMMERING, RAINA: Frauenmorde und keine Aufklärung – die Frauen von Juárez (184)

Konferenzen & Veranstaltungen

- BRANGSCH, LUTZ: Armut und die Diskussionen zu einem Sozialstaat in Russland (188)
- HÄLKER, JURI: MdBs auf die Straße. Bericht über »100 Tage Schwarz-Rot« (188)
- HOLM, BRIGITTE: Gemeinsam sind wir Stadt (193)
- SCHUBERT-LEHNHARDT, VIOLA: »Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus« (185)
- SOHN, MANFRED: Marx, Luxemburg und die Unentbehrlichkeit des Feminismus. Eine kurze Replik zu Evelin Wittich (189/190)
- STEINITZ, KLAUS: In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung (186)
- WURL, ERNST: Das Krisenjahr 1956. Linke Utopien – die Zukunft denken (185)

Bücher & Zeitschriften

- Altwater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik (ARNDT HOPFMANN – 188)
- Applebaum, Anne: Der Gulag (BERT GROSSE – 184)
- Bach, Thomas (Hrsg.): Schelling in Rußland. Die frühen naturphilosophischen Schriften von Daniil Michajlovic Vellanskij (1774-1847) (REINHARD MOECK – 184)
- Barck, Simone, Lokatis, Siegfried (Hrsg.): Fenster zur Welt. Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt (MARIO KESSLER – 185)
- Bavaj, Riccardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik (MARCEL BOIS – 186)
- Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSS-TORFF – 193)
- Beer, Mathias, Seewann, Gerhard (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, Südosteuropäische Arbeiten 119 (PEER HEINELT – 183)
- Behrend Manfred: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI – 187)
- Bollon, Patrice: Cioran. Der Ketzer. Aus dem Französischen von Ferdinand Leopold (KAI AGTHE – 191)
- Braudel, Fernand: Modell Italien 1450-1650 (ULRICH BUSCH – 183)
- Brumlik, Micha: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Hrsgg. von Michel Friedman (FLORIAN WEIS – 183)
- Che Guevara, Selbstportrait. Hrsgg. von Victor Casaua (JÜRGEN MEIER – 185)
- Chlada, Marvin: Heterotopie und Erfahrung. Abriss der Heterotopologie nach Michel Foucault (ANDREAS HEYER – 188)
- Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSS-TORFF – 193)
- Davis, Mike: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter (ULRICH VAN DER HEYDEN – 193)

- Debrunner, Annelies: Gelebte Wirklichkeit – erträumte Zukunft. Gespräche mit Frauen des Jahrgangs 57 (RUTH FREY – 185)
- Degen, Barbara: Leuchtende Irrsterne – das Branitzer Totenbuch. »Euthanasie« in einer katholischen Anstalt (URSULA SCHRÖTER – 185)
- Diers, Andreas: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948 (MARCEL BOIS – 192)
- Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus (HEIKO FELDMANN – 188)
- Ebert, Rosel: Rette sich wer kann! Ein wagemutiges Spiel mit Ärzten und anderen Heilkundigen in 14 Runden (URSULA SCHRÖTER – 194)
- Ehmke, Horst: Im Schatten der Gewalt (HARALD LANGE – 191)
- Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Foltin Robert: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich (BERND HÜTTNER – 184)
- Freystedt, Volker, Bihl, Eric: Equilibrismus – Neue Konzepte statt Reformen. für eine Welt im Gleichgewicht (JÜRGEN MEIER – 191)
- Funke, Hans-Günter: Reise nach Utopia. Studien zur literarischen Utopie vom XVI. bis zum XVIII. Jahrhundert (ANDREAS HEYER – 187)
- Gegenbilder, Gruppe: Autonomie und Kooperation: Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen (ANDREAS HEYER – 187)
- Glaser, Günther: »...auf die andere Seite übergehen«. NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch der DDR. Studie mit Dokumenten (22. September – 17./18. November 1989) (PAUL HEIDER – 193)
- Gries, Rainer, Satjukow, Sike (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus (HELMUT METZLER – 188)
- Griesebner, Andrea: Feministische Geschichtswissenschaft. Eine Einführung (BERND HÜTTNER – 192)
- Hall, Stuart: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, hrsgg. von Juha Koivisto und Andreas Merckens (ALBAN WERNER – 186)
- Harvey, David: Der neue Imperialismus (MARTIN SCHIRDEWAN – 186)
- Hatzky, Christine: Julio Antonio Mella (1903-1929). Eine Biographie (REINER TOSSTORFF – 191)
- Haug, Wolfgang Fritz: Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital« (ULRICH BUSCH – 188)
- Herr, Hansjörg, Hübner Kurt: Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie (ULRICH BUSCH – 191)
- Heine, Michael, Herr, Hansjörg: Die Europäische Zentralbank (ULRICH BUSCH – 191)
- Heinsohn, Gunnar, Steiger, Otto: Eigentumsökonomik (ULRICH BUSCH – 193)
- Henning, Christoph: Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik (INGO ELBE – 193)
- Herr, Hansjörg, Hübner Kurt: Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie (ULRICH BUSCH – 191)
- Heyer, Andreas: Die Utopie steht links! Ein Essay (MARTIN D'IDLER – 189/190)
- Hübner Kurt, Herr, Hansjörg: Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie (ULRICH BUSCH – 191)
- Hüttner, Bernd, Oy, Gottfried, Schepers, Norbert (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (PETER BIRKE – 193)
- Jacobeit, Wolfgang, Stegemann, Wolfgang (Hrsg.): Fürstenberg/Havel – Beiträge zur Alltags- und Sozialgeschichte einer Region zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 2: Im Wechsel der Machtssysteme des 20. Jh (JENS LANGER – 186)
- Jandi, Lisa: Vom »roten Gürtel« zum »braunen Gürtel«? Rechtsextremismus in den Pariser Vorstädten (CHRISTOPH SCHAUB – 194)
- Kelp, Dieter, Widera, Jürgen: Rheinhausen ist überall. Kirche als Anwalt der kleinen Leute (JURI HÄLKER – 184)
- Lendvai, Paul: Der Ungarn-Aufstand 1956. Eine Revolution und ihre Folgen (JÜRGEN MEIER – 194)
- Lokatis, Siegfried, Barck, Simone (Hrsg.): Fenster zur Welt. Eine Geschichte des

- DDR-Verlages Volk & Welt (MARIO KESSLER – 185)
- Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Maurer, Ulrich, Modrow, Hans (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI – 189/190)
- Meier, Jürgen: »Eiszeit« in Deutschland (JÖRN SCHÜTRUMPF – 184)
- Meining, Stefan: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn (PETER ULLRICH – 187)
- Modrow, Hans, Maurer, Ulrich (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI – 189/190)
- Müller, Klaus: Mikroökonomie – kritisch und praxisnah, mit Aufgaben, Klausuren und Lösungen (ULRICH BUSCH – 184)
- Mussijenko, Natalija, Vatlin, Alexander: Schule unserer Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924-1938) (WLADISLAW HEDELER – 185)
- Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Oy, Gottfried, Schepers, Norbert, Hüttner, Bernd (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (PETER BIRKE – 193)
- Paternoga, Dagmar, Steinbach, Werner, Rätz, Werner: Grundeinkommen: bedingungslos (ARNDT HOPFMANN – 192)
- Prokop, Siegfried, Schwarz, Siegfried (Hrsg.): Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904-1992). Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel (STEFAN BOLLINGER – 185)
- Prokop, Siegfried: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz (ANDREAS HEYER – 194)
- Rabenstein, Helga et al (Hrsg.): Kulturräume. Universitäten Klagenfurt, Koper, Ljubljana, Maribor, Trieste, Udine. Drava (JENS LANGER – 189/190)
- Rätz, Werner, Paternoga, Dagmar, Steinbach, Werner: Grundeinkommen: bedingungslos (ARNDT HOPFMANN – 192)
- Richter, Rudolf: Die Lebensstilgesellschaft (ULRICH BUSCH – 185)
- Rudolph, Karsten: Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991 (STEFAN BOLLINGER – 183)
- Sachs, Jeffrey: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt (JÜRGEN MEIER – 187)
- Satjukow, Sike, Gries, Rainer (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus (HELMUT METZLER – 188)
- Sauer, Dieter: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen (MARCUS SCHWARZBACH – 186)
- Schälke, Waltraut: »Ich wollte keine Deutsche sein«. Berlin-Wedding – Hotel »Lux« – Dietz Verlag (WLADISLAW HEDELER – 194)
- Schatz, Holger: Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion (SANDRA MARTENS – 188)
- Scheer, Hermann: Energieautonomie (JÜRGEN MEIER – 186)
- Scheler, Wolfgang, Woit, Ernst (Hrsg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges (BERNHARD HEIMANN – 183)
- Schepers, Norbert, Hüttner, Bernd, Oy, Gottfried (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (PETER BIRKE – 193)
- Schwarz, Siegfried, Prokop, Siegfried (Hrsg.): Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904-1992). Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel (STEFAN BOLLINGER – 185)
- Seewann, Gerhard, Beer, Mathias (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, Südosteuropäische Arbeiten 119 (PEER HEINELT – 183)
- Solimano, Andrès (Hrsg.): Vanishing Growth in Latin America. The Late Twentieth Century Experience (JÖRG ROESLER – 192)
- Stegemann, Wolfgang: Fürstenberg/Havel – Ravensbrück. Beiträge zur Kulturgeschichte einer Region zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jh (JENS LANGER – 186)

- Stegemann, Wolfgang, Jacobeit, Wolfgang, (Hrsg.): Fürstenberg/Havel – Beiträge zur Alltags- und Sozialgeschichte einer Region zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 2: Im Wechsel der Machtsysteme des 20. Jh (JENS LANGER – 186)
- Steiger, Otto, Heinsohn, Gunnar: Eigentumsökonomik (ULRICH BUSCH – 193)
- Steinbach, Matthias (Hrsg.): Universitäts- erfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch (KAI AGTHE – 193)
- Steinbach, Werner, Rätz, Werner, Paternoga, Dagmar: Grundeinkommen: bedingungslos (ARNDT HOPFMANN – 192)
- Tietgen, Jörn: Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien der Neuzeit. Analysen von Schrift und Film (ANDREAS HEYER – 187)
- Türk, Annemarie (Hrsg.): Grenzverkehr, Literarische Streifzüge zwischen Ost und West. (JENS LANGER – 189/190)
- Vatlin, Alexander, Mussijenko, Natalija: Schule unserer Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924-1938) (WLADISLAW HEDELER – 185)
- Weber, Hermann, Mähler, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Widera, Jürgen, Kelp, Dieter: Rheinhausen ist überall. Kirche als Anwalt der kleinen Leute (JURI HÄLKER – 184)
- Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mähler, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Windolf, Paul (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus (ULRICH BUSCH – 189/190)
- Wintersteiner, Werner: Poetik der Verschiedenheit. Literatur, Bildung, Globalisierung (JENS LANGER – 189/190)
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hrsg.): WSI Tarifhandbuch 2006 (MARCUS SCHWARZBACH – 193)
- Woit, Ernst, Scheler, Wolfgang (Hrsg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges (BERNHARD HEIMANN – 183)

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- I
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

ANDREAS HEYER

The Burden of Conspiracy – Gracchus Babeuf's Theory of Freedom and Equality

Marx and Engels always tried to make the distinction between themselves and those, they referred to as utopian socialists (Robert Owen, Charles Fourier, Claude-Henri de Saint-Simon a. o.). But there were exceptions: Thomas Müntzer and Gracchus Babeuf. The author discusses Babeuf's political views and aims. Babeuf championed the cause of the poor and was the only one to publicly support their interests during the French Revolution – even in the aftermath of the Jacobins – always propagating the idea of total equality, as the real basis of freedom.

ULRICH BUSCH

Berlin. Vision of a Cosmopolitan City and Financial Restrictions

Berlin is Germany's largest city and has the country's largest population, but because of Berlin's division over many years and its specific post-war development, it does not attain the economic power of other metropoli and has to bear the burden of extremely high debts. The strength of Berlin – the author asserts – lies in its role as the capital of Germany and in the fields of science, education and culture. But because of the Berlin Senate's cost-cutting policy these assets are being threatened.

ULLA PLENER

Economic Democracy in the New Left's Programmatic Discussion

The author presents an overview of the discussion taking place over the past few years and examines the program of the New Left in Germany, that is evolving from a fusion of the Left Party/PDS and the Election Alternative Labor and Social Justice (WASG). Whereas the Social Democrats are sticking to ex-Chancellor Schröder's »modernization«, thereby ignoring the existence of capitalism and – consequently – ignoring economic democracy, the New Left is demanding economic democracy and debating the conditions that must be altered to achieve it.

JENS-EBERHARD JAHN

The Acceptance of the Unconditional Basic Income and Basic Income among the Membership of the Left Party/PDS

In continuation of the debate of an unconditional basic income, which has been taking place in »UTOPIE kreativ« since vol. 176 (June 2005), the author presents the results of a questionnaire among members of the Left Party/PDS concerning their acceptance of this idea and evaluates programmatic papers drawn up by the Left Party/PDS and the Election Alternative Labor and Social Justice (WASG). He concludes that there seems to be a

remarkable minority in the society pleading for an unconditional basic income and that the New Left should include this minority in their efforts to generally strengthen acceptance of this idea.

MARTIN MEIER

The Role of the Military in the Political Utopia, State Novels and Robinsonades of the Early Modern Age

Examining works such as Thomas Morus' »Utopia«, Bernard Le Bovier de Fontenelle's »Republic«-fragment, Johann Gottfried Schnabel's »Die Insel Felsenburg« (The Island Rocky Castle) etc., the author discusses the phenomenon that military and warfare are in dissonance to humanity's dream of an everlasting peace and a society of universal bliss, but forms nevertheless – as a result of historical conditions and personal experience – an essential element of varying utopia and Robinsonades, reinforcing the quest for peace.

GÜNTER WIRTH

Walther Harich's »Eastward Orientation« About Wolfgang Harich's Father – and Himself

In 1956, Wolfgang Harich (1923-1995) became one of the outstanding figures of communist opposition in the GDR. The author looks into the spiritual links that existed between himself and his father Walther Harich (1888-1931) and maintains that one of these links was formed by a deep-rooted »Eastward Orientation« which the two not only understood as an intellectual problem but also as existential. According to the author, the reflections of both father and son are worth remembering.

DIETRICH WAHL

Ernst Bloch on Possibility and Left Discourse

Ernst Bloch once elaborated complex tools for the research and realization of possibilities and alternatives. Dogmatic ideologues in the GDR condemned them as non-Marxist, but, even today, they are worth being studied and applied. It seems especially important to discern between topical possibilities, bound to already existing types and species on the one hand and far-reaching historical possibilities on the other. This helps solving epistemological problems, shaping pluralism and dealing with programmatic discourse.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i. S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 - 29781627)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Veröffentlichung gem. § 7a Berliner Pressegesetz:
Gesellschafter der NDZ GmbH: Förderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC (100 %), Gesellschafter der FEVAG GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40 %), Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30 %), Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30 %)

